



**6. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Donnerstag, 28. Juni 2007
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 17.00 Uhr – 21.00 Uhr**

Anwesend sind: 44 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Ursula Amsler Celidonio, 2. Käthi Bolzern, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger,
5. Werner Good, 6. Brigitte Kissling, 7. Trudy Küttel Zimmerli, 8. Rudolf Moor,
9. Markus Oegerli, 10. Brigitte Rosselet, 11. Luzia Stocker Rötheli, 12. Dr. Arnold Uebelhart,
13. Dieter Ulrich, 14. Lea von Wartburg, 15. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Urs Knapp, 5. Stefan Nünlist,
6. Daniel Probst, 7. Rolf Schmid, 8. Arthur Spring, 9. Christian Wüthrich, 10. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Georg Dinkel, 2. Heidi Ehram, 3. Antonia Hagmann, 4. Daniel Joss, 5. Patrick Kissling,
6. Nadja Rhiner, 7. Roland Rudolf von Rohr, 8. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. Marcel Buck, 2. André Köstli, 3. Rudolf Lutz, 4. Rolf Sommer, 5. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Candidus Waldispühl

Evangelische Volkspartei Olten:

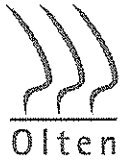
1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Jonas Hertner

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit
Peter Schafer, Direktion Soziales
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber



Ferner anwesend:
Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion
Urs Husi, Finanzverwalter-Stellvertreter
Peter Kohler, Finanzverwalter
Hans Peter Müller, Verwaltungsleiter Sozialdirektion
Mario Schenker, Controller
Christian Winiger, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:
Dr. Markus Ammann
Alexandra Kämpf
Dr. Max Pfenninger
Andreas Schibli
René Wernli
Anna Engeler

Vorsitz: Stefan Nünlist

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *



Geschäfte:

1. Mitteilungen
 2. Schulkommission/Demission
 3. Wahlbüro Bifang/Demission
 - * 3a Gemeindeparlament/Demissionen
 - * 3b Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl
 - * 3c Kommission für Integration/Ersatzwahl
 4. Rechnungen und Verwaltungsberichte 2006/Genehmigung
 5. Parkhaus Innenstadt, Grundsatzentscheid und weiteres Vorgehen
 6. Verkehrskonzept Innenstadt 2006, Grundsatzentscheid und weiteres Vorgehen
 7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 7.1. (Geschäft Nr. 2007.002) Motion Stephan Hodonou (EVP) betr. Aufnahme von Fusionsgesprächen mit den Nachbargemeinden Oltens (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 24.05.2007)
 - ** 7.2. (Geschäft Nr. 2006.018) Motion Rolf Sommer (SVP) und Mitunterzeichnende betr. saubere Stadt Olten – Teilrevision des Abfallreglements (Littering) (eingereicht am 22.11.2006/erstmalig traktandiert am 24.05.2007)
 - ** 7.3. (Geschäft Nr. 2007.009) Interpellation Rolf Sommer (SVP) betr. Disziplinaruntersuchung gegen Feuerwehrkommandanten (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 24.05.2007)
 - ** 7.4. (Geschäft Nr. 2007.004) Motion Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. Abschaffung der „Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann“ (eingereicht am 25.01.2007/erstmalig traktandiert am 24.05.2007)
 - ** 7.5. (Geschäft Nr. 2007.017) Postulat Brigitte Kissling (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende betr. Erhöhung der Lektionenzahl der Förderlehrkräfte von 21 auf 31 Lektionen (eingereicht am 16.05.2007/neu traktandiert)
 - ** 7.6. (Geschäft Nr. 2007.018) Interpellation Christian Werner (SVP) und Mitunterzeichnende betr. „Wegweisungsartikel“ (eingereicht am 21. Mai 2007/neu traktandiert)
 8. Wahl des Büros für die Amtsperiode 2007/08
 9. Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten
- * Erweiterung der Traktandenliste
** aus Zeitgründen nicht behandelt



Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste, herzlich willkommen zu unserer Gemeinderatssitzung. Ich begrüsse Euch ganz herzlich zur letzten Gemeinderatssitzung vor der grossen Sommerpause. Ihr habt gesehen, dass wir eine sehr lange Traktandenliste haben. Das Ziel wäre, punkt 21.00 Uhr fertig zu sein, damit wir nachher noch eine kurze Erfrischung zu uns nehmen können. Wir werden in diesen vier Stunden irgend einmal ein paar Minuten Biopause machen, damit man trinken und das Gegenteil verrichten kann, falls notwendig. Normalerweise lese ich Entschuldigungen nicht herunter. Aber heute haben wir einen speziellen Grund, weshalb jemand nicht hier ist: Markus Ammann heiratet heute. Ich gratuliere ihm auf diesem Weg im Namen von Euch allen ganz, ganz herzlich zu seiner Ehe. Ihr habt auf Eurem Pult ein kleines Geschenk, das die Mitarbeiter der Stadt und die Schülerinnen und Schüler erhalten. Wofür man es brauchen kann, weiss ich nicht. Aber das wird uns der Stadtschreiber kurz sagen.

Markus Dietler: Ihr seid nicht die Einzigen, die nicht wissen, wofür man dies brauchen kann. Es ist eine sogenannte Badebox, in der man jetzt in den Sommerferien etwas in die Badi mitnehmen kann. Man kann auch etwas zum Velofahren mitnehmen: Einen Schlüssel, ein Zehnermöbli oder irgend etwas.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Auch dies verdanken wir.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir haben zwei Medienmitteilungen auf dem Pult: Stand Verfahren betr. Feuerwehr- respektive Polizeikommandant und Klassenausgleich zwischen Olten, Dulliken und Wangen – genügend Freiwillige gefunden. Dazu haben sich bei mir drei Fraktionen für Fraktionserklärungen eingetragen.

* * *

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 22. März 2007 ist vom Büro am 11. Juni 2007 definitiv genehmigt worden.

Auf Seite 51 haben wir folgenden Verschreiber korrigiert: „.... der Stadtrat den Antrag auf Abschreibung der Motion Schelbert“ und nicht „Aufschreibung“. Dies zu Eurer Information.

* * *

Übernahme Fraktionspräsidium GO/JA

Ab 1. August 2007 übernimmt Theo Schöni das Fraktionspräsidium der Grünen/Jungalternativen. Herzliche Gratulation.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Interpellation Luzia Stocker Rötheli (SP) und Mitunterzeichner/innen zur geplanten Verlegung von Bezirksschülerinnen und -schülern nach Wangen und Dulliken
- Postulat SP-Fraktion betr. Minergie-Standard bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten
- Interpellation Trudy Küttel Zimmerli (SP-Fraktion) betr. Anstellung und Beschäftigung von Menschen mit einer Behinderung oder einer gesundheitlichen Einschränkung in der Stadtverwaltung

* * *

Fraktionserklärung SP

Luzia Stocker Rötheli: Ich verlese unsere Fraktionserklärung. Im Oltner Tagblatt vom 7. Juni haben wir lesen können, dass die Direktion Bildung beabsichtigt, die Schülerinnen und Schüler, die im kommenden Schuljahr in die 1. Bez. wechseln, in die Gemeinden Wangen und Dulliken zu verlegen. Sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, wird ein Wechsel verfügt. Die Hintergründe dazu sollten inzwischen allen bekannt sein. Der Stadtrat hat ja an seiner Sitzung vom 11. Juni beschlossen, auf Verfügungen zu verzichten und eine gütliche Einigung zu treffen. Die Situation hat sich soweit entspannt, dass das Problem auf der Basis von Freiwilligkeit gelöst werden konnte, wie wir den Medien haben entnehmen können. Wir möchten an dieser Stelle allen Freiwilligen danken. Wir sind froh über den Entscheid des Stadtrates. Trotzdem bleibt ein Gefühl von Unverständnis und Befremden über das Vorgehen zurück. Die zahlreichen Rückmeldungen aus der Bevölkerung zeigen, dass wir damit nicht allein sind. Dass es einen Ausgleich von überzähligen Schülern und Schülerinnen geben muss oder kann, ist unbestritten. Wir erwarten aber, dass in Zukunft frühzeitig Gespräche mit allen Betroffenen geführt werden und vor allem der Kommunikation wesentlich mehr Beachtung geschenkt wird. Wenn wir hören, dass es im Bannfeldschulhaus 30er-Klassen geben sollte – wir haben dies nicht näher abgeklärt – hoffen wir, dass hier ein sorgfältigeres Vorgehen gewählt wird, um tragfähige Lösungen für alle Betroffenen zu finden. Aufgrund der bestehenden Situation sind bei uns verschiedene Fragen aufgetaucht, die wir im Rahmen einer Interpellation eingereicht haben. In Anbetracht dessen, dass wir kurz vor den Sommerferien und vor dem Schulfest stehen, haben wir bewusst darauf verzichtet, diese dringlich einzureichen, obwohl es einige Fragen dringlich zu beantworten gäbe. Wir hoffen aber auf eine speditive Beantwortung. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

* * *

Fraktionserklärung Grüne/Junge Alternative

Iris Schelbert: Drei Vorkommnisse aus der letzten Zeit haben uns, die Fraktion Grüne/Junge Alternative, bewogen, diese Fraktionserklärung an die Adresse der Direktion Bildung abzugeben. Wir haben festgestellt, dass bei der Verteilung von Bezirksschülerinnen und -schülern auf die die Schulorte Olten, Wangen und Dulliken ein unklares und wenig transparentes Vorgehen stattgefunden hat. In der Bezirksschule gab es Riesendiskussionen darum, welche Kinder nach Wangen oder Dulliken zur Schule gehen sollten. Das Vorgehen erschien uns planlos. Bei der Schulortfrage der Bezirksschule hat das Rektorat auf Freiwilligkeit gezählt. Dies hat massiven Widerstand von Kindern und Eltern ausgelöst. Zweitens: Auch wir haben festgestellt, dass es teilweise sehr grosse und übergrosse Klassen im Bannfeldschulhaus - da haben wir Kenntnis davon - und an der Sekundarschule, geben wird: Als Beispiel: 2001 hat es an der Sekundarschule aus 49 Schülerinnen und Schülern drei Klassen gegeben. Heute verteilt man 55 Schülerinnen und Schüler auf zwei Klassen. Angesichts der Komplexität der Klassenzusammensetzung ist dies fast unverantwortlich. Im Bannfeldschulhaus gibt es voraussichtlich in der 2. Klasse 30 Kinder. In der 6. Klasse wären es 29 Kinder gewesen. Einige dieser Kinder hätten ins Hübeli wechseln sollen. Sollte dies nicht freiwillig geschehen, hätte verfügt werden müssen. Auch dieses Vorgehen hat massiven Widerstand von Kindern und Eltern ausgelöst. Das Problem der zu grossen Klassen in der Sekundarschule ist, dass die Werkräume alle nur für 12 Lernende Platz haben und auch das Werkzeug ist nur für 12 Lernende ausgerichtet. Ein weiteres Problem bei diesen übergrossen Klassen ist, dass nach dem ersten Semester im Winter häufig Wechsel unter den Stufen stattfinden. Ein Kind steigt auf, ein anderes steigt ab. Wenn die Klassen schon im August übervoll sind, löst das dann weitere Probleme aus. Drittens: Der Ausfall des Rektors in dieser ganz sensiblen Zeitspanne

des Schuljahrs, wo sich Kinder, Eltern, aber vor allem Schulleitungen und Lehrpersonen auf das neue Schuljahr vorbereiten müssen, hat uns ein Stück weit Probleme gegeben. Diese Vorbereitung ist mit jeder Menge Planung verbunden: Erstellen von Klassenlisten, Stundenplänen, die Verteilung der Schul- und Werkräume, um nur einige der planerischen Arbeiten der Lehrerinnen, Lehrer und Schulleitungen zu nennen. Wenn nun aber die Klassenlisten noch nicht definitiv sind, wird alles andere wenig planbar und blockiert. Auch hier: Schülerinnen, Schüler und ihre Eltern wie auch Schulleitungen und Lehrpersonen sind verunsichert und verärgert. Einiges hat sich jetzt vor kurzem gelöst – wir haben es in der Zeitung gelesen – aber ganz glücklich ist niemand. Meine Aufzählung ist weder vollständig noch objektiv. Aber sie zeigt sehr gut die verwirrte Situation in dieser Zeit auf. Wir halten darum fest: Es gibt genaue Zahlen zu den Schülerinnen und Schülern, die man in den Klassen erwarten kann. Unter Berücksichtigung der Schwierigkeit von mehreren Schulhäusern in der Stadt und der Tatsache, dass man Kinder nicht einfach über die Aare transferieren kann, verlangen wir trotz allem eine vorausschauende und frühe Planung. Man kann nicht Kindern die Entscheidung über einen Schulhauswechsel überlassen. Frühzeitige Information – für uns ist dies nach dem ersten Semester, also im Winter – über einen notwendigen Schulhauswechsel ist zwingend, und die Kommunikation muss sich verbessern. Übergrosse Klassen erschweren das Erreichen einer hohen Unterrichtsqualität. Eine Chancengleichheit und die optimale Förderung aller Kinder sind nicht mehr gewährleistet. Klassenassistenzen, die man bekommt, sind nur eine Notlösung und dürfen auf keinen Fall zur Regel werden. Die Schulortfrage kann nicht allein an die Schulleitungen delegiert werden. Wir fragen aus aktuellem Anlass, ob es für den Rektor eine definierte Stellvertretung gibt, welche in Krisensituationen, die immer und jederzeit passieren können, einspringen kann. Auch das eine absolute Notwendigkeit. Noch ein Blick in die Zukunft: Im Zusammenhang mit der künftigen Umsetzung der Sek-I-Reform muss der Stadtrat zwingend die politische Führung übernehmen und mit Nachbargemeinden in Verhandlung treten. Und der Stadtrat muss sich selbstbewusst und klar in Solothurn für unsere hohe Schulqualität einsetzen und auf drohende Missstände wie zum Beispiel zu grosse Klassen hinweisen und eine Reduktion erwirken.

* * *

Fraktionserklärung FdP

Urs Knapp: Auch wir haben eine Fraktionserklärung zum Bildungsthema, zum Klassenausgleich. Die Stadt Olten hat in den letzten Jahren Millionen von Franken in die städtischen Schulen investiert. Stets ist dabei argumentiert worden, dass man mit solchen Investitionen die Qualität der Schulen verbessern will. Wir haben alle gefunden, dass bessere Schulen ein Standortvorteil sind und Olten als Wohn- und Arbeitsort attraktiver machen. Wir haben in den letzten Wochen feststellen müssen, zusammen mit den Zuzüglern, die vielleicht wegen diesen Versprechungen gekommen sind, aber auch zusammen mit denjenigen, die bereits hier wohnen, dass die Schuldirektion diesen Standortvorteil offensichtlich nicht mehr voll ausspielen will. Vielmehr verschiebt Olten eigene Schüler nach Dulliken und Wangen, damit die Bezirksschulen dort auch bei sinkenden Schülerzahlen am Leben erhalten werden können. Die Schuldirektion hat anfänglich sogar den Eltern und Schülern mit Zwangsmassnahmen, Zwangsversetzungen gedroht, wenn sich nicht genügend Freiwillige finden. Die FdP-Fraktion versteht, dass solche Drohungen bei den Betroffenen sehr schlecht ankommen und auch heftigen Widerstand ausgelöst haben. Zusätzlich verschärft hat die Situation die unglückliche Kommunikation der Schuldirektion. Einige Betroffene und auch die politisch Verantwortlichen haben aus der Zeitung erfahren müssen, welche Pläne die Schuldirektion hat. Hier wäre nach Meinung der FdP-Fraktion auch eine Entschuldigung der Schuldirektion an die betroffenen Eltern und Schüler angebracht, die wegen diesen Sachen eine sehr unruhige Zeit erlebt haben.

Nun ist in diesen Wochen bekannt geworden, dass sich jetzt doch genügend Freiwillige gefunden haben. Zurück bleiben trotzdem schlechte Gefühle, auch bei der FdP-Fraktion. Wir stellen fest, dass Olten ohne Not fast eine ganze Bezirksschulklasse abgibt und damit den Schulstandort Olten schwächt. Wir stellen fest, dass Olten damit einen Standortvorteil verliert. Der Stadtrat gibt mit diesem Verhalten öffentlich zu erkennen, dass er die Oltner Bezirksschule für austauschbar hält, obwohl wir in den letzten Jahren grosse Investitionen getätigt haben. Schliesslich stellen wir immer noch fest, dass die Bezirksschule Olten weiterhin auswärtige Schüler aufnimmt, gleichzeitig aber eigene Kinder wegschickt und – als Randbemerkung – dass die auswärtigen mit ihren Schulgeldern die tatsächlichen Kosten nicht einmal decken. Die FdP ist auch im Bildungsbereich grundsätzlich für eine regionale Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit muss aber von der Wahlfreiheit der Eltern und Schüler ausgehen. Damit die direkt Betroffenen diese Wahlfreiheit überhaupt wahrnehmen können, braucht es klare Qualitätskriterien und entsprechende Informationen. Eltern und Schüler sollen in der Lage sein, die Qualität der einzelnen Schulen zu beurteilen und die Schulen auszuwählen, die für sie am besten sind. So entsteht denn auch im Bildungswesen ein gesunder und qualitätsfördernder Wettbewerb. Die FdP-Fraktion ist überzeugt, dass die Oltner Schulen in einem solchen Wettbewerb sehr gute Karten haben werden. Abschliessend haben wir vier Forderungen an den Stadtrat. Erstens: Der Stadtrat muss selbstbewusster für die Schulen in Olten kämpfen. Zweitens: Bei sinkenden Schülerzahlen sind die qualitativ besten Schulen zu stärken. Der Stadtrat sollte sich deshalb sofort für die Einführung eines Qualitätssystems einsetzen, das den Eltern und Schülern klare Entscheidungsgrundlagen liefert, wenn sie wieder wählen sollen oder dürfen. Drittens: Der Stadtrat muss die bestehenden Schulabkommen mit Starrkirch-Wil und Boningen anpassen, damit auch Schüler aus diesen Gemeinden bei kommenden Ausgleichsmassnahmen miteinbezogen werden können. Schliesslich sollte der Stadtrat bei solch heiklen Themen in Zukunft frühzeitig und ohne Drohgebärden mit den direkt Betroffenen diskutieren.

* * *

Wahlgeschäfte

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ihr habt auf Eurem Pult noch eine Reihe von Wahl- und Personalgeschäften gesehen, von denen wir im Büro vor dem Versand der Traktandenliste noch nicht gewusst haben. Wir werden diese heute unter 3a bis 3c behandeln.

* * *

Beilage:
Vorstosstexte

Luzia Stocker Rötheli und Mitunterzeichner/innen

Interpellation zur geplanten Verlegung von Bezirksschülerinnen und -schüler nach Wangen und Dulliken

In einem Bericht im OT vom 7. Juni 2007 konnten wir lesen, dass die Direktion Bildung beabsichtigt, Schüler und Schülerinnen, die im neuen Schuljahr in die 1. Bezirksschule wechseln, in die Gemeinden Wangen und Dulliken zu verlegen. Sollten sich nicht genügend Freiwillige melden, werde ein Wechsel verfügt. Daraufhin regte sich vor allem bei den Direktbetroffenen aber auch in weiten Teilen der Bevölkerung grosser Widerstand.

Der Stadtrat hat am 11. Juni 2007 an seiner Sitzung entschieden, auf Verfügungen zu verzichten und auf Freiwilligkeit zu setzen. Wir begrüssen diese Entscheidung sehr. Die Situation ist aber sowohl für die Betroffenen wie auch für die Bevölkerung nicht befriedigend gelöst. Es wurde vor allem der Kommunikation und Vorgehensweise zu wenig Beachtung geschenkt.

Deshalb stellen sich für uns folgende Fragen:

1. Seit wann wusste die zuständige Direktion, dass es in Olten für zwei Klassen zu viele Bezirksschülerinnen und -schüler geben wird?
2. Warum wurden die betroffenen Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern so spät informiert? Existierte ein Informationskonzept?
3. Wurden mit den Gemeinden Boningen und Starrkirch-Wil Gespräche geführt, um allfällige Schülerzahlen auszugleichen? Wenn nein, warum nicht? Sind solche Gespräche in Zukunft geplant?
4. Decken die Beiträge der Gemeinden die Schulkosten der auswärtigen Schüler und Schülerinnen? Wenn nein, warum nicht? Was gedenkt der Stadtrat dagegen zu unternehmen?
5. Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat in Zukunft solche Entwicklungen frühzeitig erfassen?
6. Trifft es zu, dass Oltner Schülerinnen und Schüler, die von der 2. Sek. in die 2. Bez. wechseln, im kommenden Schuljahr auswärts die Schule besuchen müssen? Wenn ja, geschieht dies im Einverständnis der Eltern der betroffenen Schülerinnen oder wurde dies per Verfügung entschieden?
7. Kann mit freiwilligem Schulbesuch in Wangen oder Dulliken die Problematik der zu grossen 1. Bez-Klassen im kommenden Schuljahr gelöst werden? Wenn nein, wie gedenkt der Stadtrat diese zu lösen?
8. Mit der Oberstufenreform wird es eine engere regionale Zusammenarbeit geben. Wie sieht diesbezüglich das Vorgehen des Stadtrates aus?
9. Hat der Stadtrat schon Vorstellungen, wie die Oberstufenregion Olten umgesetzt wird? Wenn ja, wie sieht der Fahrplan aus?

Olten, 18. Juni 2007

Luzia Stocker Rötheli

uzia Stocker Rötheli
Leon M...
A. Deed...
O. Wil
B. B...
Brigitte K...
R. Braun

B. Rosset
U. Anster
F. B...
C. W...
C. W...

Postulat

Minergie-Standard bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Richtlinie zur Umsetzung des Minergie-Standards bei allen städtischen Neu- und Umbauprojekten zu erlassen.

Die Richtlinie soll klare und konkrete Kriterien enthalten, in welchem Fall die Nichteinhaltung des Standards toleriert wird (z. B. Denkmalschutz, unverhältnismässige Kosten etc.) sowie Vorgaben darüber, in welchen Fällen eine strengere Handhabung (Minergie ECO, Minergie-P etc.) zur Anwendung kommt.

Begründung:

Die Energienutzung von Gebäuden ist verantwortlich für rund die Hälfte des Schweizerischen Energiekonsums. Ein Drittel des gesamten Nutzenergiebedarfs eines Gebäudes wird dabei für die Raumwärme benötigt. Im Gebäudebereich liegt somit ein enormes Energiesparpotenzial.

Der Baustandard «Minergie» ist heute Stand der Technik. Dank Energieeffizienzmassnahmen wie gute Wärmedämmungen, Lüftungsanlagen und thermisch gut isolierten Fenstern wird der Energieverbrauch eines Gebäudes deutlich reduziert. Das hat nicht nur ökologische Vorteile, sondern ökonomische: eine nachhaltige Senkung der Unterhaltskosten sowie eine bessere Absicherung gegen Energiepreissteigerungen. Gerade bei Gebäuden mit einer hohen Lebensdauer macht sich Minergie in relativ kurzer Zeit auch finanziell bezahlt.

Energieeffizienzmassnahmen stiften den Bewohnerinnen und Bewohnern zudem zusätzlichen Nutzen in Form von Behaglichkeit und Wohnkomfort: ausgeglichene Raumtemperaturen und höhere Oberflächentemperaturen, angenehmes Raumklima, bessere Raumluftqualität oder Lärmschutz durch dichtere Gebäudehüllen. Dass für solche Faktoren sowohl bei Hauseigentümern als auch bei Mietern eine beträchtliche Zahlungsbereitschaft besteht, hat das Bundesamt für Energie unlängst in einer Studie («Direkte und indirekte Zusatznutzen bei energieeffizienten Wohnbauten», BFE 2006) aufgezeigt.

Als Trägerin des Labels «Energistadt» ist Olten dazu verpflichtet, eine Vorbildfunktion zu übernehmen und Energie effizient einzusetzen. Wenn die Stadt ihre eigenen Bauten nach Minergie baut und saniert, dies auch nach aussen klar deklariert, unterstreicht sie ihre Glaubwürdigkeit und sendet gleichzeitig ein Signal an die privaten Bauherren.

Olten, 28. Juni 2007

Markus Ammann
Lea von Wartburg
Markus Oegerli

Handwritten signatures of Markus Ammann, Lea von Wartburg, and Markus Oegerli.

Handwritten signatures of T. Altmann, B. Kimmig, A. Uebelhart, P. Braun, O. Ullrich, P. von Föld, and B. Rasch.

Interpellation Trudy Küttel Zimmerli SP-Fraktion

Anstellung und Beschäftigung von Menschen mit einer Behinderung oder einer gesundheitlichen Einschränkung in der Stadtverwaltung.

Die berufliche Eingliederung von Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Leistungsschwäche ist eine wichtige sozialpolitische Aufgabe unserer Gesellschaft und volkswirtschaftlich von hoher Brisanz. (5. IV- Revision) Die Eingliederung von Menschen mit einer Behinderung ist im Gesetz vorgesehen , nicht aber die Anstellungsverpflichtung der Betriebe.

Eine Studie der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz über die berufliche Integration von Menschen mit einer Behinderung in der Schweiz zeigt, dass derzeit wenige Unternehmer Behinderte beschäftigen. Es sind nur 8 % der Betriebe, die mindestens eine behinderte Person angestellt haben, obwohl 30% der Firmen eine Beschäftigung im eigenen Betrieb für möglich halten.

Hemmende Gründe der Anstellung sind möglicherweise:

- drohender Mehraufwand durch die Betreuung der handicapierten Menschen,
- eingeschränkte Leistungsfähigkeit dieser MitarbeiterInnen
- Ängste im Umgang mit Menschen mit einer Behinderung
- fehlende Information über die bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangebote.

In diesem Zusammenhang bittet die Interpellantin den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie anerkennt die Stadtverwaltung das wichtige Anliegen der Beschäftigung von Menschen mit einer Behinderung?
2. Sind Menschen mit einer Behinderung in der Stadtverwaltung zurzeit angestellt? Wenn ja, wie viele?
3. Wie gross ist das Potenzial an geeigneten Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung und in welchen Bereichen sind sie angesiedelt?
4. Ist die Stadt bereit, vermehrt Arbeitsplätze für Menschen mit einer Behinderung zur Verfügung zu stellen?
5. Hat die Stadtverwaltung ein entsprechendes Konzept dazu?
6. Kann im Personalreglement eine verbindliche Verpflichtung für die Anstellung von Personen mit einer Behinderung verankert werden?

Begründung im Vorstosstext enthalten.

Olten, 7. Juni 2007

Unterschriften:

B. Rossetti

T. Küttel Zimmerli
M. A. Stöckli
L. von Witz
C. W. K.

T. Küttel
B. Küttel Zimmerli
A. Uebelhart
R. Braun
J. Uebelhart
A. Decker

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 16/20

Prot.-Nr. 73

Schulkommission/Demission

Für die Schulkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 2. Juni 2007 teilt Claire Rast Rieder mit, dass sie per Ende Schuljahr 2006/2007 als Mitglied der Schulkommission demissioniert.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Claire Rast Rieder (SP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Frau Claire Rast Rieder (SP) genehmigt.

Mitteilung:
Frau Claire Rast Rieder, Felsenstrasse 2, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 16/24

Prot.-Nr. 74

Wahlbüro Bifang/Demission

Im Wahlbüro Bifang ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 6. Juni 2007 teilt Lotti Dähler-Wernli mit, dass sie per 18. Juni 2007 als Mitglied und Präsidentin des Wahlbüros Bifang demissioniert.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Lotti Dähler-Wernli (FdP) zu genehmigen.

- - - - -

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wenn ich es richtig verstehe, erfolgt diese Demission nicht ganz freiwillig.

Christian Wüthrich: Die FdP-Fraktion wird dieser Demission als stiller Protest nicht zustimmen. Die Art und Weise wird hinterfragt. Dies ist nicht gegen die SP-Fraktion gerichtet, mit der wir eigentlich ein gutes Einvernehmen haben. Ich denke, dies betrifft die Fraktion nicht. Aber wir möchten diesen Protest hier hinlegen, und jegliche andere oder weitere Kommentare wären Zeitverschwendung.

- - - - -

Beschluss

Mit 26 : 9 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Demission von Frau Lotti Dähler-Wernli (FdP) genehmigt.

Mitteilung:

Frau Lotti Dähler-Wernli, Maienstrasse 33, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 16/4

Prot.-Nr. 75

Gemeindeparlament/Demissionen

Für das Gemeindeparlament sind zwei Demissionen zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Candidus Waldispühl (GO) gibt aus beruflichen Gründen seinen Rücktritt aus dem Gemeindeparlament bekannt.

Trudy Küttel Zimmerli (SP) gibt aus beruflichen und zeitlichen Gründen ihren Rücktritt aus dem Gemeindeparlament bekannt.

- - - - -

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Namens des Büros wird Iris Schelbert etwas zu den Demissionen sagen.

Iris Schelbert: Mit Trudy Küttel Zimmerli verlieren wir eine Politikerin, die von 2001 bis jetzt bei uns im Parlament politisiert hat. Sie ist in Personalfragen wie auch in Gleichstellungsfragen sehr versiert. Auch sie muss sich entscheiden, wie sie weiter machen will. Sie gehört noch dem Kantonsrat an und ist beruflich sehr engagiert. Wir möchten ihr hier ganz herzlich für diese Zeit und das Engagement, das sie in das Gemeinderatsmandat hinein gelegt hat, danken. Candidus Waldispühl ist von 1991 bis 1993 in einer ersten Tranche und von 1997 bis 2007 im Rat gewesen. Auch er kann neu eine Attest-Lehre für Informatiker entwickeln. Dafür braucht er sehr viel Zeit. Deshalb tritt er aus. Mit seiner analytischen Denkweise und seiner unbändigen Lust an politischen Diskussionen hat er wahrscheinlich nicht nur in der Fraktion, sondern im Rat einige Denkanstösse deponieren können. Auch ihm an dieser Stelle ganz herzlichen Dank für all die Arbeit, die er in dieser langen Zeit geleistet hat.

- - - - -

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demissionen von Candidus Waldispühl (GO) und Trudy Küttel Zimmerli (SP) zu genehmigen.

Beschlüsse

Mit 35 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird die Demission von Herrn Candidus Waldispühl (GO) genehmigt.

Mit 29 : 0 Stimmen bei 6 Enthaltungen wird die Demission von Frau Trudy Küttel Zimmerli (SP) genehmigt.

Mitteilung an:

Herrn Candidus Waldispühl, Zehnderweg 23, 4600 Olten

Frau Trudy Küttel Zimmerli, Maienstrasse 59, 4600 Olten

Kommissionenverzeichnis

Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 16/6

Prot.-Nr. 76

Geschäftsprüfungskommission/Demission und Ersatzwahl

Für die Geschäftsprüfungskommission sind eine Demission und eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutationen:

Candidus Waldispühl (GO) reicht seinen Rücktritt als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission ein.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Candidus Waldispühl (GO) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Herrn Candidus Waldispühl (GO) genehmigt.

- - - - -

Als Ersatz für Christian Wüthrich schlägt die FdP Daniel Probst als neues Mitglied der Geschäftsprüfungskommission vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Daniel Probst (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Mit 37 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Ersatzwahl von Herrn Daniel Probst (FdP) genehmigt.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Herzliche Gratulation!

Mitteilung:

Herrn Candidus Waldispühl, Zehnderweg 23, 4600 Olten
Herrn Daniel Probst, Hornusserstrasse 9, 4600 Olten (gilt als Wahlanzeige)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 16/13

Prot.-Nr. 77

Kommission für Integration/Ersatzwahl

Für die Kommission für Integration ist eine Ersatzwahl zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Als Ersatz für Yasmine Heer schlägt die FdP Nebojsa Kovacevic, Hornusserstrasse 2, als neues Mitglied der Kommission für Integration vor.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Ersatzwahl von Nebojsa Kovacivic (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Herrn Nebojsa Kovacevic (FdP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Nebojsa Kovacevic, Hornusserstrasse 2, 4600 Olten (durch Brief Stadtkanzlei)
Oberamt Olten-Gösgen, Amthausquai 23, 4600 Olten
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 13/13

Prot.-Nr. 78

Rechnungen und Verwaltungsberichte 2006/Genehmigung

Beeindruckende Erträge aus Gewinn- und Kapitalsteuern sowie ausserordentlich hohe Steuererträge namhafter Firmen führen mit den Ergebnissen aus Steuernachträgen aus Vorjahren zu einem nie erwarteten und sehr hohen Rekordergebnis der Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Olten. Der Mehrertrag von rund 28,4 Mio. Franken resultiert praktisch ausschliesslich aus dem Mehrertrag aus Steuern. Die Firmen haben 26,9 Mio. und die Natürlichen Personen 1,3 Mio. mehr eingebracht. Auch das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit liegt um rund Fr. 400'000.– unter dem veranschlagten Wert und weist damit auf eine gute Budgetierung hin.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet hiermit die Jahresrechnungen und den Verwaltungsbericht für das Rechnungsjahr 2006.

Resultatübersicht

Nach dem Bund und dem Kanton meldet auch die Stadt Olten einen sehr erfreulichen Rechnungsabschluss mit einem markanten Ergebnis, welches höheren Steuererträgen zu verdanken ist. Die Einwohnergemeinde Olten partizipierte vorerst am ausserordentlichen Erfolg aus Sondereffekten und profitierte auch von den Rekordabschlüssen der in Olten steuerpflichtigen Firmen. Zudem ergab die Auflösung von früheren Wertberichtigungen und die Neubewertung von Aktiven bei der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) einen einmaligen hohen Steuerbetrag. So konnten wiederum die Schulden trotz beachtlichen Investitionen von rund 11,1 Millionen Franken um über 18 Millionen Franken abgebaut werden. Nach dem unerwarteten „Steuer geschenk“ resultiert erstmals ein Pro-Kopf-Vermögen von 580 Franken in der Rechnung der Einwohnergemeinde Olten. Das Ergebnis war in dieser Höhe nicht vorherzusehen. Es schafft eine sehr gute finanzielle Ausgangslage für die bevorstehenden grösseren Investitionen, die nun rascher realisiert werden können. Der Investitions- und Finanzplan wird entsprechend überarbeitet.

Die gute Haushaltsdisziplin ist aus dem Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit ersichtlich, liegt doch das Rechnungsergebnis trotz Nachtragskrediten unter dem Budgetkredit.

Gestufferter Erfolgsausweis	2006	Budget	Abweichung
3 Betrieblicher Aufwand vor Abschreib.	94'867'746.42	97'457'200.00	-2'589'453.58
30 Personalaufwand	47'779'682.90	47'745'500.00	34'182.90
31 Sachaufwand	14'998'283.80	15'178'000.00	-179'716.20
35 Entschädigungen Gemeinwesen	4'413'252.14	4'484'400.00	-71'147.86
36 Beiträge	26'234'500.32	28'367'600.00	-2'133'099.68
38 Einlagen in Spezialfinanzierungen	1'442'027.26	1'681'700.00	-239'672.74

4 Betrieblicher Ertrag vor Steuern	38'350'615.46	40'511'000.00	-2'160'384.54
41 Regalien und Konzessionen	145'942.65	146'800.00	-857.35
43 Entgelte	19'123'480.08	21'256'500.00	-2'133'019.92
45 Rückerstattungen	8'966'493.45	6'491'700.00	2'474'793.45
46 Beiträge für eigene Rechnungen	10'000'326.47	12'093'900.00	-2'093'573.53
28 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen	114'372.81	522'100.00	-407'727.19
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vor Abschreibungen und Steuern	56'517'130.96	56'946'200.00	-429'069.04
Ergebnis aus Finanzierung	8'255'908.04	7'018'700.00	1'237'208.04
32 Passivzinsen (Finanzaufwand)	3'714'829.31	4'745'700.00	-1'030'870.69
33 Abschreibungen (Finanzaufwand)	10'380'994.69	7'258'500.00	3'122'494.69
42 Vermögenserträge (Finanzertrag)	-5'839'915.96	-4'985'500.00	-854'415.96
40 Steuerertrag	93'166'713.60	65'007'500.00	28'159'213.60
- Operatives Ergebnis vor Steuern	-64'773'039.00	-63'964'900.00	-808'139.00
Operatives Ergebnis nach Steuern	28'393'674.60	1'042'600.00	27'351'074.60

Begründung der relevanten Abweichungen

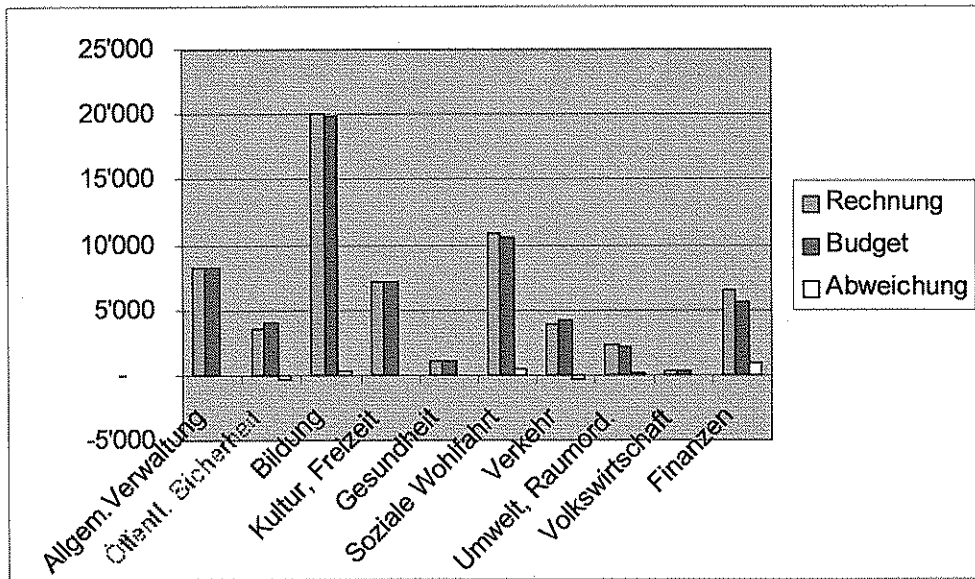
40 Mehrertrag Steuern JP	26'868'308.90
Mehrertrag Steuern NP	1'290'904.70
36 Minderaufwand Unterstützungen	-1'513'003.00
Minderaufwand Beitrag Kanton für öVG	-389'783.00
Minderaufwand Kanton für EL (Ausgleich kommunizierende Röhre GASS)	-371'471.00
43 Minderertrag Rückerstattungen für Unterstützungen	-2'791'389.00
45 Folge der Abgrenzung von Schulgeldern HPS und Sprachheilkindergarten	2'070'820.00
46 Abgrenzung Kantonsbeitrag HPS und Sprachheilkindergarten	-2'383'919.00
32 Folgewirkung der guten Jahresabschlüsse	
33 zusätzliche Abschreibungen inkl. Abschreibungen aus Buchgewinne	

Einhaltung Budgetziele

Der Stadtrat hat mit den Budgetrichtlinien folgende Finanzziele vorgegeben

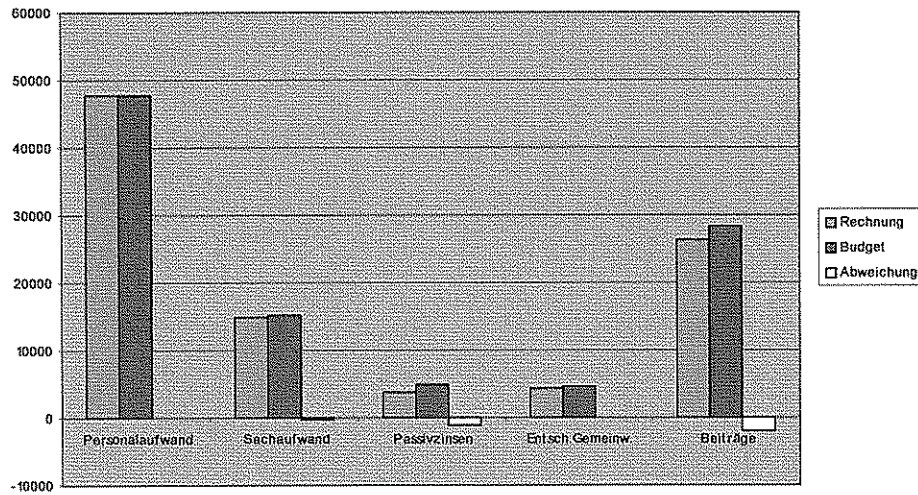
- ✓ Ausgleich Jahresrechnung
- ✓ Selbstfinanzierungsgrad von mindestens 70 %
- ✓ 10 % ordentliche Abschreibungen auf dem Verwaltungsvermögen
- ✓ Reduktion der Steuersätze auf 108 Steuerpunkte für die Natürlichen Personen bzw. 114 Steuerpunkte für die Juristischen Personen
- ✓ Ausgabenwachstum so weit möglich bremsen

Die ersten 3 Ziele wurden dank dem a.o. Steuerertrag deutlich übertroffen und die übrigen Vorgaben erreicht. Die Ausgaben bewegten sich trotz Nachtragskrediten im Rahmen des Budgets, wie auch nachstehende Grafik der Nettobelastungen der Hauptfunktionen beweist.



Die Erhöhung im Bereich Finanzen (ohne Steuern) ist eine Folge der zusätzlichen Abschreibungen. Auch die nachfolgende Grafik der Sacharten für den Aufwand bestätigt die gute Budgetdisziplin. Die rückläufigen Beiträge sind durch entsprechende Mindererträge bei den Entgelten kompensiert.

Budgetvergleich des baren Aufwandes



Weitere Kurzbegründungen zu Abweichungen der Nettobelastungen nach Hauptfunktionen

0 Allgemeine Verwaltung

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
8'171'104	8'264'100	- 92'996

Der Mehraufwand für Beiträge an Veranstaltungen und Beiträge aus dem Dispositionskredit Stadtrat wurde durch Minderaufwände für Informatik und Beiträge an die Pensionskasse wettgemacht.

1 Öffentliche Sicherheit

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
3'559'025	3'952'800	- 393'775

Der Besoldungsaufwand für die Stadtpolizei liegt rund 177'000 unter dem Budgetbetrag. Zudem konnte die Feuerwehrrechnung dank weiteren zusätzlichen Abschreibungen aus den Vorjahresergebnissen der Gemeinderechnung wesentlich entlastet werden. Ebenso liegt der Gemeindebeitrag an die regionale Zivilschutzorganisation unter dem veranschlagten Wert.

2 Bildung

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
20'019'280	19'810'900	208'381

Die leichte Erhöhung ist hauptsächlich auf die nicht vorgenommene Entnahme aus Vorfinanzierungen für die Miete der Fachhochschule zurückzuführen. Auf diese Entnahme von Fr. 312'700 wurde verzichtet, weil mit dem Neubau demnächst begonnen wird und die Stadt an diese Investitionen einen Standortbeitrag von 10 % gemäss Fachhochschulgesetz zu leisten hat. Das Investitionsvolumen für den Neubau wird auf ca. 55 Mio. Franken geschätzt. Nach Abzug des Bundesbeitrages verbleiben noch rund 40 Mio. Franken. Der Standortbeitrag für den Neubau beträgt demnach noch 4 Mio. Franken. In der Vorfinanzierung sind hierfür rund 1,4 Mio. Franken (aus seinerzeitigem Buchgewinn der Gewerbeschule) reserviert.

3 Kultur, Freizeit, Sport

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
7'110'889	7'076'800	34'089

In dieser Funktion sind die abgegrenzten, nicht budgetierten Einnahmen aus Theaterabonnements von Fr. 221'643. Höhere Besoldungsaufwände für Schwimmbad (Neuregelung Personalaufwand für Schwimmbad und Kunsteisbahn) und der Ersatz eines Kommunaltraktors für die Sportplätze stehen diesem Mehrertrag gegenüber.

4 Gesundheit

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
1'098'233	1'115'800	- 17'567

Die Nettobelastung hat sich nur unwesentlich verändert.

5 Soziale Wohlfahrt

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
10'927'771	10'487'900	439'871

Die gesetzliche Sozialhilfe ist im Kanton Solothurn um rund 5 Mio. auf 76,5 Mio. Franken angestiegen, die Zahl der Sozialhilfe-Fälle um über 5 % (Olten = 3,3 %). Der Bruttoaufwand für die gesetzliche Sozialhilfe liegt in Olten zwar unter dem Budget- und Vorjahreswert. Da die Rückerstattungen auch unter diesen Werten liegen, ist die Nettobelastung dennoch um rund 1 Mio. Franken über dem Budgetbetrag bzw. rund 550'000 Franken über der Vorjahresrechnung.

6 Verkehr

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
3'925'479	4'220'200	- 294'721

Der gesetzliche Beitrag an den öffentlichen Verkehr lag um rund 390'000 Franken unter dem Budget- bzw. um rund 133'000 Franken unter dem Vorjahreswert.

7 Umwelt und Raumordnung

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
2'276'313	2'111'700	164'613

Diese Funktion enthält auch die gebührenfinanzierten Bereiche Abwasserentsorgung und Abfallbeseitigung, deren Ergebnisse in der Erfolgsrechnung neutralisiert werden (vgl. dazu auch nachfolgende Ausführungen (Ergebnisse aus Rechnungen mit Spezialfinanzierungen). Der Mehraufwand ist hauptsächlich eine Folge der höheren Belastungen für Drittaufträge im Bereich Orts- und Regionalplanung (Erhebung sicherheitskritische Orte und Gestaltungsplan Born).

8 Volkswirtschaft

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
337'570	328'500	9'070

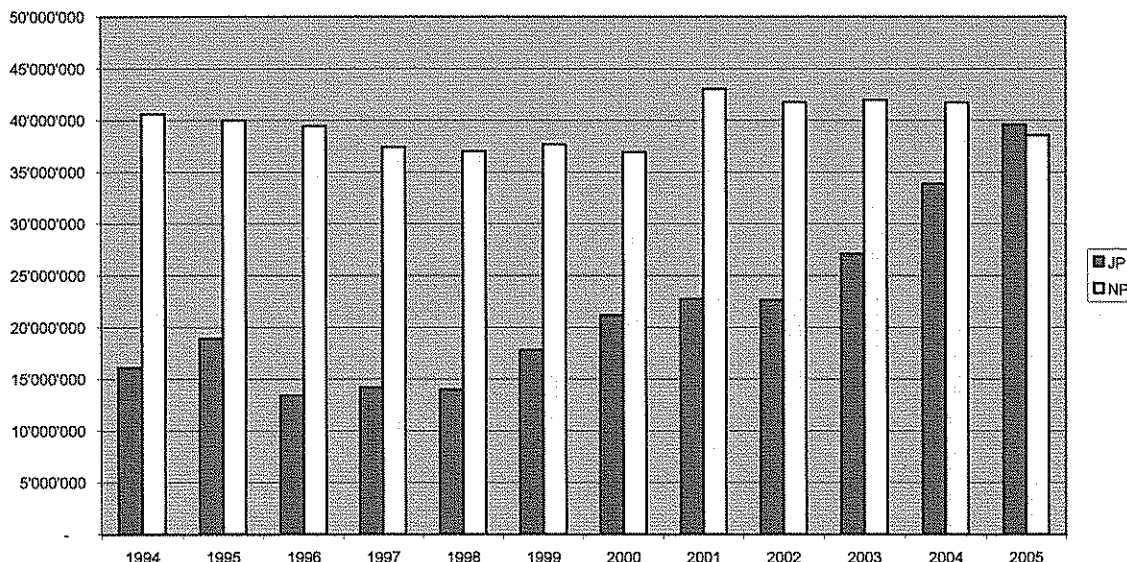
Nur geringe Überschreitung des Budgets.

9 Finanzen und Steuern

Nettoaufwand Rechnungsjahr	Voranschlag	Abweichung
- 85'819'340	- 58'411'300	- 27'408'040

Wie bereits in der Einleitung hingewiesen wurde, ist die grosse Budgetabweichung vorwiegend auf den ausserordentlich hohen und nicht erwarteten Steuerertrag der Juristischen Firmen zurückzuführen. Die nachstehende Grafik zeigt die Entwicklung und Trends für die Haupteinnahmen auf. Wegen der Gegenwartsbesteuerung kann die Grafik nur bis zum Jahre 2004 aussagekräftige Resultate liefern. Für das Jahr 2005 sind noch nicht alle Veranlagungen vorliegend. Der Ertrag für das Rechnungsjahr wird auf dem Basisjahr 2005 hochgerechnet, da zu diesem Zeitpunkt noch keine gesicherten Angaben verfügbar sind. In den Schätzungen einbezogen werden die bekannten Veränderungen. So wurde der gemeldete Mehrertrag aus Sondereffekten eingerechnet. Die starke Zunahme des Steuerertrages der Firmen zufolge der guten Jahresabschlüsse sind deutlich in den Balken JP sichtbar. Für das Rechnungsjahr liegen wegen der Gegenwartsbesteuerung noch keine Veranlagungen vor.

Entwicklung des kumulierten Steuerertrages



Entwicklung der Kennzahlen

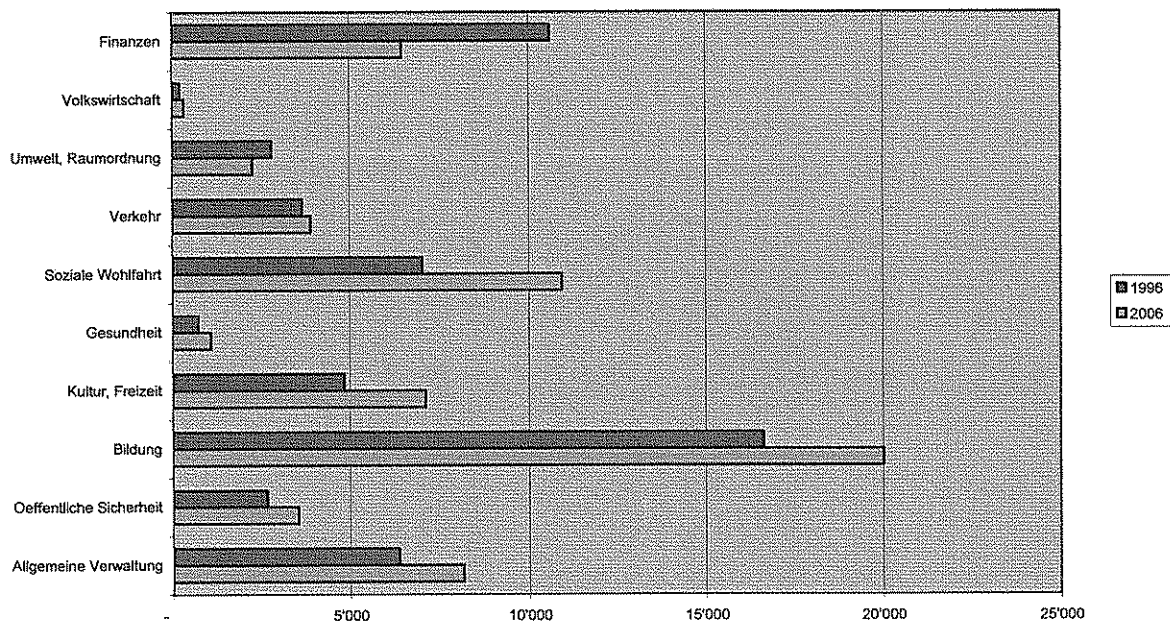
Das Rekordergebnis wirkt sich natürlich auch auf die Kennzahlen aus. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 352 % konnten die Investitionen vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden. Dazu konnten die Schulden wiederum stark abgebaut werden. Die Kennzahl „Selbstfinanzierungsanteil“ zeigt den prozentualen Anteil der Selbstfinanzierung (erwirtschaftete Mittel) am Finanzertrag (Nettoumsatz). Je höher dieser Anteil ist, desto höher ist der Finanzierungs-

spielraum. Ein Selbstfinanzierungsanteil von über 20 % wird als gut beurteilt. Mit der Jahresrechnung konnte diese Schwelle mit einem Wert von 28,6 % erstmals überschritten werden. Der Schuldenabbau wird auch im Zinsbelastungsanteil ausgedrückt. Der Nullwert vom Vorjahr hat sich sogar um 0,8 % verbessert.

Der Investitionsanteil liegt zwar unter dem Vorjahreswert von 16,5 %. Mit 11,3 % weist er immer noch auf eine angemessene Investitionstätigkeit hin. Der Bruttoverschuldungsanteil hat sich wiederum positiv entwickelt. Gemäss den anerkannten Beurteilungskriterien wird eine Verschuldung als kritisch eingestuft, wenn die Schwelle von 200 % überschritten wird. Der Richtwert für gut bis sehr gut liegt unter 100 %. Mit einem Wert von 61,7 % ist das Prädikat „sehr gut“ erreicht worden.

Entwicklung der Nettobelastungen der Hauptfunktionen im 10-Jahresvergleich

Der 10-Jahresvergleich zeigt die Entwicklungen und Tendenzen auf. Die Aufgabenbereiche mit den grössten Anteilen haben die stärksten Zuwachsraten. Einerseits wurde das Bildungswesen stark ausgebaut, wie z.B. ICT, Blockzeiten, Geleitete Schulen, Begabtenförderung. Andererseits ist der Anstieg für die Sozialhilfe auf die doch lang anhaltende angespannte Wirtschaftslage und auch auf die stark anwachsenden Kosten für stationäre Aufenthalte zurückzuführen.



Finanzen vor Steuern / Beträge in 1'000 Franken

Ergebnisse aus Rechnungen mit Spezialfinanzierungen

711 Abwasserentsorgung

Bei einem Umsatz von rund 4,7 Mio. Franken weist die Erfolgsrechnung einen Mehrertrag von Fr. 424'872 aus. Mit dieser zusätzlichen Abschreibung beträgt der Buchwert Ende Jahr noch 5,7 Mio. Franken. Der Wiederbeschaffungswert für Kanalisationen und Spezialbauwerke wurde seinerzeit vom Amt für Umwelt SO auf rund 86 Mio. Franken ermittelt. Die Nettoinvestitionen von Fr. 1'263'815 liegen unter dem budgetierten Wert von 1,7 Mio. Franken, da gewisse Investitionen zeitlich verschoben wurden (Hagbergstrasse, Erschliessung Kleinholz etc.). Die Reserve für die Rechnung des Abwasserbereichs beträgt Ende Rechnungsjahr Fr. 907'782.

721 Abfallbeseitigung

Bei einem Ertrag von ca. 2,05 Mio. Franken wird auch in diesem Bereich ein Überschuss von Fr. 96'341 ausgewiesen. Dieser Betrag ist als Einlage in die Spezialfinanzierung verbucht worden. Die Reserve beträgt danach Fr. 921'888. Für eine Altlastenuntersuchung wurde die Investitionsrechnung mit Fr. 3'391 belastet.

Weitere Kommentare zu Erfolgsrechnungen und Bilanzen

Weitere Kommentare zu Rechnungen mit Spezialfinanzierungen und Bilanzwerten sind im Jahresbericht unter Abschnitt E. Finanzen und Informatik enthalten.

Ergebnisse der Investitionsrechnung

Brutto-Investitionen	Voranschlag	Abweichung
11'556'932	13'335'300	- 1'778'368
Netto-Investitionen		
11'148'187	12'495'000	- 1'346'813

Die Abweichung der Investitionssumme ist hauptsächlich eine Folge des zeitlich verschobenen Neubaus des Werkhofes. Anstelle der budgetierten Ausgaben von 1,8 Mio. Franken wurden im Rechnungsjahr lediglich 50'000 Franken investiert.

Antrag für die Verwendung des Mehrertrages

Gemäss den Rechnungsvorschriften sind Ertragsüberschüsse für zusätzliche Abschreibungen, für die Bildung von Vorfinanzierungen für bereits bewilligte Projekte oder zu Gunsten des Eigenkapitals zu verwenden. Gestützt auf diese Vorgaben beantragt der Stadtrat folgende Verwendung:

Rücklage für das Verkehrsentslastungsprojekt „ERO“ inkl. flankierende Massnahmen	3'000'000.--
Zusätzliche Abschreibungen Verwaltungsverm.(inkl. Werkhof-Neubau)	5'000'000.--
Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve	5'000'000.--
Einlage in Steuerreserve (als Steuerschwankungsreserve)	10'000'000.--
Einlage in Eigenkapital	5'393.674.60
Total Verwendung	28'393'674.60

Vorfinanzierungen sind nur möglich für bereits beschlossene Projektkredite. Die gute Ausgangslage erlaubt es aber projektierte Investitionen rascher zu realisieren, z.B. Gestaltung Innenstadt mit Begegnungszone, Attraktivierung Aareraum, Massnahmen für sicherheitsrelevante Projekte, Sanierung und Erweiterung der Museen usf.

Ergebnis der Rechnung für die Pensionskasse der Stadt Olten

Die Aufstellung der Jahresrechnung der Pensionskasse der Stadt Olten mit den 20 angeschlossenen Körperschaften (Gemeinwesen und andere mit der Stadt Olten verbundenen Organisationen) erfolgte wiederum nach den neuen Rechnungsvorschriften Swiss GAAP FER 26. Nach Bildung von weiteren technischen Reserven von Fr. 804'437 (für längere Lebenserwartung etc.) schliesst die Rechnung mit einem Mehraufwand von Fr. 326'551.85 ab. Der Deckungsgrad ist dennoch von 88,3 % auf 88,5 % leicht angestiegen. Der detaillierte Jahresbericht ist am Schluss des Verwaltungsberichtes enthalten.

Zusammenfassung und Ausblick

Das wohl einmalige Rekordergebnis von rund 28,4 Mio. Franken darf nicht zu falschen Trendaussagen interpretiert werden. Die hohen einmaligen Steuererträge zufolge Sondereffekten werden sich so wohl kaum wiederholen. Deshalb ist der Blick weiterhin auf das Ausgabenwachstum zu richten. Die gute nationale und regionale Wirtschaftsentwicklung wird dazu beitragen, dass die Stadt Olten weiterhin am Erfolg der Firmen teilhaben wird. Das Gemeinde-Rating wird dadurch noch besser. Dies ist eine gute finanzielle Voraussetzung für zukünftige Entwicklungsinvestitionen. Zu beachten sind aber auch die Auswirkungen aus der vorgesehenen Steuergesetzrevision. Nach dem Antrag der erweiterten Finanzkommission des Kantons SO wird für die Gemeinden ein Steuerausfall von 40 Mio. Franken ab 2008 bzw. 54,1 Mio. Franken ab 2012 entstehen. Der Minderertrag für die einzelnen Gemeinden wird vom Steueramt SO noch ermittelt.

Beschlussesantrag:

1. Die folgenden **Rechnungsergebnisse 2006** werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Mehrertrag	CHF	28'393'674.60
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	11'148'187.23
c) Bilanz der Verwaltungsrechnung	Bilanzsumme	CHF	162'301'636.79
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Mehraufwand	CHF	326'551.85
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	CHF	159'386'930.60

2. Der Mehrertrag der Allgemeinen Verwaltung ist wie folgt zu verwenden:

Rücklage für das Verkehrsentlastungsprojekt „ERO“ inkl. flankierende Massnahmen	3'000'000.--
Zusätzliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	5'000'000.--
Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve	5'000'000.--
Einlage in Steuerreserve (als Steuerschwankungsreserve)	10'000'000.--
Einlage in Eigenkapital	5'393'674.60

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 16. Mai 2007 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 8. Mai 2007 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2006 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

5. Dem Personal wird für seinen Einsatz und seine pflichtgetreue Arbeit der beste Dank ausgesprochen.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

EINTRETENSDEBATTE

Urs Knapp: Die GPK hat die Rechnungen und den Verwaltungsbericht 2006 intensiv studiert und mit dem Stadtrat und den Vertretern der Finanzdirektion auch diskutiert. Die GPK empfiehlt Ihnen einstimmig und ohne Enthaltung, auf den vorliegenden Bericht des Stadtrates einzutreten und den Anträgen zuzustimmen. Vorab möchte ich im Namen der GPK – und ich nehme an, auch in Ihrem Namen – allen Personen und Gremien danken, die einen Beitrag zu dieser sehr erfreulichen Vorlage geleistet haben, namentlich der Finanzverwaltung und der gesamten städtischen Verwaltung, dem Stadtrat und den politischen Funktionsträgern. Mein erster Dank geht aber an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von Olten. Sie haben im Jahr 2006 massiv mehr Abgaben bezahlt und damit den sehr erfreulichen Rechnungsabschluss erst ermöglicht. Die Unternehmen haben 26,9 Millionen Franken mehr Steuern als im Vorjahr bezahlt, die Einwohner 1,3 Millionen Franken. Gleichzeitig hat die GPK feststellen dürfen, dass die Ausgaben leicht unter dem Budget geblieben sind. Deshalb ist unter dem Strich ein rekordhoher Mehrertrag von 28,4 Millionen Franken verblieben. Damit kann Olten erstmals seit Menschengedenken ein ansehnliches Bruttovermögen ausweisen, nämlich 580 Franken je Einwohner. Vor einem Jahr hat noch eine zugegebenermassen theoretische Schuld von 1'420 Franken auf jedem Einwohner und jeder Einwohnerin gelastet. Wir haben in der Diskussion mit der Finanzdirektion festgestellt, dass die Situation eigentlich noch viel besser ist als es auf den ersten Blick aussieht. Würde man nämlich noch das bestehende Finanzvermögen berücksichtigen, was man nach Gemeindegesetz aber nicht darf, könnte Olten pro Kopf ein Vermögen von 1'800 Franken ausweisen, also dreimal mehr als eigentlich jetzt auf dem Papier ist. Die GPK hat feststellen dürfen, dass alle Kennzahlen der Rechnung 2006 sich im grünen Bereich befinden. Dazu gehören auch die Investitionen. Olten hat im letzten Jahr über 11 Millionen Franken investiert. Das sind 663 Franken pro Einwohner. Die Stadt liegt damit deutlich über dem Durchschnitt der Gemeinden im Kanton Solothurn. Der Durchschnitt ist bei 471 Franken pro Kopf. Wo so viel Licht ist, kann auch Schatten auftreten. Ein negativer Punkt, der in der Diskussion der GPK erwähnt worden ist, sind die Kosten für die gesetzliche Sozialhilfe, die nochmals stark gestiegen sind. Trotz der guten Wirtschaftslage gibt es noch immer sehr viele, die einer Unterstützung bedürfen. Diese Kosten liegen eine Million über dem Budget und eine halbe Million über dem Vorjahr. Ein negativer Punkt kann auch sein, dass Olten finanziell von wenigen potenten Unternehmen abhängig ist. Die GPK hat intensiv diskutiert, wie man die Abhängigkeit von diesen wenigen potenten Unternehmen vermindern kann. Man ist sich klar gewesen, dass dazu eigentlich der Wohn- und Wirtschaftsraum noch attraktiver werden sollte. Wie dies aber geschehen soll, hier sind die Meinungen in der Diskussion sehr weit auseinander gegangen. Es ist von Projekten zu Stadtentwicklung die Rede gewesen, von Projekten ins Wohnstadtmarketing, aber auch von Investitionen in ein attraktiveres steuerliches Umfeld. Es ist aber weder für die GPK noch für das Parlament heute der Zeitpunkt da, wo man entsprechende Entscheide fällen muss. Die Entscheide, wenn man dort etwas für die Attraktivität machen möchte, werden im November gefällt, wenn wir über das Budget für das Jahr 2008 diskutieren und entscheiden können. Die GPK ist vom Finanzverwalter informiert worden, dass auch im laufenden Jahr 2007 der budgetierte Steuerertrag bei den Gewinnen und bei den Kapitalsteuern voraussichtlich übertroffen wird. Das heisst, damit kann Olten die tieferen Steuereinnahmen, die durch die kantonale Steuergesetzrevision ausgelöst werden, verkraften, ohne dass man bei den Leistungen oder Investitionen sparen muss. Die GPK empfiehlt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen des Stadtrates zuzustimmen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Der Stadtrat und die Verwaltung präsentieren mit Freude, Genugtuung und auch etwas mit Stolz oder nicht wenig Stolz eine wirklich aussergewöhnliche Rechnung 2006. Jetzt ist aber Stolz manchmal auslegungsbedürftig. Es darf nicht falsch hinüber kommen. Olten ist nicht etwas ganz Besonderes, aber natürlich sind wir unter uns schon ein wenig etwas Besonderes. Aber es gibt ganz reale Erklärungen für diesen Erfolg. Manchmal sind Erfolge oder eben gute Rechnungsabschlüsse fast noch schwieriger zu kommentieren als

etwas weniger gute. Die Stadt Olten will vor allem keinen Neid und keine Missgunst säen in der Region und im Kanton. Wir sind Partnerin und Zentrum einer sehr gut funktionierenden Region mit guten bis sehr guten Beziehungen zu unseren Nachbargemeinden. Es geht nicht allen so gut wie uns. Aber für den Stadtrat und mich gilt die Devise – das haben wir schon vor einigen Jahren einmal geprägt – „eine starke Zentrumsgemeinde Olten für eine starke Region“. Es ist halt eben schon eine Tatsache: Wenn es der Stadt Olten gut geht, geht es vielen, auch dem Kanton, besser oder eben auch gut. Das Beispiel ist eigentlich augenfällig. Der Anteil der Stadt Olten am gesamten Staatssteueraufkommen ist 10,4 %. Bei den juristischen Personen ist es noch eklatanter: 28 % des Steueraufkommens des Kantons kommen aus der Stadt Olten. Vergleich: Grenchen 13 %, Solothurn 8,8 %. Ich meine, wir sind nicht besser oder schlechter als andere. Wir, Ihr alle hier, haben es gut gemacht und vor allem auch profitieren können. Ich darf noch kurz eine Aussage der GPK erwähnen, die natürlich den Stadtrat und die Verwaltung auch gefreut hat. Man hat in der GPK gesagt, man sei erfreut über die Weitsicht, die zur Gesundung der Finanzen geführt hat und eine solche Rechnung und gute Arbeit mache grundsätzlich Freude. Also: Freude herrscht. Ich möchte in der Folge jetzt einige Punkte ansprechen, die man auch im Bericht und Antrag oder der Berichterstattung findet, aber vielleicht etwas anders kommentieren. Es gibt mehrere Gründe für den guten Abschluss, wie es der Präsident der GPK bereits gesagt hat. Die gute Wirtschaftslage hat tatsächlich Steuererträge in einem Mass ansteigen lassen, das man nicht hat voraussehen können. Alle unsere Wirtschafts- und Gewerbeunternehmen in Olten haben ganz wesentlich zu diesem Erfolg beigetragen. Dafür möchten wir auch im Namen des Stadtrates allen herzlich danken. Es muss aber auch ausdrücklich gesagt sein, dass die Auflösung von Wertberichtigung, Sondereffekten, einmalige Dinge, das Ergebnis natürlich sehr stark beeinflusst haben. Im Übrigen haben auch einige Regionsgemeinden dank Verbindungen zu diesem berühmten Energieunternehmen von dieser Situation profitieren können. Das ist ja auch gut so. Auch der Steuereingang bei den natürlichen Personen hat sich erfreulicherweise um 1,3 Millionen Franken erhöht. Auch wir danken natürlich allen Oltner Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern herzlich dafür. Die Weitsicht von einigen, in Olten neu oder wieder Wohnsitz zu nehmen, zahlt sich natürlich auch für die Gesamtheit der Stadt Olten aus. Etwas ganz Spezielles ist, dass eigentlich einmalig mit diesem Anstieg die juristischen Personen 53 % des gesamten Steueraufkommens der Stadt Olten ausmachen und 46 % dann die natürlichen Personen. Budgetiert ist es praktisch genau umgekehrt gewesen. Auch erfreut ist der Finanzdirektor – das sage ich sehr gerne – über das Ergebnis für die betriebliche Tätigkeit, welches 430'000 Franken unter dem veranschlagten Wert liegt. Das zeugt von einer guten Zusammenarbeit in der Verwaltung und der Behörde, und das gemeinsame Vorwärtstreben zum Erfolg, eben auch über gesunde Finanzen, wird dadurch dokumentiert. Auch – das erwähne ich speziell, weil immer oder immer wieder aktuell – die Geschichte der Nachtragskredite ist keine schlechte im Jahr 2006. Die jetzt gemachten Aussagen werden in einer neuen Tabelle im Bericht und Antrag sichtbar. Das ist der gestufte Erfolgsausweis. Im Übrigen eine Tabelle, die mit dem neuen harmonisierten Rechnungsmodell eben neu ist, das Rechnungsmodell Bund, Kanton, Gemeinden. Die angestrebten Finanzziele sind deutlich übertroffen worden. Die Vorgaben sind erreicht worden, und wir haben tatsächlich erstmals in der Geschichte der EGO ein Pro-Kopf-Vermögen. Dank des Selbstfinanzierungsgrads von 352 % haben sämtliche Investitionen vollständig aus eigenen Mitteln finanziert werden können. Die Basis sind die Steuerfüsse 108 und 114 % gewesen. Sie wissen, dass das Parlament dies für 2007 ja auch schon nach unten geändert hat. Der Investitionsanteil liegt zwar unter dem Vorjahreswert von 16,5 %. Aber 11,3 % ist immer noch eine sehr angemessene Investitionstätigkeit und absolut im guten Rahmen. Die Abweichung in der Investitionssumme, netto 11,5 anstatt 12,5 Millionen Franken aufgerundet, ist hauptsächlich eine Folge des zeitlich verschobenen Neubaus des Werkhofs. Sonst hätten wir praktisch alle Investitionen realisiert. Das kann nicht jede Gemeinde und Stadt von sich behaupten. Die Rechnung wird dann vielfach von diesen Gemeinden durch die nicht getätigten Investitionen noch nach oben, also positiv, korrigiert. Bei uns ist dies ganz klar eine Investition, die wir haben auslösen können. Gemäss den anerkannten Beurteilungskriterien wird eine Verschuldung als kritisch eingestuft, wenn die Schwelle von 200 % überschritten wird. Gut bis sehr gut heisst unter 100 %. Sie haben die Tabelle im Buch gesehen. Ein Wert von 61,7 % hat ja wirklich das Prädikat sehr gut verdient. Im Zehnjahres-Vergleich zeigt

sich, dass einerseits im Bildungswesen stark ausgebaut worden ist und wie ich Ihnen hier auch sagen kann – Herr Bildungsdirektor Martin Wey stimmt mir sicher zu – noch ausgebaut wird. Wir haben klare Aussagen des kantonalen Erziehungsdepartements, dass in den nächsten Jahren „auch mit Folgen für die Einwohnergemeinden“, fast 100 Millionen Franken in die Bildung investiert werden soll. Andererseits ist der Anstieg für Sozialhilfe auf die doch lang anhaltende gespannte Wirtschaftslage zurück zu führen und auch auf die stark angewachsenen Kosten für stationäre Aufenthalte. Was macht man mit diesem Ergebnis? Gemäss den Rechnungsvorschriften sind Ertragsüberschüsse für zusätzliche Abschreibungen, die Bildung von Vorfinanzierungen, bereits bewilligte Projekte oder zu Gunsten des Eigenkapitals zu verwenden. Gestützt darauf hat der Stadtrat einstimmig die beantragte Verwendung dieses Ertragsüberschusses beschlossen, wie es Ihnen vorliegt: Vorfinanzierungen sind nur für bereits beschlossene Projektkredite möglich. Die gute Ausgangslage – das ist jetzt ganz wichtig – erlaubt es, projektierte Investitionen rascher zu realisieren. Wir haben auch Beispiele genannt: Innenstadtgestaltung, Aareraum, sicherheitsrelevante Projekte, Museen usw. Diese Ausgangslage wird auch Niederschlag finden im Finanzplan, den wir in der zweiten Hälfte des Jahres hier behandeln werden. Ich komme zum Ausblick und zum Fazit: Der 2007 budgetierte Steuerertrag dürfte dank guten Eingängen der Gewinn- und Kapitalsteuern noch einmal übertroffen werden. Wesentlich ist aber: „Ausserordentliche Erträge“, wie wir sie in diesem Jahr gehabt haben, nehmen wir natürlich auch zukünftig gerne. Das ist klar. Aber man kann diese nicht einfach auf Planjahre extrapolieren. Das funktioniert natürlich nicht. Gestern hat der Kantonsrat eine Steuergesetzrevision beschlossen. Im Oktober 2007 soll die Volksabstimmung kommen, und das Projekt soll per 1.1.2008 in Kraft treten. Das trifft – es ist auch deklariert – auch die Finanzen der Stadt Olten ab dem nächsten Jahr und noch einmal zusätzlich ab 2012. Man kann davon ausgehen, dass immer 10 % des Gesamten, was den Kanton betrifft, ungefähr die Stadt Olten betrifft. Die Gemeinden und Städte im gesamten Kanton, der Einwohnergemeindeverband haben den Puck eigentlich positiv aufgenommen, aber auch kritisch wird man in Bezug auf die Aufgabenreform mit dem Kanton natürlich noch auf diversen Gebieten auch mögliche Ausgleiche fordern und zumindest diskutieren. Das einmalige Rekordergebnis dieser 28,4 Millionen Franken darf nicht zu falschen Trendaussagen führen. Die hohen Steuererträge, die einmaligen Sondereffekte, die zusätzlichen Rückstellungsaufösungen werden sich nicht wiederholen. Ich wiederhole dies jetzt. Dadurch gilt unser Blick weiterhin dem Ausgabenwachstum. Die gute nationale, aber auch die gute regionale Wirtschaftsentwicklung wird dazu beitragen, dass die Stadt Olten weiterhin am Erfolg dieser Firmen teilhaben kann oder darf. Wir nehmen natürlich auch ausserordentliche Einnahmen in den nächsten Jahren sehr gerne auf. Das Rating der Stadt wird ganz klar noch besser. Die Finanzpolitik – das hat man hier im Zusammenhang mit den Budgetverhandlungen auch schon einmal fast etwas belächelt hier – ist weiterhin auf Nachhaltigkeit auszurichten. Dadurch wird der Handlungsspielraum auch für unsere kommende Generation nicht eingeschränkt. Die Finanzkraft ist in den letzten Jahren deutlich besser geworden und ist eine gute Ausgangslage für bevorstehende grössere Investitionen. Ich darf Ihnen, meine geschätzten Damen und Herren des Gemeindeparlamentes, im Namen des Stadtrates beantragen, das Rekordergebnis 2006 wohlwollend, ich sage jetzt in einer Freude und zufrieden zur Kenntnis zu nehmen. Der Verwendung des Mehrertrags zuzustimmen, die Rechnung und den Bericht über die Verwaltungstätigkeit zu genehmigen und der Behörde und der Verwaltung die Entlastung zu gewähren. Ich möchte Ihnen dafür im Voraus herzlich danken. Im Besonderen danke ich auch meinen Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates, unserem gesamten Personal und eben auch Euch hier im Saal für Euren Einsatz zum Wohl unserer Stadt.

Iris Schelbert: Die Fraktion Grüne/Jungalternativen nimmt das überaus positive Ergebnis der Rechnung 2006 selbstverständlich gerne zur Kenntnis. Dass ein solches Ergebnis als Einzelfall und nicht als Norm betrachtet werden kann oder muss, betont ja auch der Stadtrat ganz klar. Trotzdem kündigt er in der Zeitung schon wieder etwas Steuerreduktionen an. Ohne dass wir hier Spielverderber sein wollen, warnen wir einmal mehr vor allzu viel Steuersenkungsgelüsten. Zum einen ist die kantonale Steuergesetzrevision gestern vom Kantonsrat positiv entschieden worden, und man muss also nicht prophetisch denken, wenn man sagen kann, im Herbst wird sie wahrscheinlich auch vom Volk angenommen werden, weil alle und alle ein bisschen, andere

etwas mehr davon profitieren können. Der Kanton meint, er sei im schweizerischen Steuerwettbewerb dann konkurrenzfähiger, mindestens eben was die Steuerbelastung angeht. Den Kanton kostet diese Steuergesetzrevision über 60 Millionen Franken, und die Gemeinden kostet dies rund 52 Millionen Franken Steuerausfälle. Im Moment ist finanziell alles im grünen Bereich. Aber das ist unserer Meinung nach eben ein labiles Gleichgewicht. Die Stadt Olten muss mit rund 6 % weniger Steuereinnahmen rechnen. Dass dies alles dem Stadtrat auch klar ist, zeigt seine Einlage von 10 Millionen Franken in die Steuerreserven. Das ist ungewöhnlich hoch. Aber es ist vorsichtig, und wir können dem so zustimmen. Wenn es beim Kanton einmal etwas knapper wird mit dem Geld, kann er eigentlich Aufgaben an die Gemeinden delegieren, und die Gemeinden müssen dies unter Zähneknirschen entgegen nehmen und können dann allenfalls, wenn es bei ihnen auch nicht mehr so gut geht, mit Leistungen oder Investitionen sparen oder eben dann die Steuern wieder erhöhen. Wir können diesen 10 Millionen Franken Steuerreserven zustimmen, weil vielleicht dann die sieben fetten Jahre doch einmal vorbei sein werden. Wir wollen, dass die Stadt weiter leistungs- und investitionsfähig bleibt. Aber trotz allem: Vorsicht um Martini bei Steuersenkungsgelüsten. Ausserdem – ich sage es einmal mehr – hat eine Studie des Nationalfonds ergeben, dass unter den Kriterien, ob Neuzuzüger, seien es Unternehmen oder Private, nach Olten kommen wollen, matchentscheidend für eine Niederlassung nicht primär die Steuerbelastung ist, sondern andere Kriterien, zum Beispiel Anbindung an den ÖV, Bildungsmöglichkeiten, städtische Infrastruktur, familienergänzende Betreuungsangebote und gute Schulen, sind zum Teil wichtiger. Wir haben nicht überrissene Begehrlichkeiten angesichts dieser Rechnung. Aber bei so viel Ertragsüberschuss sind wir der Meinung, dass man die eine oder andere geplante Investition vorziehen könnte oder unsere Stadt – das ist nur ein kleines Beispiel – endlich mit einheitlichen Wegweisern den Gästen ab Bahnhof die Suche nach Schulen, Museen, Kliniken, öffentlichen Gebäuden und Sehenswürdigkeiten, die wir ja auch haben, erleichtern könnte. Zurück zur Rechnung: Das dicke Buch wird jedes Jahr besser und dies unabhängig von den Zahlen. Es lässt kaum mehr Fragen offen. Ich glaube, das hat der Stadtrat gemerkt. Es hat wahrscheinlicher weniger Mails als auch schon gegeben. Es bietet viele Vergleichszahlen, ist klar gegliedert, transparent und lesbar. Das ist nicht selbstverständlich bei einer Rechnung. Eindrücklich sind die Verwaltungsberichte, wo man einfach einmal sieht, was in dieser Stadt alles geht. Wir bedanken uns hier ganz herzlich bei Finanzverwalter Peter und Kohler und seinen Mitarbeitenden. Allen weiteren Verwaltungsangestellten und Kommissionsmitgliedern, auch den Damen und Herren Stadträte, die bei der Zusammenstellung dieser gesamtstädtischen Umschau ihren Beitrag geleistet haben, besten Dank. Noch einige Bemerkungen: Mit dem Stromhandel kann offensichtlich enorm viel Geld verdient werden. Der Profit kommt den Shareholders zugut und – das nehmen wir heute sehr erfreut zur Kenntnis – auch unserem Gemeinwesen. Trotzdem darf und muss man Sachen halt auch hinterfragen. Heute wird zum Beispiel ein Pumpspeicherwerk nicht primär zur Stromerzeugung gebaut, sondern zur Gewinnoptimierung. Diese Entwicklung erachten wir teilweise als schwierig, und sie gibt uns auch etwas zu denken. Wir müssen weiter zur Kenntnis nehmen, dass von der guten Konjunkturlage nicht alle profitieren können, weil die Kosten der Sozialhilfe weiter zunehmen. Wir hoffen sehr, dass sich mit einer Zeitverzögerung auch dies ändert. Weiter wäre es für die Fraktion Grüne/Jungalternativen sehr interessant, wenn man Leistungen und Investitionen, die in der Rechnung ja immer als Ausgaben und Aufwand erscheinen und uns manchmal etwas weh tun, mit dem jeweiligen Nutzen und dem Gewinn für das Gemeinwesen beziffert oder aufgewogen werden könnten. Diese Idee ist uns bei der Diskussion um die Bearbeitung der Beilage zur Rechnung gekommen. Die Beilage ist hoch interessant und wir wollen sie künftig besser nutzen können. In diesem Zusammenhang werden wir dann einmal auf Peter Kohler für Nachhilfestunden zukommen. Ein Beispiel zu dem, was wir hier meinen: Beim Schwimmbad sind die Vollkosten bei weitem nicht gedeckt. Was aber ist der Nutzen und der Gewinn betreffend Volksgesundheit und Zufriedenheit? Eine Erhebung der Bevölkerungszufriedenheit in diesem Zusammenhang wäre einmal sehr interessant. Nicht im Zusammenhang Schwimmbad, sondern über das Ganze. Die Fraktion Grüne/Jungalternativen dankt dem Stadtrat, dem städtischen Personal für die geleistete Arbeit und die Budgettreue über das Jahr. Ja, wir haben die Nachtragskredite durchgelesen, „gäng wie gäng“, und wir sind hoch zufrieden. Ich möchte dies hier

auch sagen. Wir treten auf das Geschäft ein, haben eventuell die eine oder andere kleinere Frage und Bemerkungen und werden den Beschlussesanträgen des Stadtrates zustimmen.

Christian Wüthrich: Die FdP-Fraktion wird dem Beschlussesantrag des Stadtrates, das heisst der Verwendung des Mehrertrages, einstimmig zustimmen. Ich möchte mich im Namen unserer Fraktion beim Stadtrat sowie bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Verwaltung bedanken. Gerne nehmen wir den Mehrertrag von rund 28,4 Millionen Franken zur Kenntnis. Dass die Mehrerträge praktisch aus Steuereingängen resultieren, nehmen wir ebenfalls zur Kenntnis. Nicht schmälern möchten wir zuletzt auch die 400'000 Franken, die aus der betrieblichen Tätigkeit eingespart worden sind, was doch einiges über die Budgetgenauigkeit und wie man die Budgets handhabt, aufzeigt. Es ist sicher richtig gewesen, dass wir in den letzten Jahren immer wieder mit dem Stadtrat die konsequente Umsetzung von ihm erarbeiteten und vorgegebenen Richtlinien verlangt haben. Es zeigt sich jetzt auch, dass der Finanz- und Investitionsplan über die Budgetrichtlinien bis zur Budgetierung und der Rechnung eine Einheit sind, dass sie erstens gut lesbar und verständlich sind, andererseits politisch nicht nur korrekt, sondern auch sehr transparent sind. Wie bereits angetönt, hat uns der städtische Vorschlag über die Verwendung des Mehrertrags voll überzeugt. Dass Olten jetzt über ein Pro-Kopf-Vermögen verfügt, gönnen wir im Speziellen Peter Kohler und freuen uns mit ihm, wenn sein Städterating noch besser wird. Wir teilen auch die Ansicht des Stadtrates, dass Olten sich nun vermehrt Investitionen leisten kann, dass die FdP jedoch vor allem auch Investitionen in ein noch besseres steuerliches Umfeld sieht, sprich Steuersenkung, versteht sich von selbst. Wir werden uns auch weiterhin mit städtischer Finanzpolitik stark auseinandersetzen und diese politisch prägen. In der Detailberatung und im Verwaltungsbericht werden wir nicht umhin kommen, zu gewissen Punkten unsere Meinung kund zu tun. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Dieter Ulrich: Auch die SP nimmt das Rechnungsergebnis hoch erfreut zur Kenntnis und wird den Anträgen des Stadtrates einstimmig zustimmen. Nachdem wir in früheren Jahren immer wieder sehr gute Ergebnisse und Rekordgewinne haben kommentieren dürfen und Ihr uns darauf hingewiesen haben, dass dies nicht selbstverständlich ist und es im nächsten Jahr anders heraus kommen könnte und wir im nächsten Jahr immer wieder das Gleiche erzählt haben, denke ich, dies wird – hier wird mir jeder hier zustimmen – dieses Ergebnis stellt alles in den Schatten, und hier darf man ruhig die Prognose wagen: Wir werden im nächsten Jahr nicht mehr das Gleiche erzählen. Ich würde zwar gerne vom Gegenteil überzeugt werden. Aber die Hoffnung ist sehr klein. Speziell erwähnen möchten wir die hervorragende Budgetdisziplin, die für eine sehr gute Planung und auch eine konsequente Einhaltung der Vorgaben spricht. Wir hoffen, dass es auch in den nächsten Jahren so aufrecht erhalten werden kann. Auch wir sehen die potenzielle Gefahr durch das Klumpenrisiko, das wir haben, durch die wenigen sehr guten Steuerzahler, die vorhanden sind, wo wir halt nicht wissen, wie lange diese Abschlüsse so gut sein werden und wie lange sie überhaupt in Olten Steuern bezahlen werden. Wie es der Sprecher der GPK bereits angekündigt oder gesagt hat, ist es nicht Gegenstand der Diskussion heute Abend. Wir sehen hier auch vor allem Möglichkeiten, via Stadtentwicklung Massnahmen einzuleiten. Sehr erfreut sind wir auch über das angekündigte Vorziehen von Investitionsprojekten, unter anderem Begegnungszone, Attraktivierung des Aareraums, Museen, für die wir uns ja schon sehr lange einsetzen. Wir sind dementsprechend gespannt auf den kommenden Finanzplan, wie dies dann aussehen wird. Die Pensionskasse hat sich leider im letzten Jahr nur leicht verbessert. Aber immerhin geht es in die richtige Richtung, wird aber allerdings – so schätze ich – noch längere Zeit dauern, bis man den angestrebten Deckungsgrad dieser 100 % erreichen wird. Sicher ein Punkt, den man weiterhin im Auge behalten muss. Der Jahresbericht ist wie gewohnt sehr umfangreich und sehr informativ. Man erfährt wieder einmal, was in diesem ganzen Jahr in der Stadt gelaufen ist, sowohl in der Verwaltung wie auch sonst rund herum. Unser Dank gilt all jenen, die dort mitgearbeitet und mitgeschrieben haben, natürlich dem Stadtrat, allen Angestellten der Stadt, Kommissionen und politischen Gremien. Ein spezieller Dank gilt natürlich all jenen, die das hervorragende Rechnungsergebnis möglich gemacht ha-

ben, sowohl die bereits Erwähnten wie natürlich auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler und die ansässigen Firmen.

Roland Rudolf von Rohr: Die Fraktion der CVP/EVP hat von diesem erfreulichen Resultat gerne Kenntnis genommen und dankt dem Stadtrat und der ganzen Verwaltung mit dem Personal für die geleistete Arbeit und stimmt natürlich dem Beschlussesantrag in allen Punkten zu. Wir haben Gelegenheit gehabt, durch Peter Kohler, der dies wie gewohnt routiniert und sehr präzise gemacht hat, über die gesamte finanzielle Situation der Stadt Olten informiert zu werden. Vergleichszahlen mit anderen Städten haben wir gesehen, wo es ja teilweise auch sehr gut gegangen ist. Die Kennzahlen sind höchst interessant gewesen und haben der ganzen Fraktion ein gutes und umfassendes Bild der städtischen Finanzen gegeben. Wir haben im Jahr 2002/03/04 schon schöne Ergebnisse gehabt, haben uns dann immer gefreut über ca. 5 Millionen Franken Gewinn, den wir gemacht haben und haben dann 2005 ein Rekordjahr von 8 Millionen Franken gehabt. Das ist jetzt tatsächlich noch um 20 Millionen überboten worden. Jemand hat einmal gesagt: Wenn es einmal läuft, dann läuft es. Es scheint mir fast, dass es hier auch so aussieht. Allerdings ist die Erklärung gesagt worden: Die Auflösung von früheren Wertberichtigungen und Neubewertungen von Aktiven bei verschiedenen juristischen Personen haben zu diesen ausserordentlichen Erträgen geführt. Zudem hat eine allgemein günstige wirtschaftliche Situation höchst erfreuliche Steuern, vor allem seitens der juristischen Personen, ergeben. Man tut aber gut daran, das erfreuliche Resultat auch unter diesem Licht zu sehen. Die CVP/EVP-Fraktion hat ganz stark den Eindruck, dass der Stadtrat dies auch macht und stimmt deshalb der Verwendung des Gewinns in allen Punkten zu. Allerdings haben wir auch sonst noch etwas über die Verwendung gesprochen. Währenddem die Abschreibung des Verwaltungsvermögens und die Einlage in die Steuerschwankungsreserven unbestritten gewesen ist, hat uns doch die Einlage in die Arbeitgeberreserve der Pensionskasse etwas zu diskutieren gegeben, haben dann aber weitere interne Informationen von unseren eigenen Leuten eingeholt, die dort vertreten sind und stimmen dem heute auch mit Überzeugung zu. Ob man angesichts dieses erfreulichen Resultats weitere Investitionen machen, andere Sachen anpeilen sollte, haben wir ebenfalls diskutiert. Die CVP/EVP-Fraktion ist am ehesten der Meinung, dass ein Vorziehen von gewissen Investitionen – wir denken hier an diejenigen der Sportpark AG – recht sinnvoll wäre. Wir wissen aber, dass dies eine eigene Körperschaft ist und es nicht einfach so geht, aber wir könnten uns vorstellen, dass man mit einem zinsfreien Darlehen zu Gunsten dieser Sportpark AG dies möglich gemacht werden könnte. Wir denken auch, dass dies bei der gegenwärtigen Diskussion beim Volk recht gut ankäme. Wir haben ebenfalls erfreulich festgestellt, dass die Budgetdisziplin sehr gut eingehalten worden ist. Deshalb hier besten Dank an alle, die dort verantwortlich gewesen sind und ihren Beitrag dafür geleistet haben. Wir haben ebenfalls schon in der Fraktion zu den Details Fragen stellen können, die bereits beantwortet worden sind. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit bei der Finanzverwaltung bedanken. Wir sind für Eintreten und stimmen der Vorlage zu.

Marcel Buck: Nachdem ich jetzt auch einmal zu einem positiven Geschäft reden darf, schliesst sich die SVP-Fraktion dem Dank der Vorredner an. Ganz speziell danken möchten wir Peter Kohler mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auch den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern für den positiven Abschluss. Wir werden auf das Geschäft eintreten und den Beschlussesanträgen einstimmig zustimmen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

- - - - -

DETAILBERATUNG

Kennzahlen

Keine Bemerkungen

Ergebnisse Seite 3 bis 8

Keine Bemerkungen

Laufende Rechnung Seite 11 bis 44

Anita Huber: Wie schon letztes Jahr, haben wir dies ganz genau durch geschaut und haben auch ein paar Fragen an den Stadtrat.

Seite 36, Ziffer 620.318.02, Projektierungen Gemeindestrassen

Anita Huber: Wieso ist für 2006 weniger Geld für Projektierungen geplant und ausgegeben worden als 2005?

Stadträtin Silvia Forster: Ich denke, man muss bei den Projektierungen jeweils gewisse Budgetannahmen machen. Aber ich kann diese Frage nicht im Detail beantworten. Wir nehmen sie zur Prüfung entgegen und werden dies den Fraktionen noch mitteilen.

Adrian Balz: Normalerweise sind die Projektierungen für Strassen und die dazugehörigen Kredite in der Investitionsrechnung enthalten. Das Konto in der laufenden Rechnung enthält nur sehr kleine Projektierungen (Anpassungen). Die laufende Rechnung sagt somit nichts aus über die Höhe der Gesamtausgaben für Projektierungen.

Seite 36, 620.436.01, Erlöse aus Arbeiten der Städtischen Betriebe, Dritte

Anita Huber: Bei den Rechnungsaufwänden steht Fr. 180.--. Projektiert worden sind Fr. 20'000.--. Im Jahr 2005 hat man hier Fr. 3'888.— bekommen können.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Wir werden die Antwort vom Stadtrat schriftlich beantworten lassen.

Seite 37, 622.436.01, Vergütung Dritter

Anita Huber: Hier geht es um etwas Erfreuliches. In diesem Jahr hat man hier Fr. 32'000.— einnehmen können. Im Voranschlag sind es nur Fr. 10'000.--. Weiss jemand, weshalb man hier gerade dreimal mehr Erträge hat erwirtschaften können?

Stadträtin Silvia Forster: Das hat damit zu tun, wie die Preise beim Einsammeln des Abfalls, Papier usw., sind. Diese schwanken. Das sind meistens auch Sachen, die man sogenannte recyceln kann, welche die Unternehmer, die dies abnehmen, vergüten. Das ist ein Teil.

Seite 37, 650, Regionalverkehr

Anita Huber: Nettoaufwand Regionalverkehr. Wieso gibt die Stadt Fr. 400'000.— weniger für den Regionalverkehr aus als gemäss Voranschlag?

Stadtpräsident Ernst Zingg: Anita Huber, ich möchte kurz eine allgemeine Bemerkung machen. Die Grünen zeichnen sich in den letzten Jahren immer dadurch aus, dass wir alle Fragen rechtzeitig schriftlich erhalten haben. Dann haben wir nämlich die Antwort wirklich perfekt liefern können. Das ist die einzige, die der Stadtrat erhalten hat. Deshalb kann ich Dir die Antwort jetzt auch sehr präzise geben. Die Budgeteingabe für den ÖV-Bereich basiert auf Eingaben des Amtes für Verkehr und Tiefbau des Kantons. Die Werte werden dort ermittelt, und es gibt einen ermittelten Wert für die Jahre 2006 bis 2009. Wir müssen dann einen Betrag aufnehmen. Das ist derjenige, der jetzt im Budget gewesen ist. Die Minderbelastung ist hauptsächlich durch bessere Leistungskonditionen und einen grösseren Bundesbeitrag, der sich nachher auf die städtischen Leistungen ausgewirkt, zurückzuführen. Es ist überhaupt nicht weniger gemacht worden. Aber es sind bessere Konditionen und ein grösserer Bundesbeitrag zum Tragen gekommen. Die Information stammt direkt vom zuständigen Mann beim Kantonalen Amt für Tiefbau.

Iris Schelbert: Nur eine kleine Bemerkung, damit die Schelte an die richtige Adresse geht. Das müsste an mich gehen. Daran, dass nicht alle Fragen beim Stadtrat gelandet sind, ist eine kurzfristig überlastete Fraktionspräsidentin schuld.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Merci, wir haben Kenntnis genommen, dass Du Dich „gelöffelt“ hast.

Christian Wüthrich: Ich möchte noch einen Anhang zu dieser Frage machen und hier festhalten, dass die Stadt Olten mit ihren Beiträgen an den öffentlichen Verkehr der grösste Zahler im Kanton ist. Einfach, damit wir dies auch noch gesagt haben.

Investitionsrechnung Seite 47 bis 57

Keine Bemerkungen

Bestandesrechnung Seite 61 – 67 f.

Rolf Sommer: Was mich etwas beunruhigt, sind die Wertberichtigungen für ältere Ausstände. Unterdessen sind wir bei 1,3 Millionen Franken, und es ist zunehmend. Das gibt mir etwas zu denken. 1,3 Millionen Franken Steuern schreiben wir ab. Das ist eine rechte Summe. Es sind ungefähr 3 bis 4 %, Steuerpunkte.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es gibt keine Erklärung. Wir nehmen dies zur Kenntnis.

Seite 68, Eventual- und Rückzahlungsverpflichtungen

Keine Bemerkungen

Seite 69 bis 74 ff., Nachtragskredite

Keine Bemerkungen

Seite 77 bis 78 f., Regionale Zivilschutzorganisation RZSO

Keine Bemerkungen

Seite 81 und 82 f., Regionaler Führungsstab RFSB

Keine Bemerkungen

Seite 85 bis 91, Liegenschaftenverzeichnis

Keine Bemerkungen

Seite 95 f., Revisionsberichte

Keine Bemerkungen

Verwaltungsbericht

Seite 98 bis 217

Seite 211 ff., Sozialdirektion

Daniel Probst: Wir Ihr wisst, verfolgt die FdP-Fraktion seit Jahren die Entwicklung in der Sozialdirektion, was Fallzahlen und Kosten anbelangt. Wir haben gesehen, dass auch in diesem Jahr – das ist auch etwas der Wermutstropfen der Rechnung – diese Kosten sehr stark gestiegen sind. Als wir in das neue Jahr gekommen sind, haben wir uns eigentlich zuerst gefreut, als wir einen Bericht in der NZZ am Sonntag gesehen haben. Das ist am 1. April gewesen, kein Aprilscherz. Der Titel ist gewesen: „Rückgang der Sozialfälle in den Städten“. Da haben wir gedacht: Okay, das wird spannend. Wir freuen uns auf die Rechnung. Wie sieht dies wohl in Olten aus? Man hat übrigens in diesem Bericht gesagt, dieser Rückgang sei nicht im Jahr 2006 passiert, sondern von März zu März. Man hat jetzt also doch gemerkt, dass sich die Wirtschaftslage in eine gute Richtung entwickelt und viele Leute wieder Arbeit finden, schneller Arbeit finden oder besser integrierbar sind. Ein Grund sind die Richtlinien der SKOS, die erstens tiefere Ansätze haben und zum Beispiel auch Leute belohnen, die von sich aus etwas machen, um wieder in den Arbeitsprozess integriert zu werden. Wir haben gedacht: Okay, wir warten, was hier bei der Rechnung kommt. Wir sind dann etwas enttäuscht gewesen und halt auch etwas bestätigt, was wir auch seit Jahren kritisieren, dass wir einfach von der Haltung her das Gefühl haben, dass bei unserer Sozialdirektion zu wenig für die Integration der Sozialfälle gemacht wird. Ich lese im Sozialbericht im ersten Absatz auf Seite 211, wo man auch auf die neuen Richtlinien bei der SKOS eingeht. Anstatt dort zu sagen: Jawohl, sie wirken und auch hier bei uns sinken die Fälle und man schaut positiv in die Zukunft – das steht alles im Bericht der NZZ, übrigens von verschiedenen Städten wie Bern, Genf, Winterthur, Basel, Luzern, St. Gallen. Bei allen geht dies und sie sind positiv eingestellt. Man sieht dort den Willen und auch das Ziel, dass man dort die Sozialfälle senken möchte. Bei uns steht, die SKOS-Richtlinien hätten zu einem Mehraufwand geführt, Administration, Budget neu erstellt etc. Man kann aber noch nicht beurteilen, ob es überhaupt etwas nützt. Etwa so. Vielleicht hat man es noch nicht in Fällen zählen können. Das sieht man ja. Die Fälle sind ja in Olten um 20 gestiegen. Aber irgendwie – der Bericht ist ja später entstanden – fehlt uns hier einfach etwas der Wille, die Einstellung. Wir haben immer noch das Gefühl, dass Sozialfälle in Olten mehr verwaltet werden als dass man sich dort noch mehr einsetzt, aktiv schaut, dass die Integration dort stattfinden kann. Hier hoffen wir einfach für die Zukunft – wir haben auch Vorstösse eingereicht – dass man hier noch einmal versucht, mehr zu tun, dass es das Ziel der Verwaltung ist, in diesem Fall eben nicht zu verwalten, sondern wirklich aktiv zu integrieren, dass man hier positive Beispiele von anderen Städten nimmt, die in der ganzen Schweiz vorhanden sind, dass man hier mehr macht. Ein Fall, der uns in diesem Zusammenhang auch noch speziell aufgefallen ist, sind die Case-Management-Stellen auf Seite 213, wo gesagt wird, dass im Kanton Solothurn ein solcher Verein gegründet worden ist und der Stadtrat sich bis jetzt noch nicht entschlossen hat, in diesen Verein einzutreten. Gerade dort geht es ja auch um Integration, in diesem Fall von schwierigen Fällen. Wir fragen uns, warum wir jetzt dort nicht mitmachen. Das wäre gerade wieder eine weitere Chance, um eben dieses Ziel erreichen zu können. Wir haben erfahren – wenn dies richtig ist – dass wir sowieso 40 % an dieses Konstrukt bezahlen, auch wenn wir nicht Mitglied sind. Da fragen wir uns noch einmal mehr: Wenn wir schon etwas daran bezahlen, weshalb nutzen wir es dann nicht? Hier nochmals unser Appell, fast jedes Jahr: Wir hoffen,

dass sich die Sozialdirektion zum Ziel setzt, nicht nur zu verwalten, sondern auch, noch mehr für die Integration zu tun und es nicht einfach etwas, das wir sagen, weil wir dies jedes Jahr sagen. Wie gesagt: Es gibt Beispiele von anderen Städten, die hier unserer Meinung nach etwas mehr machen.

Stadtrat Peter Schafer: Merci, Daniel Probst, für die Bemerkung, die Du angefügt hast. Ich möchte einfach von den Statistiken her sagen: Ich glaube nur noch dem Bundesamt für Statistik. Ich glaube keiner Zeitung mehr, weil Du diese Zahlen nicht vergleichen kannst. In dieser Woche ist nämlich die Statistik über das Jahr 2005 vom Bundesamt für Statistik heraus gekommen. Dort steht genau das Gegenteil, dass nämlich in den Städten die Sozialhilfequote überall zugenommen hat und auch in den städtischen Kantonen. Das widerspricht dem Bericht der NZZ. Die SKOS-Richtlinien haben wir übernommen, wie dies der Kanton auch vorschreibt. Wir können sie nicht strenger machen, weil sie der Kanton vorgibt. Wir können sie einfach übernehmen. Ich denke, man müsste dies einmal zusammen anschauen, auch mit der zuständigen Kommission, von der ja Peter Fehlmann von Eurer Partei der Präsident ist. Ich denke, er ist nicht einer, der hier bei den Sozialfällen einfach gleich zusagen würde. Er schaut immer kritisch hin. Ich schlage einfach vor, dass wir einmal eine Runde machen, in der wir dies zusammen anschauen könnten.

Seite 99, Organigramm

Keine Bemerkungen

Seite 101 und 102, Einwohnergemeinde

Keine Bemerkungen

Seite 103 und 104, Gemeindeparlament

Keine Bemerkungen

Seite 105, Stadtrat und Kommissionen

Keine Bemerkungen

Seite 106 bis 138, Stadtpräsidium mit Kultur und Stadtkanzlei

Keine Bemerkungen

Seite 139 bis 159, Baudirektion

Rolf Sommer: Ich möchte kurz das Wort ergreifen und etwas „daneben hinaus gehen“. Hier steht auf Seite 139 auch Nutzungsplanung Wildpark Mühletäli. Der Wildpark Mühletäli hat im letzten Jahr Fr. 20'000.— erhalten - deshalb hat es dort etwas Nachtragskredit gebraucht – und ein zinsfreies Darlehen von Fr. 30'000.— von der Stadt, von dem wir jedes Jahr Fr. 1'000.— zurück zahlen müssen. Der Wildpark hat sich erneuert, die erste Phase. Man kann dies hier auch lesen: Die Nutzungsplanung Wildpark Mühletäli ist am Anlaufen. Wir haben gestern die provisorische Homepage unter wildpark-mühletäli gestartet. Wenn man die Datei anschauen will, kann man dort einiges Interessantes lesen unter Nutzungsplanung Wildpark Mühletäli. Ich danke allen für die Unterstützung für den Wildpark Mühletäli.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich habe gedacht, Du sagst etwas zum Sportplatz.

Seite 160 bis 188, Bildung und Sport

Keine Bemerkungen

Seite 189 bis 200, Finanzen und Informatik

Keine Bemerkungen

Seite 201 bis 210, Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen

Seite 211 bis 217, Soziales

Theo Schöni: Ich hätte eigentlich vorher gleich im Anschluss an Daniel Probst etwas sagen wollen. Als kleine Anregung zu seinen Ausführungen: Wir haben das schöne Diagramm auf Seite 211. Vielleicht wäre die Wirtschaft bemüht, für das nächste Jahr die Zahlen der Arbeits- und Lehrstellen im Vergleich zu präsentieren, damit man dort auch noch diese Kurven darstellen könnte. Auch angesichts der IV-Revision, die jetzt abgelehnt worden ist, wäre es interessant, diese Zahlen zu kennen und in Vergleich zu setzen.

Christian Wüthrich: Ich hätte noch eine kleine Bitte für das nächste Jahr. Es gibt Städte, die in diesem Jahr die Rechnungslegung gleich wie wir etwa Mitte Jahr haben. Sie haben zwar im Verwaltungsbericht 1.1. bis 31.12.2006, haben sich aber die Mühe genommen, dem Parlament einen Ausblick zu geben in dem Sinne, dass sie ein Jahr gemacht haben 30.6.2006 bis 30.6.2007. Dort sieht man gewisse Tendenzen, wo die Wirtschaft auch gut läuft. Vielleicht wäre es für uns auch dienlich gewesen, dass man solche Sachen im Vorfeld erhalten würde. Dann würde es gewisse Diskussionen nicht geben. Es sind zwei Städte gewesen. Ich glaube Winterthur. Ich kann es zur Verfügung stellen.

Seite 221 bis 244, Pensionskasse

Urs Knapp: Ich möchte etwas zur Pensionskasse sagen. Es ist eine Bemerkung und keine Kritik an den Verantwortlichen. Aber ich denke, ich möchte auch das Bewusstsein etwas schärfen. Ich werde ähnliche Worte finden, wie es sonst die SP macht. Die heutige Situation ist un-solidarisch, und es ist eine Umverteilung von den Armen zu den Reichen, die passiert. Ich denke, wir müssen möglichst rasch etwas tun. Ende 2005 haben mehr als die Hälfte der öffentlich-rechtlichen Vorsorgekassen schon einen Deckungsgrad von 100 oder mehr Prozenten gehabt. Die Stadt Olten hat nicht dazu gehört. Andere haben auch nicht dazu gehört. Olten hat 88,5 % Deckung, wie Sie gesehen haben. Der Bundesrat hat gestern einen Gesetzesentwurf in die Vernehmlassung geschickt, wo er sagt, man solle die öffentlich-rechtlichen Kassen gleich behandeln wie die privatrechtlichen, dass also der Deckungsbeitrag mindestens 100 % sein muss. Die Kasse muss für die Leistungen, die sie bezahlen muss, auch entsprechendes Vermögen haben. Der Bundesrat hat auch gesagt, die öffentlich-rechtlichen Kassen wie Olten erhalten unter bestimmten Bedingungen eine Übergangsfrist. Diese ist maximal 30 Jahre. Meine These und persönliche Meinung ist, dass, jedes Jahr, das wir bei der städtischen Kasse ohne Vollddeckung fahren, ein Jahr zuviel ist und zwar hauptsächlich aus zwei Gründen. Erstens: Eine Unterdeckung ist unsozial und un-solidarisch, und sie führt von einer Umverteilung von den Erwerbstätigen zu den Rentnern. Denn bei einer Sanierung, die irgend einmal notwendig sein wird, darf man nur die aktiv Erwerbstätigen beiziehen. Die Rentner haben wohlerworbene Rechte, und diese Rechte darf man nicht schmälern. Gleichzeitig haben wir ja die Situation, dass die Zahl der Erwerbstätigen tendenziell sinkt – das ist auch ein demografisches Prinzip – und die Zahl der Rentner tendenziell steigt. Das führt jetzt dazu, dass heute und auch in Zukunft diejenigen, die eigentlich aktiv erwerbstätig sind und häufig auch am meisten finanzielle Verpflichtungen haben, die Verantwortung für die Pensionskasse zu tragen haben.

tungen haben am Schluss noch die Pensionskasse sanieren müssen und diejenigen, die nicht mehr so hohe finanzielle Verpflichtungen haben, die im Durchschnitt – es gibt auch da Ausnahmen – finanziell gut dastehen, also die Rentner, weiter von diesen Leistungen profitieren können. Denn wenn man sieht, in welchem Tempo der Deckungsgrad jetzt bei uns steigt – letztes Jahr ist es 0,2 % gewesen – muss man sagen, dass 30 Jahre kaum reichen werden, bis dies natürlich hinaus gewachsen ist. Dann muss man irgend etwas machen. Je länger man wartet, umso mehr müssen vor allem die aktiv Erwerbstätigen, also die heutigen Jungen, arbeiten. Der zweite Grund ist: Eine Unterdeckung einer Kasse heisst auch, dass man Einnahmen verpasst, weil eine Kasse – auch das ist nicht eine Kritik an der heutigen Anlagepolitik, sondern die Stadt Olten nicht anders anlegen kann, als sie es heute macht. Aber je weniger Reserven man hat, desto weniger Risiken kann man eingehen. Der langfristige Trend ist klar: Wenn man mehr Risiken eingehen kann, hat man auch mehr Chancen, und unter dem Strich mehr Vermögen. Auch das sieht man wieder. Die städtische Pensionskasse hat im letzten Jahr 4,45 % Rendite gemacht. Das letzte Jahr ist eines der besten Anlagejahre in den letzten Jahren gewesen. Der Durchschnitt der Rendite aller Pensionskassen in der Schweiz ist bei 6,9 % gewesen. Es sind zum Teil andere finanzielle Situationen gewesen. Aber es ist ein Renditeunterschied von 2,5 %. Das ist eine relativ einfache Rechnung. Beim Vermögen, das die städtische Pensionskasse hat - das sind 160 Millionen Franken - machen 2,5 %, wenn ich richtig gerechnet habe, 3,8 Millionen Franken aus. Diese 3,8 Millionen Franken stehen den Versicherten nicht zur Verfügung. Wenn man dann noch den Zinseszins auf 10 oder 15 Jahre betrachtet, wo vielleicht eine Hoffnung ist, dass dies irgend einmal auf 100 % kommt, kommt man in ganz gewaltige Summen, die man einfach nicht hat. Aus diesem Grund ist meine Aufforderung, meine Anregung an uns alle, dass wir auch die Kraft haben, in diese Arbeit zu schaffen und zu sagen: Schauen wir doch nicht einfach zu, bis diese Kasse hoffentlich irgend einmal in 10 oder 15 Jahren bei 100 % ist, sondern machen wir etwas für die aktiv Versicherten, und wir können eine Last befreien.

Beilage

Keine Bemerkungen

Bericht und Antrag

Keine Bemerkungen

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die folgenden **Rechnungsergebnisse 2006** werden zur Kenntnis genommen:

a) Laufende Rechnung (Erfolgsrechnung)	Mehrertrag	CHF	28'393'674.60
b) Investitionsrechnung	Nettoinvestitionen	CHF	11'148'187.23
c) Bilanz der Verwaltungsrechnung	Bilanzsumme	CHF	162'301'636.79
d) Betriebsrechnung Pensionskasse Stadt Olten	Mehraufwand	CHF	326'551.85
e) Bilanz Pensionskasse der Stadt Olten	Bilanzsumme	CHF	159'386'930.60

2. Der Mehrertrag der Allgemeinen Verwaltung ist wie folgt zu verwenden:

Rücklage für das Verkehrsentlastungsprojekt „ERO“ inkl. flankierende Massnahmen	3'000'000.--
Zusätzliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	5'000'000.--
Einlage in die Pensionskasse für Arbeitgeberbeitragsreserve	5'000'000.--
Einlage in Steuerreserve (als Steuerschwankungsreserve)	10'000'000.--
Einlage in Eigenkapital	5'393'674.60

3. Bericht und Antrag der Rechnungsprüfungskommission vom 16. Mai 2007 sowie der Bestätigungsbericht der Kontrollstelle an die Pensionskasse vom 8. Mai 2007 werden zur Kenntnis genommen.

4. Die Rechnungen und Berichte über die Verwaltung der Einwohnergemeinde Olten und der Pensionskasse der Stadt Olten für das Berichtsjahr 2006 werden mit den darin enthaltenen Nachtragskrediten und Kreditüberschreitungen genehmigt. Behörden und Verwaltung werden von der damit verbundenen Verantwortung entlastet.

5. Dem Personal wird für seinen Einsatz und seine pflichtgetreue Arbeit der beste Dank ausgesprochen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Dem Stadtrat und der Stadtverwaltung danke ich - ich denke, auch im Namen des ganzen Parlaments - ganz, ganz herzlich für die tolle Arbeit, die Ihr 2006 geleistet habt.

Mitteilung an:
Direktion Finanzen und Informatik/Herrn Peter Kohler
Finanzverwaltung
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 79

Parkhaus Innenstadt/Grundsatzentscheid und weiteres Vorgehen

Zusammenfassung:

Unsere Innenstadt soll als regionaler Einkaufs- und Dienstleistungsort, als Ort des kulturellen Geschehens, des Wohnens, des Arbeitens, der Begegnung und des Verweilens aufgewertet werden. Eine dringende Antwort auch auf die Konkurrenz der peripheren Einkaufszentren. Neben dem Verkehrskonzept 2006 mit Begegnungszone soll zu diesem Zweck auch ein attraktives innerstädtisches Parkhaus realisiert werden. Damit sollen die über die Innenstadt verstreuten oberirdischen öffentlichen Parkplätze zu einem Grossteil in einem öffentlichen Parkhaus untergebracht werden. Der Parkplatz-Suchverkehr wird damit reduziert. Zu diesem Zweck wird zudem die Einführung eines Parkleitsystems geprüft. Die im Zusammenhang mit der Realisierung des innerstädtischen Parkhauses aufzuhebenden oberirdischen Parkierungsflächen können anderen Nutzungen zugeführt und/oder in die Ausgestaltung und Aufwertung des öffentlichen Raumes einbezogen werden. Die verbleibenden oberirdischen Parkierungsflächen in der Innenstadt sollen mehrheitlich als Kurzzeitparkplätze (1/4 Stunde) bewirtschaftet werden.

Als Grundlage für die Standortevaluation hat der Stadtrat drei Projektstudien erarbeiten lassen, nämlich für die Standorte Munzingerplatz, Schützenmatte und Rötzmatt. Auf Grund der städtebaulichen, verkehrsplanerischen und wirtschaftlichen Beurteilungen kommen der Stadtrat und die externen und internen Fachleute zum Schluss, dass der Standort Munzingerplatz die Anforderungen und Erwartungen, welche an ein innerstädtisches Parkhaus gestellt werden, am besten zu erfüllen vermag. Hauptgrund zu dieser Schlussfolgerung ist die zentrale Lage, welche einen optimalen Fussgängerzugang zur Innenstadt bietet. Der Munzingerplatz erfährt dadurch die gewünschte Belegung. Ein Parkhaus Munzingerplatz unterstützt bzw. löst zudem weitere Projekte aus, so insbesondere die räumliche und nutzungsmässige Neugestaltung und Aufwertung des Munzingerplatzes, verbunden mit einer möglichen baulichen Verdichtung im Zusammenhang mit der Aufwertung der Museen. Der Munzingerplatz wird zum urbanen Zentrum unserer Stadt. Dies verlangt eine hohe städtebauliche Qualität, die beispielsweise im Rahmen der Durchführung eines öffentlichen Wettbewerbes garantiert werden kann.

Für die Realisierung des Parkhauses Munzingerplatz müssen verschiedene Anforderungen bzw. Rahmenbedingungen erfüllt werden. Diese beinhalten namentlich eine optimale Anordnung der Zu- und Wegfahrt verbunden mit einem abgestimmten Verkehrsregime, damit die Innenstadt (Begegnungszone) mit möglichst wenig motorisiertem Individualverkehr belastet wird. Gleichzeitig muss auch aus umweltrelevanten Aspekten (insbesondere Lärm) und aus ökonomischen Gründen (Auslastung des Parkhauses) ein Grossteil der bestehenden, oberirdischen, öffentlichen Parkplätze aufgehoben werden.

Ein zentraler Aspekt für die Realisierbarkeit des Parkhauses Munzingerplatz stellt die Wirtschaftlichkeit dar. Gestützt auf seriöse Abklärungen und Untersuchungen müssen die für die Wirtschaftlichkeit massgebenden Parameter in ihrem Zusammenspiel optimiert werden.

Die Weiterbearbeitungen des Parkhauses Munzingerplatz und des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 mit Begegnungszone werden materiell koordiniert und zeitlich so abgestimmt, dass die beiden Geschäfte gleichzeitig im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens öffentlich diskutiert und im November 2008 dem Gemeindeparlament zur Genehmigung unterbreitet werden können. Für die Begleitung der Weiterbearbeitung wird der Stadtrat eine Spezialkommission einsetzen.

Für die Weiterverarbeitung und für die zum Teil aufwändigen Untersuchungen ist ein Gesamtkredit von Fr. 280'000.00 (inkl. MwSt.) erforderlich.

Der Stadtrat ist überzeugt, dass das vorgeschlagene Vorgehen erfolgsversprechend und die gemäss Terminplanung definierte Bearbeitungszeit notwendig ist, um die für dieses wichtige Geschäft notwendigen seriösen Abklärungen und Untersuchungen durchführen zu können. Nur damit wird gewährleistet, dass die politische Diskussion und der Entscheid des Gemeindeparlamentes auf konsolidierten Grundlagen geführt bzw. gefällt werden kann. Der Stadtrat legt – in Zusammenarbeit mit der noch einzusetzenden Spezialkommission – grossen Wert auf eine offene und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere auch im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens.

Im Interesse der Aufwertung und Stärkung unserer Innenstadt empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Vorlage zu unterstützen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage / Übergeordnete Ziele

Unsere Innenstadt soll als regionales Einkaufs- und Dienstleistungszentrum, als Ort des kulturellen Geschehens, des Wohnens, des Arbeitens, der Begegnung und des Verweilens aufgewertet werden.

Im Wissen um die Vielfältigkeit der für eine attraktive Innenstadt massgebenden Faktoren (öffentliche und private) beschränkt sich der Stadtrat nachfolgend bewusst auf diejenigen Ziele und Massnahmen, welche durch die politischen Entscheide direkt beeinflusst bzw. bestimmt werden. In diesem Sinn, stehen für den Stadtrat aus heutiger Sicht, nachfolgende Ziele und Massnahmen im Vordergrund:

- Gestalterische und nutzungsmässige Aufwertung der öffentlichen Räume (vgl. Verkehrskonzept Innenstadt 2006 mit Begegnungszone).
- Gute Erreichbarkeit mit den öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln (Entlastung Region Olten, Verkehrsmanagement, Verkehrskonzept Innenstadt 2006).
- Sichere und attraktive Verbindungen für den Langsamverkehr (Fuss- und Veloverkehrskonzept 1999 vom Gemeindeparlament am 29. Januar 2004 verabschiedet sowie die Verbesserungen im Rahmen des Verkehrsmanagements und der ERO).
- Entlastung der Innenstadt vom Durchgangsverkehr (Verkehrsmanagement, ERO, Verkehrskonzept Innenstadt 2003 vom Gemeinderat am 29. Januar 2004 genehmigt und dessen Weiterentwicklung zum Verkehrskonzept 2006 mit Begegnungszone).
- Realisierung eines genügenden und attraktiven Parkplatzangebotes in konzentrierten Parkieranlagen anstelle der heute dispers über die Innenstadt verstreuten Parkplätze; Verminderung des Parkplatzsuchverkehrs (Parkraumkonzept Olten 2002 vom Gemeindeparlament am 29. Januar 2004 genehmigt). In diesem Zusammenhang wird auch die Einführung eines Parkleitsystems geprüft.
- Attraktives Angebot an öffentlich kulturellen Einrichtungen so insbesondere die Aufwertung der bestehenden Museen (Abschlussbericht «Raumbedarfsanalyse für die Museen der Stadt Olten» vom 22. Januar 2007, welcher im Übrigen bereits den zuständigen Kommissionen zur Stellungnahme unterbreitet wurden).

Mit der Erfüllung dieser Ziele bzw. der Realisierung der entsprechenden Massnahmen, sollen/werden auch optimale Voraussetzungen für die unsere Innenstadt belebenden, bestehenden und neuen privaten Dienstleistungs- und Gewerbetriebe geschaffen. Wir alle sind aufgefordert, unser Bewusstsein für die Qualitäten und Werte unserer Innenstadt aber auch für deren Gefährdung zu schärfen. Die Stärkung und Attraktivierung unserer Innenstadt ist eine Daueraufgabe. Im ständigen Dialog zwischen allen Beteiligten, müssen neue Lösungen und Massnahmen gefunden und realisiert werden, dass unsere Innenstadt attraktiv, lebenswert und unverwechselbar bleibt. Gerade auch in Anbetracht der Konkurrenz anderer nahegelegener Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere auch der peripheren Einkaufszentren, müssen wir unsere Innenstadt für unsere Bewohner/-innen, Besucher/-innen und Arbeitenden zu einem vielfältigen und einladenden Erlebnisraum aufwerten.

Die Chancen liegen dabei in der innerstädtischen Urbanität, in der Verknüpfung von kommerziellen mit kulturellen Angeboten und mit verschiedenartigen Dienstleistungen.

Die Realisierung eines innerstädtischen Parkhauses trägt zur Attraktivierung der Innenstadt bei und dies noch in vermehrtem Mass, wenn es optimal in die vorgenannten übergeordneten Ziele bzw. in das gesamte Massnahmepaket optimal eingebettet ist.

2. Warum wurde / wird der Standort Munzingerplatz in die Standortevaluation für ein innerstädtisches Parkhaus einbezogen?

Der Standort Munzingerplatz wurde im Rahmen des vom Gemeindeparlament am 29. Januar 2004 genehmigten Parkraumkonzeptes aus verkehrsplanerischen Überlegungen als unzweckmässig erachtet. Die Gründe lagen damals insbesondere darin, dass mit der Erschliessung des Parkhauses Munzingerplatz, die Innenstadt mit Ziel- und Quellverkehr belastet wird. Es dürfte aber nach wie vor unbestritten sein, dass der Standort Munzingerplatz für ein unterirdisches Parkhaus äusserst attraktiv ist, bietet er doch einen optimalen Fussgängerzugang zur Innenstadt. Der Munzingerplatz würde «automatisch» belebt und es würden sich daher neue, erfolgsversprechende Perspektiven für die Aufwertung der bestehenden Museen (Um- und / oder Neubauten), für die Neugestaltung des Munzingerplatzes sowie die Ansiedlung allfälliger zusätzlicher Nutzungen eröffnen. Die Attraktivität und auch die Entwicklungschancen der Innenstadt würden damit wesentlich verbessert.

Grund für die Meinungsverschiedenheiten in den politischen Behörden und der Bevölkerung über die Zweckmässigkeit und Nachhaltigkeit der Realisierung eines unterirdischen Parkhauses Munzingerplatz ist insbesondere die bis anhin vorgeschlagene Verkehrser-schliessung.

Auf Grund dieser Erwägungen ist der Stadtrat überzeugt, dass der Standort Munzingerplatz von der Standortevaluation für ein innerstädtisches Parkhaus nicht ausgeschlossen werden darf, da damit eine zusätzliche Chance nicht geprüft bzw. nicht genutzt werden könnte. Selbstverständlich müssen gerade die zur Diskussion Anlass gebenden Zu- und Wegfahrten im Rahmen von Alternativen eingehend auf ihre Auswirkungen geprüft werden. Im Rahmen der Bewilligung des Nachtragskredites für die Erarbeitung von Projektstudien hat der Stadtrat am 6. März 2006 beschlossen, dass der Standort Munzingerplatz in die Standortevaluation für ein innerstädtisches Parkhaus miteinbezogen wird.

Im Rahmen des im März 2006 durchgeführten Mitwirkungsverfahrens betreffend Verkehrskonzept 2006 mit Begegnungszone, wurde mit verschiedenen Eingaben gefordert, dass das Parkhaus Munzingerplatz in die Standortevaluation miteinbezogen und grundsätzlich auch im Vordergrund stehen muss. Damit wurde der Stadtrat in seinem vorgeschlagenen Vorgehen unterstützt.

3. Projektstudien als wichtige Grundlagen für die Standortevaluation

Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass das komplexe Thema Standortevaluation Parkhaus Innenstadt nicht nur verbal abgehalten werden darf, sondern anhand von Projektstudien visualisiert werden muss. Aus diesem Grund hat der Stadtrat mit Beschluss vom 6. März 2006 die drei Oltner Büros: Frey + Gnehm, Stuber · Germann und Werk 1 Architekten mit der Erarbeitung der Projektstudien beauftragt. Gleichzeitig hat er eine Projektorganisation eingesetzt (Ziffer 6 dieses Berichtes).

3.1 Vorgehen/Prozess

Die Erarbeitung der Entscheidungsgrundlagen für die Evaluation bzw. Bestimmung des optimalen Standortes, unter Berücksichtigung sämtlicher Aspekte, erfolgte in drei Phasen. In der ersten Phase wurden durch die drei Büros bzw. Teams Projektstudien erarbeitet, welche Aufschluss geben, über die städtebaulichen und verkehrsplanerischen Auswirkungen, über die mit dem vorgeschlagenen Parkhaus verbundenen Entwicklungschancen/-Potentiale und über die geschätzten Kosten. Anschliessend wurden in einer zweiten Phase die Aspekte der Realisierbarkeit (Wirtschaftlichkeit) der drei Projektstudien untersucht und beurteilt. Aufgrund der Resultate der Projektstudien, wurden in einer dritten Phase die noch zu beantwortenden Fragen geklärt und die für eine Gesamtbeurteilung und damit für einen Grundsatzentscheid notwendigen Grundlagen komplettiert.

3.2 Projektstudien

Für die Projektstudie Munzingerplatz wurde ein Büro bzw. ein Team (Ingenieurbüro Frey + Gnehm) beauftragt, da der Standort definiert ist und «lediglich» Erschliessungsvarianten zur Diskussion stehen, die aber bei der Beurteilung einen grossen Stellenwert haben. Für die Projektstudien Schützenmatte/Rötzmatt, wurden zwei Büros bzw. Teams (Stuber · Germann und Werk 1 Architekten) beauftragt, da der genaue Standort (Bestvariante) über eine Evaluation verschiedener Standortmöglichkeiten bestimmt werden musste.

Um eine möglichst objektive Beurteilung und Gegenüberstellung der verschiedenen Parkhausstandorte mit Erschliessungsvarianten vornehmen zu können, wurde für sämtliche Projektstudien die gleiche Anzahl Parkplätze (400) festgelegt. Diese Anzahl Parkplätze wird im Lauf der weiteren Abklärungen noch eingehend überprüft und verifiziert.

a *Projektstudie Parkhaus Munzingerplatz/Inhalt des Auftrages*

- *Projektstudie:*

Für ein unterirdisches Parkhaus mit 400 Autoabstellplätzen mit zwei Erschliessungsvarianten, nämlich mit einer direkten Erschliessung ab Innenstadt und mit einer unterirdischen Erschliessung vom Raum Schützenmatte/Rötzmatt her. Die beiden Erschliessungsvarianten sind aufgrund einer Evaluation verschiedener Möglichkeiten zu bestimmen (Bestvariante). Dieser Prozess soll nachvollziehbar (skizzenhaft) dargestellt und beschrieben werden.

- Angabe der max. möglichen Anzahl Parkplätze (Baugrund, bautechnisch, Wirtschaftlichkeit).

- *Planinhalte/Plandarstellungen:*

Zwei Situationspläne 1:500 mit Parkhaus und Erschliessungsvarianten. Grundriss, Schnitte, Konzept der Parkieranlage (interne Erschliessung) 1:200.

- *Erschliessungsvarianten:*

Grundriss, Schnitte und Ansicht des Ein- bzw. Ausfahrtsbereiches 1:200.

Im Weiteren ist aufzuzeigen, dass der Anlieferverkehr und die Zufahrten für die Anwohner/-innen und die Durchfahrt für den Bus im Bereich der Parkhaus-Rampenanlagen garantiert ist.

- Skizzenhafte Darstellung über die städtebauliche Eingliederung des Einfahrts- und Ausfahrtsbereiches.

- Bericht über die verkehrsplanerischen und städtebaulichen Auswirkungen sowie die mit dem Parkhaus verbundenen Entwicklungschancen (baulich und nutzungsmässig).

- Bei der Variante «unterirdische Erschliessung ab Schützenmatte/Rötzmatt», ist die Strassenführung in diesem Bereich aufzuzeigen (Massstab 1:500). Es geht vor allem darum, dass keine Restflächen im Gebiet Rötzmatt/Schützenmatte entstehen die nicht nutzbar sind.

- *Kostenschätzung*

- *Darstellung:*

Sämtliche Pläne und Berichte sind so darzustellen, dass sie für die öffentliche Ausstellung und für einen Gesamtbericht bzw. für eine Broschüre verwendet werden können.

b *Projektstudie Parkhaus Schützenmatte/Rötzmatt/Inhalt des Auftrages*

- Projektstudie für ein Parkhaus mit 400 Autoabstellplätzen mit attraktiver Fussgänger Verbindung zur Innenstadt.
- Angabe der max. möglichen Anzahl Parkplätze (städtebauliche Eingliederung, bauliches Volumen, Auswirkung auf Nachbarschaft usw.).
- *Evaluation verschiedener Standortmöglichkeiten:*
Darstellung 1:500 mit Beschrieb über Vor- und Nachteile der verschiedenen Varianten hinsichtlich der Fussgänger Verbindung zur Innenstadt, der städtebaulichen Eingliederung im Raum Schützenmatte/Rötzmatt sowie der verkehrlichen Auswirkungen.
- *Darstellung der aus der Evaluation resultierenden Bestvariante:*
Situationsplan 1:500 Parkhaus inkl. Fussgänger Verbindung.
1:500 skizzenhafte Darstellung über die baulichen und nutzungsmässigen Entwicklungsmöglichkeiten im Raum Schützenmatte/Rötzmatt (z. B. Zone für bauliche Entwicklung, Zone für Verkehrsverbindungen, Zone für öffentliche Nutzungen, multifunktional nutzbare Freifläche usw.).
Ansichten, Grundrisse und Schnitte 1:200 des Parkhauses mit Konstruktionssystem und der Fussgänger Verbindung zur Innenstadt.
- *Kostenschätzung*
- *Darstellung:*
Sämtliche Pläne und Berichte sind so darzustellen, dass sie für die öffentliche Ausstellung und für einen Gesamtbericht bzw. für eine Broschüre verwendet werden können.

3.3 Machbarkeit / Wirtschaftlichkeit

Nachdem die Resultate der Projektstudien vorlagen, wurde die Firma Implenia, - welche Erfahrungen hat mit der Entwicklung von Parkhauslayouts sowie mit dem Bau und Betrieb von Parkhäusern – beauftragt, namentlich nachfolgende Aspekte abzuklären:

- Optimale Grösse des Parkhauses, hinsichtlich Bau- und Betriebskosten (Wirtschaftlichkeit).
- Welche Rahmenbedingungen müssen erfüllt sein, damit das Parkhaus auch wirklich benützt wird und damit wirtschaftlich betrieben werden kann? (Zum Beispiel Aufhebung von bestehenden oberirdischen Parkplätzen, Einführung von Kurzzeitparkplätzen usw.).
- Überlegungen zu den Investitions- und Betriebskosten.
- Finanzierungsmöglichkeiten/-Modelle.
- Mögliche Betriebskonzepte.
- usw.

3.4 Verkehrsplanerische Beratung

Die drei Büros, welche die Projektstudien erarbeiteten, wurden in verkehrsplanerischen Fragen durch das Verkehrsingenieurbüro smt AG, vertreten durch Markus Reichenbach, beraten und begleitet. Markus Reichenbach verfügt, durch seine Mitarbeit am Gesamtprojekt der Entlastung Region Olten (ERO) am Verkehrsmanagement und am Verkehrskonzept Innenstadt, über sämtliche Informationen, welche für eine verkehrsplanerische Gesamtbetrachtungsweise erforderlich sind.

4. Projektstudien (Anhang 4, 5 und 6), deren wirtschaftlichen Beurteilung (Anhang 7) und Fazit

Der gewählte Prozess hat sich als zweckmässig erwiesen, wurden doch bereits während der Erarbeitung der Projektstudien und selbstverständlich auch aufgrund der Resultate neue Fragen aufgeworfen und grundsätzliche Erkenntnisse gewonnen. In diesem Sinn sind die drei Projektstudien und der Bericht über die wirtschaftliche Beurteilung wertvolle Grundlagen für das weitere Vorgehen.

Vorab darf festgestellt werden, dass keine der drei Projektstudien die Anforderungen hinsichtlich Städtebau, Verkehrsplanung und Wirtschaftlichkeit vollumfänglich zu erfüllen vermag. Dies ist keineswegs ein Vorwurf an die Projektanten. Im Gegenteil, auf Grund Ihrer Projektstudien können die Stärken und Schwächen der Standorte herausgeschält werden.

Nach Auffassung der externen und internen Fachleuten und des Stadtrates, können die Standorte aufgrund der Projektstudien genügend qualifiziert beurteilt werden, um ein zielgerichtetes Vorgehen wählen zu können.

Für die Beurteilung sowie die Weiterbearbeitung wurden die drei Büros beigezogen:

- Matthias Wehrli, Atelier Wehrli, für Städtebau
- Markus Reichenbach, smt Ingenieure und Planer, für Verkehr
- Michael Ringli, Implenia Development AG, für Wirtschaftlichkeit

Die nachfolgenden Beurteilungen sind im Detail den Beilagen 1 – 3 zu entnehmen.

4.1 Projektstudie Rötzmatt

Ein präziser, der Raumkante folgender Abschluss der städtebaulichen Zäsur (Niveaudifferenz zwischen Rötzmatt und Stationsstrasse), wie dies in der Projektstudie aufgezeigt wird, entspricht der hier ablesbaren städtebaulichen Logik. Das vorgeschlagene Gebäude definiert räumlich den Bahnhofsbereich und bildet den südwestlichen Abschluss des Raumes Schützenmatte/Dünnern. Die Niveaudifferenz wird geschickt ausgenutzt für die Unterbringung der Parkierungsanlage.

Nach Fertigstellung der Entlastung Region Olten (ERO) weist das Parkhaus eine ideale Anbindung an das regionale Strassennetz auf. Zudem kann es auch über die Stationsstrasse erreicht werden. Diese «Doppellerschliessung» von Süden und Norden her bietet Vorteile. Als Standort für ein innerstädtisches Parkhaus hat es allerdings den gewichtigen Nachteil der zu grossen Entfernung für Fussgänger/-innen zur Innenstadt.

Das vorgeschlagene Parkhaus ist Teil eines grösseren Gebäudekomplexes mit weiteren Nutzungen wie Dienstleistungen, Gewerbe und Wohnen. Diese Einbindung (Nutzungsdurchmischung) ermöglicht bautechnische und kostenseitige Synergien, kann andererseits auch kostenrelevante Abhängigkeiten schaffen. So dürfte bspw. die Promotion der Hauptnutzung der Immobilie zum kritischen Faktor für die Realisierung des öffentlichen Parkhauses werden. Zudem ist zu erwähnen, dass sich der gesamte Gebäudekomplex teilweise auf stadteigenem Land und teilweise auf privatem Land befindet.

Das bauliche Konzept ermöglicht grundsätzlich eine einfache Bauweise. Die in der Projektstudie geschätzten Baukosten von Fr. 21'000.00 pro Parkplatz (Variante Parkhaus mit Drittnutzung) und Fr. 18'000.00 pro Parkplatz (Variante Parkhaus ohne Drittnutzung) sind sehr optimistisch. Die jährlichen Bewirtschaftungskosten dürften dank dem niedrigen Energiebedarf (Belüftung, Beleuchtung usw.) relativ tief bleiben. Der wirtschaftliche Erfolg des Parkhauses ist jedoch aufgrund seiner Entfernung zur Innenstadt sehr fraglich. Es ist daher davon auszugehen, dass das Parkhaus nicht die gewünschte bzw. erforderliche Auslastung bringt.

4.2 Projektstudie Schützenmatte

Das Vorhaben würde einen wichtigen Teil des Raumes Schützenmatte/Dünnern mit einem grossflächigen, mehrgeschossigen Bauwerk belegen. Damit würde der noch ablesbare städtebauliche Raum verwischt. Die multifunktional nutzbare Allmend Schützenmatte würde räumlich/flächenmässig massgebend eingeschränkt. Die bestehende Bauzeile entlang nördlich der Dünnern, würde durch das vorgeschlagene Parkhaus ein nutzungsmässig wenig attraktives Gegenüber erhalten.

Nach Fertigstellung der Entlastung Region Olten (ERO) weist das Parkhaus eine ideale Anbindung an das regionale Strassennetz auf. Zudem entlastet es den noch verbleibenden Freiraum Schützenmatte vom motorisierten Individualverkehr. Für die nördlich der Innenstadt gelegenen Gebiete bietet der Standort keine zweckmässige Erschliessung.

Der Bericht zur Projektstudie Schützenmatte nimmt pro Parkplatz Baukosten von Fr. 35'000.00 an, eine knappe, aber realistische Annahme. Die oberirdische Anordnung des Parkhauses ermöglicht, im Vergleich mit einer unterirdischen Anlage, auch bei Betrieb und Unterhalt Einsparungen (Belichtung, Belüftung).

4.3 Projektstudie Munzingerplatz

Durch die unterirdische Anordnung des Parkhauses werden oberirdisch stadträumliche Eingriffe naturgemäss grundsätzlich vermieden. Wie das Beispiel Lyon zeigt, können solche innerstädtische Parkhausprojekte den Anlass für funktional und gestalterisch hochwertige Lösungen sein, die insgesamt zu einer stadträumlichen Aufwertung führen können.

Stadträumlich von Relevanz ist besonders die Anordnung der Ein- und Ausfahrtsrampen. Die Zu- und Wegfahrt über ein Tunnelbauwerk im Bereich der Mühlegasse hat den grossen Nachteil, dass der wertvolle Raum Schützenmatte nach wie vor durch eine Zufahrtsstrasse mit motorisiertem Individualverkehr zerschnitten wird. Aus diesem Grund und auch aus Kostengründen kommen grundsätzlich nur Rampenanlagen im innerstädtischen Bereich in Frage. Die städtebauliche Beurteilung der verschiedenen Erschliessungsvarianten, muss im Zusammenhang mit den verkehrsplanerischen Auswirkungen beurteilt werden.

Aus verkehrsplanerischer Sicht, muss die Zu- und Wegfahrt des Parkhauses möglichst direkt ab dem Hauptverkehrsstrassennetz erfolgen, damit die Innenstadt mit möglichst wenig Erschliessungsverkehr belastet wird. Für eine abschliessende Beurteilung hinsichtlich der Bestvariante, sind zusätzliche Untersuchungen (verkehrliche Auswirkungen, Benutzergruppen, Grösse des Parkhauses usw.) erforderlich. Es kann aber davon ausgegangen werden, dass grundsätzlich eine innenstadtverträgliche Erschliessung möglich ist.

Es ist vorab festzustellen, dass die Implema den Auftrag hatte, die drei Projektstudien auf ihre Wirtschaftlichkeit zu prüfen, d. h. beim Standort Parkhaus Munzingerplatz, die vom Büro Frey und Gnehm erarbeitete Projektstudie. Das in dieser Projektstudie vorgeschlagene Parkhaus weist durch seine räumliche «Verästelung» einen zu grossen Anteil an Erschliessungsflächen gegenüber der Anzahl Parkplätze. Dies führt zu grossen Kubaturen pro Parkplatz und damit zu hohen Erstellungskosten pro Parkplatz (Erstellungskosten von ca. Fr. 75'000.00 pro Parkplatz bei der Variante Erschliessung Mühlegasse kombiniert mit Erschliessung Dornacherstrasse). Der Standort Munzingerplatz erbringt dank höheren Tarifen und besserer Auslastung gegenüber den übrigen Standorten einen etwas höheren Betriebsertrag. Die hohen Anfangsinvestitionen führen jedoch zu hohen Abschreibungen und Finanzierungskosten und ergeben in der Konsequenz keine marktkonforme Rendite. Aus diesem Grund ist im Rahmen der Weiterbearbeitung ein kompaktes Parkhaus mit optimiertem Parkhauslayout und möglichst direkten Zu- und Wegfahrten zu konzipieren, um die Erstellungskosten pro Parkhaus reduzieren zu können. Auf dieser Basis kann davon ausgegangen werden, dass realistische Finanzierungsmöglichkeiten möglich sind. Nachfolgend sind einige Faktoren aufgelistet, welche korrigierend auf die Finanzierungsmöglichkeiten wirken:

- Die in der Projektstudie vorgeschlagene Parkhausanlage – insbesondere auch bedingt durch die unterirdische Parkieranlage im Bereich der Kirchgasse – weist zu grosse Erschliessungsflächen gegenüber der Anzahl Parkplätze auf. Dies führt zu hohen Erstellungs- aber auch Betriebskosten. Ein kompaktes Parkhaus unter dem Munzingerplatz ohne weitere «Verästelungen» mit möglichst direkten Zu- und Wegfahrten, wird zu einer Optimierung der Erstellungskosten führen.
- Vergütung von Leistungen (Ohne-Hin-Kosten) die bspw. der Sanierung von Werkleitungen oder der Realisierung von öffentlichen und allfällig privaten Bauten auf dem Munzingerplatz zu Gute kommen.
- Anrechnung der Auskaufsbeiträge für nicht realisierte Parkplätze (ca. Fr. 2 Mio.), sowie spezielle Regelung mit Coop.
- Gestaltung des Baurechtzinses / z. B. Erlass.
- Ausgestaltung der Heimfallsentschädigung im Rahmen der Übernahme des Parkhauses durch die Baurechtsgeberin Stadt Olten (zum dannzumaligen Verkehrswert, zu einem prozentualen Anteil des dannzumaligen Verkehrswert, entschädigungslos). Je nach Wahl der Modalitäten für die Entschädigung im Rahmen des Heimfalls an die Baurechtsgeberin Stadt Olten, könnte ein «A Fonds-Perdu-Beitrag» von Seiten der Stadt Olten im Interesse der Stadtentwicklung begründet werden?
- Unterstützung durch die öffentliche Hand und Vereinigungen, sowie Private in Form von Beiträgen «A Fonds-Perdu» und/oder von zinslosen Darlehen.

4.4 Fazit

Selbstverständlich könnte man im Rahmen einer Weiterbearbeitung die Projektstudien (Standorte) hinsichtlich Städtebau, Verkehrsplanung und Wirtschaftlichkeit optimieren und die Vor- und Nachteile der drei Standorte durch vertiefte Untersuchungen noch eingehender abklären. Der Stadtrat und die externen und internen Fachleute sind aber der Auffassung, dass es möglich und auch verantwortbar ist, aufgrund der vorhandenen Unterlagen, eine provisorische Standortbestimmung für die Realisierung des innerstädtischen Parkhauses vorzunehmen. Damit wird ein zielgerichtetes, effizientes und effektives Vorgehen ermöglicht.

Der Standort Munzingerplatz vermag die Anforderungen bzw. Erwartungen, welche an ein innerstädtisches Parkhaus gestellt werden, am besten zu erfüllen. Die zentrale Lage bietet einen optimalen Fussgängerzugang zur Innenstadt. Der Munzingerplatz erfährt dadurch die gewünschte Belegung. Ein Parkhaus Munzingerplatz unterstützt bzw. löst zudem weitere Projekte aus, so insbesondere die räumliche und nutzungsmässige Neugestaltung des Munzingerplatzes, verbunden mit einer möglichen baulichen Verdichtung im Zusammenhang mit der Aufwertung der Museen und allfälliger Drittnutzungen. Der Munzingerplatz wird zum urbanen Zentrum unserer Stadt. Dabei muss eine hohe städtebauliche Qualität im Rahmen der Durchführung eines öffentlichen Wettbewerbes garantiert werden. Voraussetzungen für die Realisierung des Parkhauses Munzingerplatz sind einerseits die städtebaulich und verkehrsplanerisch optimale Anordnung der Zu- und Wegfahrt, verbunden mit einem entsprechenden Verkehrsregime, im Interesse einer möglichst geringen Belastung der Innenstadt (Begegnungszone) durch den motorisierten Individualverkehr. Basierend auf einem kompakten Parkhaus mit möglichst wenig Kubatur pro Parkplatz und direkten Zu- und Wegfahrten, muss eine realistische Finanzierungsmöglichkeit aufgezeigt werden, welche für Investoren interessant ist.

Der Raum Rötzmatt (westlich der Leberngasse), muss als Option für ein weiteres Parkhaus gesichert werden. Ob dies in Form der vorgeschlagenen Projektstudie oder in einer modifizierten Lösung geschieht, muss im Rahmen einer Gesamtplanung des Raumes Schützenmatte/Rötzmatt abgeklärt werden (Wettbewerb). Der Standort Rötzmatt wird im Hinblick auf die Realisierung der ERO, der Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee – Olten SüdWest, und der Aufwertung des Bahnhofs Olten Hammer, an Bedeutung gewinnen. Die spätere Realisierung eines Parkhauses im Raum Rötzmatt, kann durch einen weiteren Bedarf an Parkplätzen ausgelöst werden. Ein weiterer Grund für die Realisierung ist die städtebauliche Aufwertung des gesamten Raumes Schützenmatte/Rötzmatt, in welchem Zusammenhang die bestehenden ebenerdigen Parkplätze, welche eine grosse Fläche des Raumes Schützenmatte/Rötzmatt belegen, zu Gunsten anderer attraktiver Nutzungen aufgehoben werden müssen. Im Zusammenhang mit der Realisierung der ERO, gewinnt der Raum Schützenmatte/Rötzmatt an städtebaulicher Bedeutung, bildet er doch gleichsam das Tor zur Innenstadt. Gleichzeitig bildet dieser Raum auch das «Gelenk» zwischen den südlich gelegenen Gebieten und der Innenstadt. Eine städtebauliche Aufwertung dieses Raumes ist also mit oder ohne Parkhaus dringend notwendig. Aus diesem Grund, müssen raschmöglichst, die strategischen Ziele für die bauliche und nutzungsmässige Entwicklung dieses Raumes formuliert werden, um rechtzeitig einen städtebaulichen Wettbewerb durchführen zu können.

Der Raum Schützenmatte (östlich der Leberngasse) bietet eine einmalige Chance zur Aufwertung einer multifunktional nutzbaren Allmend – direkt angrenzend an die Innenstadt. Wenige Städte verfügen über eine derartig wertvolle Situation. Ein Parkhaus Schützenmatte, ob in der vorgeschlagenen Art der Projektstudie oder in einer modifizierten Form, würde diese Allmend räumlich unvorteilhaft belasten und die Möglichkeit der vielfältigen Nutzbarkeit massgebend einschränken (Schulfest, Chilbi und andere grössere Veranstaltungen und Anlässe). Aus diesen Gründen sollte auf ein Parkhaus im Raum Schützenmatte verzichtet werden.

Abschliessend darf festgestellt werden, dass nicht nur die fachlichen Argumente für die Realisierung eines Parkhauses Munzingerplatz sprechen. Gerade in jüngster Zeit wird ein Parkhaus Munzingerplatz von der Politik und Wirtschaft noch in verstärktem Mass propagiert.

5. Weiteres Vorgehen

Vorab stellt sich die Frage, welche Untersuchungen und Abklärungen müssen nun noch vorgenommen werden, um eine definitive Standortbestimmung unter Einbezug sämtlicher Aspekte vornehmen zu können. Es geht also darum, ein umfassendes Argumentarium bereitzustellen, um die Realisierung eines Parkhauses Munzingerplatz als nachhaltige Lösung hinsichtlich Städtebau, Verkehrsplanung und Wirtschaftlichkeit nachvollziehbar begründen zu können. Neben den gewichtigen Aspekten der Verkehrsplanung und des Städtebaus ist es zwingend eine realistische Finanzierungsmöglichkeit nachzuweisen.

Aus Sicht des Stadtrates geht es bei der Weiterbearbeitung insbesondere um die nachfolgenden Abklärungen, Untersuchungen und der damit verbundenen Auftragserteilungen. Es handelt sich dabei um eine interdisziplinäre Arbeit, welche eine enge Zusammenarbeit zwischen Spezialkommission Projektleitung und den beauftragten Büros verlangt. Nur so kann ein zielgerichtetes und effizientes Vorgehen garantiert werden.

5.1 Städtebau

- Städtebauliche Beurteilung der Erschliessungsvarianten hinsichtlich der Eingriffe in den Strassenraum / Stadtraum.
- Aufzeigen baulicher und nutzungsmässiger Entwicklungspotentiale auf dem und rund um den Munzingerplatz.
- Im Rahmen der Festlegung des Raumprogrammes für die Museen und allfälliger Drittnutzungen müssen die Schnittstellen mit dem Parkhaus Munzingerplatz geklärt werden. Im Vordergrund muss dabei eine qualitativ hochstehende städtebauliche Gesamtkomposition stehen. Dies kann am besten im Rahmen eines städtebaulichen Wettbewerbes erreicht werden.

5.2 Verkehrsplanung

- *Parkierungsbedarf:*
Dabei sind massgebend, die heutigen Nutzungen und das einzuschätzende Entwicklungspotential, die Belegung der heute vorhandenen öffentlichen Parkplätze, Nutzungszweck, Zielgruppe, Parkierungszweck, Bewirtschaftung und Lagekriterien.

- *Grösse des Parkhauses Munzingerplatz (Anzahl Parkplätze):*
Dies hängt einerseits von den verkehrlichen Auswirkungen und andererseits insbesondere auch von der Wirtschaftlichkeit (zu erwartende Auslastung) ab. Im Weiteren dürfte es eine Rolle spielen, wie viele Parkplätze pro Geschoss untergebracht werden können. Ein weiterer Aspekt ist die Aufhebung der bestehenden oberirdischen Parkplätze in der Innenstadt und in der Schützenmatte sowie die Umwandlung in Kurzzeitparkplätze.
- *Wie viele Parkplätze müssen in der Innenstadt und im Raum Schützenmatte aufgehoben werden?*
Die aus ökologischen und ökonomischen Gründen aufzuhebenden Parkplätze müssen quantifiziert und örtlich bezeichnet werden (Begegnungszone). Gleichzeitig muss aufgezeigt werden, welche noch verbleibenden Parkplätze in der Innenstadt in Kurzzeitparkplätze umgewandelt werden müssen. Der Raum Schützenmatte / Rötzmatt kann temporär z. B. bei Grossanlässen oder allgemein auf Grund der sich ergebenden effektiven Nachfrage als «Überlaufangebot» dienen. Zudem bieten die bestehenden Parkplätze (auch in reduzierter Form) im Raum Schützenmatte / Rötzmatt ein sinnvolles Angebot für die Autofahrer/-innen, welche die Innenstadt über die ERO erreichen.
- *Erschliessung:*
Eine zentrale Bedeutung nimmt die Anordnung der Erschliessung des Parkhauses ein. Aufgrund einer eingehenden Evaluation hinsichtlich der verkehrlichen und städtebaulichen Auswirkungen, ist eine zweckmässige Erschliessung zu finden mit möglichst direkter Anbindung an das Hauptstrassennetz, um damit die Innenstadt (Begegnungszone) mit möglichst wenig motorisiertem Individualverkehr zu belasten.
- *Parkleitsystem:*
Im Interesse der Verbesserung der Verkehrssituation und insbesondere der Reduktion des Parksuchverkehrs, wird die Einführung eines Parkleitsystems geprüft.

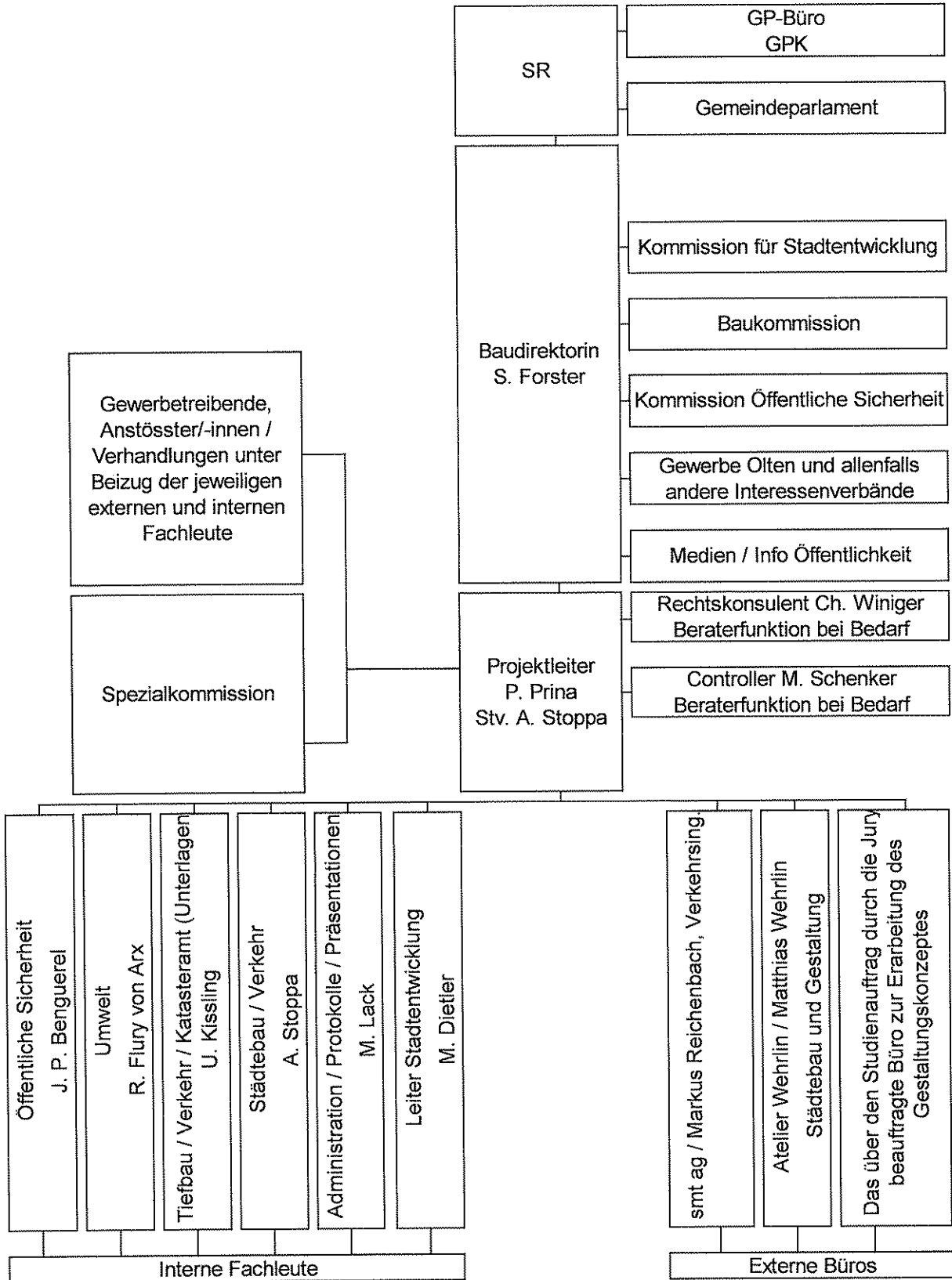
5.3 Wirtschaftlichkeit / Finanzierung

- Kompaktes Parkhaus Munzingerplatz ohne «flächenmässige Verästelungen» um das Verhältnis zwischen Erschliessungs- und Parkierungsflächen zu optimieren. Die Erstellungskosten sollen damit gesenkt werden können. Diese werden auf der Basis eines Vorprojektes errechnet.
- Ermittlung des Parkplatzbedarfs, Grösse des Parkhauses
- Baurecht, Dauer des Baurechts, Baurechtszins, Heimfallentschädigung
- Tarife, Parkplätze im Stundentarif, Parkplätze im Monatsabonnement, Tarife für die noch verbleibenden öffentlichen oberirdischen Parkplätze (Kurzzeitparkplätze)
- Einwerfen der Auskaufsgelder für nicht erstellte Parkplätze (zur Zeit ca. 2 Mio. Franken); spezielle Regelung mit Coop
- Ertragsprognose und Wirtschaftlichkeit
- Betriebs- und Finanzierungsmodell

5.4 Umwelt

Es ist ein grundsätzlicher Umweltverträglichkeitsbericht zu erstellen, um später nicht an gesetzlichen Vorschriften zu scheitern.

6. Projektorganisation



Im Interesse einer breiteren politischen Abstützung wird der Stadtrat eine Spezialkommission für die Begleitung des Projektablaufs einsetzen. Die Spezialkommission setzt sich aus je einem/einer Vertreter/in der Geschäftsprüfungskommission, der im Parlament vertretenen Parteien (Parlamentarier/in), der Kommission für Stadtentwicklung, der Baukommission und der Kommission für öffentliche Sicherheit zusammen. Die Spezialkommission konstituiert sich selbst.

Der Projektleiter koordiniert sämtliche Arbeiten und ist verantwortlich für die Qualitätssicherung, Kosten- und Termineinhaltung. Zu diesem Zweck hat er ein Weisungsrecht. Er lädt die Arbeitsgruppe (Verwaltungsinterne Vertreter/-innen und externe Büros) rechtzeitig zu den Arbeitssitzungen mit Traktandenliste sowie zu verschiedenen erforderlichen Koordinationssitzungen ein und präsidiert diese. Über sämtliche Sitzungen wird ein Protokoll verfasst.

Der Projektleiter informiert die Baudirektorin laufend über den Stand der Arbeiten und verfasst sämtliche Berichte an die Kommission, den Stadtrat, das Gemeindeparlament, die Medien usw.

Der Projektleiter ist im Weiteren verantwortlich für die enge Zusammenarbeit mit der Spezialkommission. Der/die Präsident/in der Spezialkommission wird zusammen mit dem Projektleiter die jeweilige Traktandenliste bestimmen.

Über sämtliche Sitzungen werden Protokolle verfasst. Diese werden den Mitgliedern der Spezialkommission, den Mitgliedern der Projektorganisation inkl. den externen Büros und dem Stadtrat zugestellt.

7. Projektablauf / Terminplan / Geschäftskontrolle

Termine		Tätigkeiten / Informationen / Entscheide	Geschäfts- kontrolle Kommentare
Anfang	Ende		
Dienstag, 29.05.2007		1. Lesung Stadtrat	
Mittwoch, 30.05.2007		Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung	
Montag, 04.06.2007		Stadtrat genehmigt Vorlage zu Händen des Gemeindeparlamentes	
Dienstag, 19.06.2007		Geschäftsprüfungskommission behandelt Vorlage zusammen mit der Vorlage Verkehrskonzept Innenstadt 2006 / Begegnungszone	
Donnerstag, 28.06.2007		Gemeindeparlament behandelt Vorlage zusammen mit der Vorlage Verkehrskonzept Innenstadt 2006 / Begegnungszone	
Juni 2007	Juli 2007	Anfrage der Mitglieder für Spezialkommission «Verkehrskonzept Innenstadt 2006» und «Parkhaus Munzingerplatz».	
Juli 2007		Stadtrat erteilt Aufträge für die Weiterbearbeitung an die drei Büros smt, Atelier Wehrlin und Implenia und setzt Spezialkommission ein für Parkhaus Munzingerplatz und Verkehrskonzept Innenstadt 2006	
Anfangs August 2007		1. Sitzung der Spezialkommission, Konstituierung, grundsätzliches Vorgehen, Prozessablauf, Terminplan, festlegen der Sitzungstermine.	In Koordination mit Verkehrskonzept Innenstadt 2006
August 2007	Februar 2008	Erarbeitung der Grundlagen für die Standortbestimmung Parkhaus Munzingerplatz durch die 3 Büros in	

		Zusammenarbeit mit der Spezialkommission und der Projektorganisation	
Dezember 2007		Zwischenentscheid betreffend Erschliessung des Parkhauses (Rampenanlagen)	
Ende Februar 2008		Abgabe der Grundlagen mit Gesamtbericht durch die drei Büros für den Entscheid Parkhaus Munzingerplatz	
März 2008		Erarbeitung der Vorlage z.H. der Spezialkommission und des Stadtrates für die Durchführung der Mitwirkung	Gleichzeitig auch für Verkehrskonzept Innenstadt 2006
April 2008		Verabschiedung der Vorlage Parkhaus Munzingerplatz durch die Spezialkommission zu Händen des Stadtrates für die Mitwirkung	Gleichzeitig auch für Verkehrskonzept Innenstadt 2006
April 2008	Mai 2008	Ausarbeitung des Ausstellungskonzeptes für die Mitwirkung Parkhaus Munzingerplatz und Verkehrskonzept Innenstadt 2006	
Mai 2008		Stadtrat genehmigt Vorlage für die Freigabe zur Mitwirkung zusammen mit der Vorlage Verkehrskonzept Innenstadt 2006	
Juni 2008		Mitwirkung Parkhaus Munzingerplatz und Verkehrskonzept Innenstadt 2006	
Juli 2008	Aug. 2008	Auswertung der Stellungnahmen aus der Mitwirkung und allfällige Überarbeitung der Grundlagen Parkhaus Munzingerplatz und Ausarbeitung der Vorlage zu Händen der Spezialkommission des Stadtrates und des Gemeindeparlamentes	Gleichzeitig auch für Verkehrskonzept Innenstadt 2006
August 2008		Stellungnahme der Spezialkommission zu den beiden Vorlagen «Parkhaus Munzingerplatz» und «Verkehrskonzept Innenstadt 2006»	
September 2008		Genehmigung der Vorlagen Parkhaus Munzingerplatz und Verkehrskonzept Innenstadt 2006 durch den Stadtrat z. H. des Gemeindeparlamentes	
November 2008		Behandlung der Vorlagen durch die Geschäftsprüfungskommission	
November 2008		Behandlung der Vorlagen durch das Gemeindeparlament	

8. Kosten für die Weiterbearbeitung / Erforderlicher Nachtragskredit

Die Kosten für die Weiterbearbeitung betragen gemäss Honorarofferten und Leistungsbeschriebe:

Städtebau (Matthias Wehrli, Atelier Wehrli)	Fr.	25'000.00
Verkehrsplanung (Markus Reichenbach, smt)	Fr.	50'000.00
Erstellungskosten auf Basis Vorprojekt, Wirtschaftlichkeitsbeurteilung, Vorschlag Finanzierung (Michael Ringli, Implenia)	Fr.	108'000.00
Untersuchungen durch Geometer (Baugrunduntersuchungen)	Fr.	35'000.00
Erstellen eines Umweltberichtes (Voruntersuchung)	Fr.	15'000.00
Ausstellung, Mitwirkungsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit	Fr.	20'000.00
Sitzungsgelder Spezialkommission	Fr.	3'000.00
Unterlagen / Kopien für Kommissionen, Stadtrat, Gemeindeparlament	Fr.	10'000.00
Reserven	Fr.	14'000.00
Total (inklusive MwSt.)	Fr.	280'000.00

Die Kosten sind schwer abzuschätzen, da je nach Zwischenentscheid und auf Grund der Eingaben im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens allfällig zusätzliche Abklärungen und Untersuchungen notwendig werden.

Im Budget 2007 Investitionsrechnung Konto Nr. 620.501.46 ist ein Kredit von Fr. 150'000.00 für die Projektierung mit KV für die Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee – Olten Süd/West bewilligt. Da der Gestaltungsplan Olten Süd/West von Seiten der Grundeigentümerin AG Hunziker sistiert ist und nicht wie vorgesehen am 7. Mai 2007 zeitlich zusammen mit der ERO öffentlich aufgelegt wurde. Die Projektierung der Fussgänger- und Veloverbindung Hammerallee - Olten Süd/West wird somit für das Jahr 2007 hinfällig. Es braucht daher nur kleinere Kredite für die Abstimmung mit den SBB hinsichtlich ihrer Bauabsichten im Bereich Bahnhof Olten Hammer. Aus diesen Gründen kann der in der Investitionsrechnung Konto-Nr. 620.501.46 von Fr. 150'000.00 auf Fr. 30'000.00 reduziert werden, d. h. Fr. 120'000.00 werden auf diesem Konto gesperrt. Damit wird das Budget 2007 etwas entlastet.

9. Stellungnahme der Kommission für Stadtentwicklung

An ihrer Sitzung vom 30. Mai 2007 hat die Kommission für Stadtentwicklung die Vorlage eingehend diskutiert und beurteilt. Sie erachtet das vorgeschlagene Vorgehen des Stadtrates als zweckmässig und das Terminprogramm als realistisch. Sie unterstützt die Vorlage.

10. Schlussbemerkung

Der Stadtrat ist überzeugt, dass das vorgeschlagene Vorgehen zweckmässig und der Terminplan realistisch ist. Die in diesem Bericht erwähnten, detaillierten Arbeitsschritte (Untersuchungen, Abklärungen und Beurteilungen) müssen in einem iterativen Prozess seriös vorgenommen werden, damit die weitere politische Diskussion im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens auf konsolidierten Grundlagen stattfinden kann. Das Gemeindeparlament muss seine Entscheid im November 2008 über den Standort Munzingerplatz auf nachvollziehbaren Argumenten fällen können, geht es doch darum, eine – unter Einbezug aller Aspekte – nachhaltige Lösung im Interesse unserer Innenstadt zu realisieren.

11. Projektvorschlag und Antrag um Erteilung eines Baurechts durch die Marti Holding AG

Am 25. Mai 2007 haben Vertreter der Marti Holding AG, Bern, der W. Thommen AG, Architekten und Planer, Olten, und der STA Strassen- und Tiefbau AG, Olten, einer Vertretung der Stadt Olten einen Projektvorschlag für die Realisierung des Parkhauses Munzingerplatz unterbreitet. Sie betonten dabei, dass die Kosten vollumfänglich durch private Investoren übernommen werden. Weder werde der Parkplatzfonds (Auskaufsgelder von nicht realisierten Parkplätzen) beansprucht, noch sei ein Engagement der öffentlichen Hand als Investor nötig. Mit Brief vom 25. Mai 2007 ersuchen sie den Stadtrat um die Erteilung des erforderlichen Baurechts.

Vorab dankt der Stadtrat der Marti Holding AG für ihr Engagement und ihr Angebot ein Parkhaus vollumfänglich mit privaten Investoren zu finanzieren. Der Stadtrat wird das Angebot und das Gesuch um Erteilung eines Baurechts im Rahmen der laufenden Parkhausplanung prüfen. Der Stadtrat hält aber am vorgeschlagenen Vorgehen fest. Dabei geht es vor allem um die eingehenden städtebaulichen, verkehrsplanerischen und wirtschaftlichen Abklärungen, sowie um den Einbezug sämtlicher Betroffener und der Bevölkerung im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens. Dieses Verfahren ist zwingend

notwendig, wenn das Gemeindeparlament einen auf konsolidierten Grundlagen und auf nachvollziehbaren Argumenten basierenden Entscheid über die definitive Standortbestimmung Munzingerplatz fällen will. Neben der Zweckmässigkeit eines Parkhauses Munzingerplatz, dessen Grösse und insbesondere auch dessen Erschliessung, ist die Neugestaltung des Munzingerplatzes, verbunden mit der baulichen und nutzungsmässigen Verdichtung im Zusammenhang mit der Aufwertung der Museen, von zentraler Bedeutung. Der Munzingerplatz soll zum urbanen Zentrum unserer Stadt werden, was eine hohe städtebauliche Qualität voraussetzt. Die Schnittstellen zwischen Parkhaus, Museen und der Neugestaltung des Munzingerplatzes müssen zwingend geklärt werden, wenn allenfalls die Realisierung eines Parkhauses zeitlich vorgezogen werden sollte. Dies bedeutet, dass die Rahmenbedingungen für die Realisierung eines unterirdischen Parkhauses so definiert werden, dass im Rahmen eines öffentlichen Wettbewerbes für die Aufwertung der Museen und des Munzingerplatzes, der nötige städtebauliche und gestalterische Spielraum garantiert ist.

In der Beilage 9 sind die Fragen, Feststellungen und Rahmenbedingungen aufgelistet, welche im Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen Projekt der Marti Holding AG und ihrem Gesuch für die Erteilung eines Baurechtes geklärt werden müssen. Die Liste ist auf Grund der kurzfristigen Sichtung der Projektgrundlagen keinesfalls abschliessend und muss im Rahmen detaillierter Abklärungen und insbesondere auch in einem Gespräch mit der Marti Holding AG komplettiert bzw. geklärt werden.

Beschlussesantrag:

1. Der Stadtrat wird dem Gemeindeparlament im November 2008 gemäss dem in diesem Bericht beschriebenen Vorgehen eine Vorlage unterbreiten, zur Genehmigung des Standortes Parkhaus Munzingerplatz inklusive weiteres Vorgehen hinsichtlich Realisierung. Gleichzeitig wird der Stadtrat dem Gemeindeparlament auch die Vorlage Verkehrskonzept Innenstadt 2006 mit Begegnungszone zur Genehmigung unterbreiten.
2. Dem unter Ziffer 1 dieses Antrages festgelegten Vorgehen wird zugestimmt.
3. Von dem vom Stadtrat zu bewilligenden Nachtragskredit für die aufwendigen Untersuchungen und Abklärungen von Fr. 280'000.00 (inkl. MwSt.) zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto Nr. 621.501.04 wird Kenntnis genommen.
4. Die Sperrung des Investitionskonto Nr. 620.501.46 um den Betrag von Fr. 120'000 durch den Stadtrat wird zur Kenntnis genommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Christian Wüthrich: Die GPK hat dieses Geschäft intensiv diskutiert. Einig und dementsprechend froh ist man in der GPK gewesen, dass der Stadtrat das Parkhaus Munzingerplatz A favorisiert und B zur Weiterentwicklung dem Parlament vorschlägt. Die im Bericht und Antrag aufgeführten Beurteilungen sowie Vorteile des Standorts sind für die GPK absolut nachvollziehbar und dementsprechend auch unbestritten gewesen. Der

Knackpunkt, an dem sich die Geister respektive die Parteien uneinig gewesen sind, sind folgende Punkte: Die Projektorganisation hat zu reden gegeben, der Projektablauf und der Terminplan und eventuelle Abhängigkeiten dieser ganzen Geschichte von Drittinteressen, wobei ich anmerken muss, dass Letzteres in keiner Art und Weise zutrifft und noch während der GPK-Sitzung prominent hat entkräftet werden können. Generell gerügt ist die überorchestrierte Projektorganisation gewesen. Sie sei viel zu gross, ineffizient und führe zu unnötigen Verzögerungen, wobei man in Klammern auch auf die Mitwirkung selbstverständlich nicht verzichten möchte. Das ist ein wichtiger Punkt. Es ist denn auch die Frage aufgekommen, das einfach gesagt symbolisiert, wieso eine solch grosse Struktur aufbauen, eine solche Maschine zum Laufen bringen, wenn es schliesslich nur um eine eventuelle Vergabe eines Baurechts geht. Auch nicht einverstanden und dementsprechend kritisiert worden ist der Terminplan. Er sei viel zu lang, nicht realistisch für eine eventuelle Bauausschreibung. Doch zuletzt hat die GPK eine im Parlament tragfähige Lösung finden müssen, die den gängigen Richtlinien des Stadtrates und selbstverständlich der Gesetzessprechung entspricht. Um das Parkhausprojekt Munzingerplatz nicht zu behindern oder sogar zu gefährden, hat die GPK mit 8 : 0 Stimmen für Eintreten und mit dem Beschluss 7 Stimmen mit einer Enthaltung dem Beschlussesantrag des Stadtrates stattgegeben. Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Stadträtin Silvia Forster: Das oberste Ziel ist ja die Stärkung unserer Innenstadt. Das ist das Ziel gewesen, als man das Verkehrskonzept 2004 genehmigt und das Parkhauskonzept Munzingerplatz nicht weiter verfolgt hat, sondern gesagt hat, man möchte das Parkhaus im Raum Schützenmatt/Rötzmatt platzieren. Die Diskussionen, die gefolgt sind, sind bekannt. Ich wiederhole sie nicht. Es hat dazu geführt, dass sich der Stadtrat entschieden hat, drei Machbarkeitsstudien mit den drei Standorten Munzingerplatz, Rötzmatt und Schützenmatt in Auftrag zu geben. In der folgenden Diskussion und aufgrund der Rückmeldungen hat man nachher festgestellt, dass eigentlich, wenn man ein Parkhaus will, also die Leute, die ein Parkhaus wollen, sich zwei Standorte heraus kristallisieren. Ganz viel Unterstützung mit entsprechend flankierenden Massnahmen und entsprechenden Vorgaben hat eigentlich der Standort Munzingerplatz gefunden und auf der anderen Seite noch der Standort Rötzmatt. Wenig Sympathie hat man für den Standort Schützenmatt gefunden, weil man einfach das Gefühl hat, dass, wenn man dort ein Parkhaus bauen würde, sehr viel vergeben würde für die Stadt Olten, für das Leben der Stadt Olten. Es hat sich dann rasch heraus gestellt, dass aufgrund der Machbarkeitsstudien, die wir gehabt haben, und den ersten Wirtschaftlichkeitsberechnungen diese Zahlen nicht gut vergleichbar sind. Vor allem, weil man auch gemerkt hat, man muss auf Stufe Richtung Vorprojekt gehen und man muss auch die Parkplatzanordnung so gestalten können, dass auch ein Parkhaus Munzingerplatz wirtschaftlich werden kann, wenn man es weiter verfolgen will. Die ersten Wirtschaftlichkeitsberechnungen, die gemacht worden sind, stützen sich auf die ersten Unterlagen. Dort sind die Parkplätze angeordnet gewesen. Ich habe nichts gegen den Vierwaldstättersee, aber es ist ein guter Vergleich. Es hat wirklich etwas ausgesehen wie der Vierwaldstättersee mit verschiedenen Armen überall hin auf dem Munzingerplatz. Der Stadtrat hat sich nach intensiven Diskussionen entschieden, dass man nicht alle drei Projekte auf den gleichen Stand bringen will, also nicht alle drei Projekte auf den Stand Richtung Vorprojekt bringen will, sondern dass man sich auf eines priorisiert, nämlich den Standort Munzingerplatz und dass man den Standort Rötzmatt planerisch sicher stellen will, dass man sich dort nichts vergibt, je nachdem, wie sich dieses Gebiet entwickelt, wo man sich ja auch einiges erhofft. Es geht also heute Abend um einen Richtungsentscheid. Es geht nicht um ein Bauprojekt. In der GPK ist einerseits der Terminplan und andererseits die Organisation kritisiert worden. Entschuldigung, dass ich dies jetzt hier offen sage: Es sind dann oft die gleichen Kommissionen, die kritisieren, man habe diesen und jenen miteinbezogen. Ich denke, es ist dort auch darum gegangen aufzuzeigen, welche Fachstellen eigentlich in der Stadtverwaltung miteinbezogen werden müssen. Ich denke, wichtig ist ja, dass der Stadtrat mit der Organisation fahren kann. Das Ziel ist ja eigentlich – ich denke, das ist wichtig für das Parlament – dass wir nachher eine Lösung haben, die tragfähig und mehrheitsfähig ist.

Vielleicht noch etwas zum Zeitplan: Es ist in der GPK und an anderer Stelle gesagt worden, man hat einen Auftrag von einem Dritten und dann wird eine Frist gesetzt. Das ist so. Das hat die Stadt Olten ebenfalls gemacht. Ich möchte einfach darauf hinweisen, wenn man den Zeitplan anschaut, dass eben ein grosser Teil dieser Zeit das Mitwirkungsverfahren ist, also der politische Prozess, wo der Stadtrat überzeugt ist, dass wir, wenn wir diesen politischen Prozess auslassen, wir keine tragfähige Lösung finden werden. Der Stadtrat sieht aber die Möglichkeit, dass man gewisse Arbeiten parallel dazu laufen lassen kann, damit wir nachher, wenn wir den Parlamentsbeschluss haben, im November 2008 eben schon einen Gestaltungsplanentwurf mit Umweltverträglichkeitsbericht und der Vorprüfung haben, damit man nachher auch schon bald die Unterlagen für eine öffentliche Ausschreibung und für die Vergabe des Baurechts parat machen kann. Dort sieht der Stadtrat dann Möglichkeiten, dass man eine gewisse Zeit einsparen kann. Das darf aber nicht zu Lasten von Qualität in Bezug auf Städtebau gehen. Noch einmal: Es geht heute Abend um das oberste Ziel, dass wir nämlich unsere Innenstadt stärken wollen, wo einerseits ein Parkhaus stehen soll und andererseits eben auch, wie unsere Innenstadt sonst aussehen soll. Es geht um einen Richtungsentscheid. Der Stadtrat ist überzeugt, dass wir mit dem eingeschlagenen Weg eine tragfähige Lösung hinbringen können. In diesem Sinne bitte ich Sie, dem Bericht und Antrag, wie ihn der Stadtrat vorgelegt hat, zuzustimmen.

Rolf Schmid: Der Bericht und Antrag hat in der FdP-Fraktion einerseits Freude ausgelöst und andererseits aber auch zu einer rechten Konsternierung geführt. Was hat uns Freude gemacht an diesem Bericht und Antrag? Freude gemacht hat uns, dass wir heraus gespürt haben, dass wir eigentlich mit dem Stadtrat ein gemeinsames Ziel verfolgen, nämlich die Attraktivierung der Innenstadt einerseits und die Verbesserung des Zugangs zu dieser Innenstadt andererseits. Ich glaube, das spürt man in diesem Bericht und Antrag, und das ist sehr positiv. Ebenso gefreut hat uns die Fokussierung auf den Munzingerplatz. Wir glauben, das ist richtig. Zuerst ist es ein Bauchgefühl gewesen, dass dies richtig ist, und jetzt sagen es eigentlich auch alle vom Stadtrat bisher in Auftrag gegebenen Studien. Was uns ebenfalls freut – wir haben dafür im September des vergangenen Jahres gekämpft; Ihr könnt Euch erinnern – dass man eigentlich den Grundsatz von Begegnungszone mit Parkhaus jetzt verankert hat. Das koordinierte Vorgehen bei einer Begegnungszone und mit einem Parkhaus finden wir richtig und sind froh darüber. Soweit so gut. Aber es hat auch ziemlich viel Ernüchterndes und Enttäuschendes in diesem Bericht und Antrag. Der Sprecher der GPK hat es gesagt: Es sind vor allem das Vorgehen und der Terminplan. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich vermute, dass Niklaus Riggenbach und seine Kollegen sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie diesen Bericht und Antrag lesen würden und die SBB wahrscheinlich noch nicht in Olten wäre, wenn sie damals ein solches Vorgehen eingeschlagen hätten. Nochmals 18 Monate abklären und Studien schreiben. Das sagt uns nämlich der Bericht und Antrag. Wir sehen darin zwar eine Richtungsvorgabe, wie es die Stadträtin gesagt hat, aber wir sehen eigentlich noch keine Entscheide. Wir werden weitere 18 Monate Papier produzieren und warten und dies für ein Projekt, bei dem nicht überall, aber in sehr grossen Teilen der politischen Verantwortlichen, aber auch der Bevölkerung eigentlich ein Konsens herrscht, dass man es realisieren und voran treiben sollte. Versteht mich richtig. Wir sind uns bewusst und wollen dies auch, dass einerseits die rechtlichen Verfahren, Gestaltungsplan, UVP, eingehalten werden müssen und ebenso die demokratischen Spielregeln. Wir finden es richtig, dass man ein Mitwirkungsverfahren macht. Ich glaube aber nicht, dass es das ist, was 18 Monate braucht. Wenn ich dies einmal so überschlagsmässig anschau, reden wir hier irgendwie von zwei bis drei Monaten, die es braucht. Aber eben: Es ist eigentlich nicht das Rechtliche, und es ist eigentlich auch nicht das Demokratische, das uns diese Verzögerung bringt. Eigentlich sind es die weiteren Studien, die weiteren Abklärungen, die uns Zeit und nebenbei auch noch Geld kosten. Wir müssen uns schon fragen, was wir damit gewinnen oder wer etwas gewinnt, einmal abgesehen von denjenigen, die dadurch neue Studien machen können und Aufträge erhalten. Ich glaube nicht, dass wir aus diesen Studien wahnsinnig viel Neues erfahren werden. Nach unserer Meinung braucht es jetzt politische Pflöcke, die man einschlägt,

politische Entscheide, beispielsweise welche Einfahrt wir bevorzugen. Wie wollen wir mit dem Baurechtszins umgehen? Wie wollen wir dem Heimfall umgehen? Welche Projekte müssen anschlussfähige Projekte an diese zwei Projekte sein? Das sind politische Vorgaben, die wir machen müssen, die wir entscheiden müssen. Wenn wir diese nicht fällen, hat dies von mir aus gesehen nichts damit zu tun, dass wir zu wenig wissen, sondern dann fehlt uns hier der politische Wille, die politische Umsetzungskraft. Es ist klar: Bei einem Projekt wie einem Parkhaus und auch bei einer Begegnungszone wird man nie alle Risiken von Anfang an bis ins Letzte kennen und alle Unsicherheiten ausräumen können. Das ist ein Charakter eines Grossprojekts. Aber ich glaube, ein bisschen Mut und ein bisschen Unternehmergeist wären hier halt schon richtig. Eigentlich müsste man sagen, das vorgeschlagene Vorgehen in diesem Bericht und Antrag ist für uns unhaltbar. Wir haben dementsprechend in der Fraktion auch verschiedenste Varianten diskutiert, wie wir das Vorgehen allenfalls beschleunigen könnten. Wir haben dabei aber auch gemerkt, dass sich der Stadtrat gegen ein anderes Verfahren wehrt und dass auch andere Fraktionen eigentlich längst auf das vom Stadtrat vorgeschlagene Verfahren eingelenkt haben. Wir haben uns überlegt, ob wir noch mit einem dringlichen Vorstoss aktiv werden sollen, haben dies dann aber verworfen, weil es uns letztlich um eines geht und das ist, dass wir das Projekt jetzt voranbringen, dass wir dies realisieren können. Aber wir schicken auch Zeichen aus mit der Zustimmung zu diesem Bericht und Antrag von heute Abend. Es sind nicht Zeichen von viel Dynamik. Wir haben uns bei der Rechnung dankbar gezeigt gegenüber den Unternehmerinnen und Unternehmern in dieser Stadt, die handeln und etwas machen und entsprechend auch zu grossen Steuereinnahmen für diese Stadt führen. Wir als Politik verhalten uns von mir aus gesehen mit diesem Bericht und Antrag nicht sehr unternehmerisch. Trotzdem noch einmal: Die FdP-Fraktion akzeptiert die politischen Realitäten. Wir werden deshalb dem Bericht und Antrag grossmehrheitlich zustimmen. Der Stadtrat übernimmt aber mit diesem Vorgehen von uns aus gesehen eine grosse Verantwortung. Wir investieren noch einmal 18 Monate. Wir investieren noch einmal Geld und machen noch einmal Studien. Einen Scherbenhaufen am Schluss dieses Prozesses kann sich der Stadtrat und können wir uns nicht leisten. Der Stadtrat verspricht uns im Bericht und Antrag Termine. Er verspricht uns Resultate. Ich bin der Meinung, diese müssen eingehalten werden. Wenn nicht, müsste dies eigentlich politische Konsequenzen haben. Aber zum Schluss noch ein versöhnliches Wort - ich habe es eingangs gesagt und möchte es noch einmal betonen - ich glaube, wir haben ein gemeinsames Ziel. Das ist eigentlich schon sehr viel wert. Eine attraktive Innenstadt für die Oltnerinnen und Oltner und auch für das Gewerbe. Darauf müssen wir zusammen hinarbeiten. Wer weiss, vielleicht nimmt sich ja der Stadtrat vor, uns Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu überraschen und die Vorlage, die für November 2008 versprochen ist, sogar ein paar Monate früher zu bringen.

Roland Rudolf von Rohr: Die CVP/EVP-Fraktion hat sich grossmehrheitlich für die Priorisierung ausgesprochen und stimmt demnach dem Stadtrat zu. Das Bedürfnis für die Innenstadt-Geschäfte und für den Detailhandel sind ja mehr als nachgewiesen. Aber noch viel mehr ein verkehrsfreier Munzingerplatz und eine schöne Begegnungszone. Um dies erstellen zu können, ist ein Parkhaus unterirdisch in der Innenstadt absolute Bedingung. Sonst wird man nichts Rechtes hinkriegen. Wir sind auch erfreut, dass die stadträtliche Vorlage jetzt so da ist und der Stadtrat zum Schluss gekommen ist, dass der Standort Munzingerplatz die Anforderungen und die Erwartungen, die an ein innerstädtisches Parkhaus gestellt werden, diese Anforderungen am besten erfüllt und somit die provisorische Standortbestimmung vorgenommen hat. Ein Wermutstropfen für einen Teil unserer Fraktion ist natürlich auch das Tempo gewesen. Viele haben sich eine schnellere Gangart gewünscht und dann aber nachher zugestimmt. Man hat noch von einem Zusatzantrag gesprochen gehabt. Aber wir haben nachher zugestimmt, weil man eingesehen hat, auch noch durch Informationen von Pietro Prina, dass eine seriöse Bearbeitungszeit einfach notwendig ist, damit man eine richtige Öffentlichkeitsarbeit, städtebauliche, verkehrsplanerische, ökologische und ökonomische Untersuchungen noch machen kann. Wir hoffen, dass, was schon vorhanden ist, die zahlreichen Daten und

Studien, dass diese auch richtig ausgenützt werden und vielleicht auch einen Beschleunigungsfaktor ermöglichen würde. Ich habe aber von der Stadträtin auch gerne gehört, dass man in Erwägung zieht, dass parallel laufende Aufträge eventuell gemacht werden könnten, so dass man diesen Beschleunigungsfaktor gleichwohl noch einbringen würde. Unter dem Motto „Packen wir es an“ unterstützt die fast einstimmige CVP/EVP-Fraktion die Vorlage und stimmt dem Beschlussesantrag zu.

Rudolf Lutz: Auch wir haben ausgiebig diskutiert, ist doch dieses Dossier relativ klein gewesen und hat man es drei- und viermal vor- und rückwärts lesen können. Ich habe in der kurzen Zeit, in der ich es gehabt habe, fast nicht Zeit gefunden, von hinten bis vorne und wieder zurück zu sein. Es freut mich oder die ganze Fraktion aber, dass endlich Bewegung in das Thema des Parkhauses kommt. Man merkt langsam, dass es vorwärts gehen muss. Aber auch wir haben uns Gedanken über den Zeitplan gemacht. Auch nur als Bitte möchten wir es gleichwohl noch äussern: Macht Euch Gedanken. Vielleicht geht es gleichwohl etwas schneller, als dort steht. Sicher ist der Entscheid über den Standort nicht einfach, hat doch jedes dieser drei Projekte seine Vor- und Nachteile gehabt. Aber wir sind doch auch der Meinung, dass nur ein Standort und zwar der Munzingerplatz im Moment wirklich Sinn macht. Nicht, dass wir in den anderen Standorten keine Möglichkeit gesehen hätten. Aber wir haben ja in den letzten Diskussionen in den Parlamentssitzungen und überall immer wieder gemerkt, dass wir eben nicht nur das Parkhaus, sondern die Begegnungszone möchten und es halt eben doch zusammen gehört. Wenn wir dies wollen und wenn wir wollen, dass wir die Leute in die Stadt bringen, gibt es sicher nur eine Zielsetzung und das ist das Parkhaus Munzingerplatz. Wenn wir die Leute dazu bringen wollen, dass sie wieder in die Stadt „lädelen“ oder flanieren oder einen Kaffee trinken kommen in die Innenstadt, so müssen wir schauen, dass wir sie in die Innenstadt bringen. Das erreichen wir nur mit dem Parkhaus Munzingerplatz. Damit sind unserer Meinung nach die Bedürfnisse sicher am besten abgedeckt und machen auch am meisten Sinn. Deshalb unterstützt die SVP Olten den Beschlussesantrag vollumfänglich und wird sich einstimmig dazu äussern.

Anita Huber: Die Fraktion Grüne/Junge Alternative tritt auf den Bericht und Antrag des Stadtrates ein, verlangt aber eine Rückweisung. Zuerst zum Geschäft: Der Antrag der Marti Holding hat uns befremdet. Uns hat erstaunt, dass ein Investor von der Stadt verlangt, auf das demokratische Mitwirkungsverfahren und die öffentliche Ausschreibung bei der Erteilung des Baurechts zu verzichten. Uns erscheint es auch unseriös, auf Abklärungen zu verkehrsplanerischen, städtebaulichen und wirtschaftlichen Auswirkungen zu verzichten. Wir möchten an dieser Stelle gerne an das finanzielle Desaster beim Bau des Hotel Olten erinnern. Wir danken dem Stadtrat, dass er den Antrag der Marti Holding zurück gewiesen hat und am korrekten Vorgehen festhält. Nachdem wir uns durch die Papierflut durchgekämpft haben, haben wir festgestellt, obwohl der Vergleich ein anderes Resultat zeigt, will der Stadtrat nur noch den Standort Munzingerplatz verfolgen. Wir fragen uns, wieso man so viele Aufträge hinaus gibt, die natürlich alle auch Steuergelder kosten und nicht einmal die Resultate dieser Studien berücksichtigt. Zur Parkhausfrage: Die Stadt Olten würde an Qualität gewinnen, wenn der Parksuchverkehr in der Innenstadt aufhören und städtebaulich wertvolle Plätze wie der Munzinger- und der Klosterplatz autofrei würden. Wenn dies durch ein neues Parkhaus wirklich realisiert würde, wären die Grünen/Jungen Alternativen auch dafür. Für uns ist der Standort Rötzmatt am besten geeignet für ein Parkhaus in Olten. Das vorgestellte Projekt überzeugt durch eine hohe architektonische Qualität. Der luftige urbane Bau erinnert an Teile der erst kürzlich eröffneten Sihlcity in Zürich. Das Rötzmatt-Team hat sich wirklich auch städtebauliche Überlegungen gemacht und präsentiert deshalb nicht nur das Parkhaus Rötzmatt, sondern gleichzeitig auch die Aufwertung des Freiraums entlang der Dünnern und Schützenmatte. Bei diesem Bericht merkt man, dass die Verfasser nicht nur am Reissbrett gearbeitet haben, sondern das Gebiet aus jahrelanger persönlicher Erfahrung kennen und täglich nutzen. Gerne möchte ich hier auf die Abstimmung zur Stichstrasse von 1990 erinnern. Da haben nämlich namhafte

Gewerbekreise wie der Gewerbeverband Olten, die IG Altstadt oder der Industrie- und Handelsverein Olten und Umgebung in ihrem Flyer ein Parkhaus in der Rötzmatt als bequem erreichbares und zentrumnahes Parkhaus angeboten. Man könnte den Flyer bei mir haben. Ich frage mich einfach, ob sich in der Zwischenzeit die Distanz von der Rötzmatt in die Innenstadt plötzlich vergrössert hat. Zum Standort Munzingerplatz: Heute wird wie mit einer Gebetsmühle immer wieder herunter geleiert, dass dies einzig und allein der Standort ist, der das Gewerbe und die Innenstadt retten kann. Sachliche Argumente dazu fehlen uns. Wir finden, mit dem Standort Munzingerplatz setzt der Stadtrat auf das falsche Pferd. Wir finden, dieser Richtungsentscheid ist falsch. Der Stadtrat präsentiert uns beim Parkhaus Munzingerplatz eine Wundertüte, ohne den Inhalt offen zu legen. Er wirft uns diffuse Varianten auf den Tisch, ohne eine Auswahl zu treffen. Soll das Parkhaus jetzt kompakt oder verwinkelt sein? Soll es oben ein Museumsgebäude haben oder einen Platanenwald? Welche Zufahrtsvariante darf es denn sein? Wir halten fest: Das Parkhaus muss zwingend direkt ab der ERO erschlossen werden. Alles andere ist verkehrsplanerisch absolut unsinnig. Wir wollen eine attraktive Innenstadt und keine Innenstadt, die durch eine Parkhauszufahrt zerschnitten wird. Wir fragen auch, welche oberirdischen Parkplätze dann verschwinden werden. Hier möchte ich auch auf das negative Beispiel der Stadt Solothurn verweisen. Nach dem Bau des Parkhauses Berntor hat es ganze 15 Jahre gedauert, bis endlich die versprochenen Parkfelder in der Altstadt aufgehoben worden sind und das auch erst, nachdem der VCS mehrfach intervenieren müssen. Die Fraktion Grüne/Junge Alternative will wissen, welche direkten und indirekten Kosten der Steuerzahler und die Steuerzahlerin übernehmen müssen. Wer übernimmt die Kosten der gewählten Erschliessungsvariante? Wer kommt für die Verschiebung der verschiedensten Leitungen auf, die unter dem Munzingerplatz liegen? Fakt ist: Das Parkhaus Munzingerplatz ist mit Kosten von Fr. 75'000.— pro Parkplatz viermal so teuer wie das Projekt Rötzmatt. Diese Mehrkosten bezahlt jemand, und wir möchten wissen wer. Uns fehlen die entscheidenden Informationen zu diesem Projekt. Was wir bis jetzt gesehen haben, ist einfach eine Blackbox. Wir wollen nicht, dass für die Stadt Olten daraus ein schwarzes Loch wird. Deshalb stellen wir einen Rückweisungsantrag. Wir wollen vom Stadtrat auf Anfang Jahr eine genaue Vorlage. Eine klare Vorlage brauchen auch die Planungsbüros als Vorgabe, damit sie nicht für den Papierkorb produzieren. Jetzt müssen die Stadtplanung und der Stadtrat ihre Hausaufgaben machen. Sie müssen die strategischen Überlegungen treffen, denn sie müssen schliesslich auch die Verantwortung tragen. Die heiklen Punkte dürfen nicht dieser Spezialkommission delegiert werden. Wir wollen genaue Informationen zur gewählten Erschliessungsvariante. Wir wollen wissen, wie gross der tatsächliche Parkierungsbedarf ist. Wir wollen schwarz auf weiss sehen, welche Parkplätze rechtsverbindlich aufgehoben werden. Wir wollen wissen, welche direkten Kosten auf die Stadt Olten zukommen bei der Erschliessung, der Leitungsverchiebung, den Entschädigungszahlungen während der Bauzeit und einer allfälligen Heimfallentschädigung. Wir wollen auch die indirekten Kosten kennen, wenn beispielsweise auf den üblichen Baurechtzins verzichtet wird. Die Fraktion Grüne/Junge Alternative will nicht in ein paar Jahren die Suppe auslöffeln, die uns der Stadtrat heute einbrocken will.

Caroline Wernli Amoser: Grundsätzlich wäre es sicher einmal mehr einfacher, nein zu sagen. Nein, wir wollen kein Parkhaus. Ich persönlich brauche auch keines. Möglicherweise ist es sogar so, dass ein nicht unwesentlicher Teil unserer Wählerschaft kein zentrales Parkhaus braucht. Sie und wir kommen zu Fuss oder mit dem Velo gut vorwärts oder sind zumindest in der Lage, von der Schützenmatte oder eben auch von der Rötzmatt zur Innenstadt hinauf zu laufen. So gesehen brauchen wir also kein Parkhaus. Was wir aber brauchen oder zumindest unbedingt wollen, ist ein attraktiveres und vielfältigeres Ladenangebot in Olten. Die Vertreter des Oltner Gewerbes geben sich überzeugt, das Parkhaus auf dem Munzingerplatz sei absolut zwingend notwendig, um eine gute Ladendurchmischung zu erhalten bzw. Ladenschliessungen zu verhindern. Wie weit dazu ein Parkhaus notwendig ist, scheint eine Glaubensfrage zu bleiben. Abschliessend können auch wir diese Frage jedenfalls nicht beantworten. Die von uns im Vorfeld gestellten Fragen

– sie sind von der Verwaltung allen versandt worden – zeigen ein Stück weit auf, wo uns der Schuh drückt, wo unsere Unsicherheiten und Bedenken liegen. Im Wissen, dass es jetzt heute nicht um Detaildiskussion geht, fasse ich unsere Anliegen trotzdem grob zusammen. Welche Kostenfolgen kommen auf die Stadt zu? Stichwörter: Leitungsverlegungen, Anheimfall an die Stadt, Neugestaltung Munzingerplatz – ich meine damit nicht allfällige Museen – Baurechtszins und Umweltverträglichkeitsprüfung und last but not least die Rechtsverbindlichkeit in Bezug auf die oberirdisch aufzuhebenden Parkplätze. Auch hier der Hinweis: Solothurn lässt grüssen. Liest man die stadträtliche Vorlage aufmerksam, sieht man, dass auch die von uns im Voraus erwähnten Anliegen und Fragen mit dem vorgeschlagenen Vorprojekt bis zum November 2008 geklärt werden sollten. Wir schätzen es deshalb sehr, dass der Stadtrat ein seriöses und sorgfältiges Weitergehen vorschlägt mit möglichst hoher Transparenz in allen Bereichen. Wir verstehen deshalb auch nicht ganz, weshalb die Grünen beantragen, die Vorlage zurückzuweisen. Obwohl es uns natürlich bewusst ist, dass es möglicherweise einfach schwierig ist, nach aussen zu vermitteln: Wir versuchen eine differenzierte Auseinandersetzung mit dieser ganzen Thematik, auch wenn es nicht unser Lieblingsprojekt ist. Ob ein Parkhaus wirklich die Lösung ist, wie die offiziellen Stimmen des Gewerbes Olten immer und überall betonen, wissen wir letztendlich auch nicht. Es scheint uns aber nachvollziehbar: Wenn unbedingt ein Parkhaus, dann wohl am ehesten möglichst nahe am Geschehen, womit wir wieder beim Munzingerplatz wären. Ähnlich gedacht haben wahrscheinlich auch die meisten der Teilnehmer und Teilnehmerinnen der SP-Parteiversammlung, die speziell zum Parkhaus Munzingerplatz stattgefunden hat. Die Mehrheit hat das Vorgehen gemäss dem SP-Positionspapier zum Parkhaus Munzingerplatz unterstützt. Ein wesentlicher Punkt für diese Unterstützung ist dabei garantiert die Aussicht auf vermehrte oberirdische Flächen ohne Parkplätze. Ein Parkhaus ohne Streichung von oberirdischen Parkplätzen, was meines Wissens ja auch niemand beabsichtigt, würde auf mehr als auf Unmut und Unverständnis stossen. Es gibt bei uns auch Stimmen, die ein Parkhaus Munzingerplatz nur unter der Voraussetzung unterstützen könnten, wenn es direkt an die ERO angeschlossen wird. Ein weiteres Thema für die Spezialkommission. Damit verbunden sicher auch die Erhebung der verschiedenen Verkehrsströme, um über die idealen Ein- und Ausfahrten entscheiden zu können. Es gäbe noch viele Wenn und Aber. Der Stadtrat hat den einzig richtigen Weg gewählt bzw. vorgesehen. Dazu gehört eben auch die Bildung einer Spezialkommission, um die verschiedenen involvierten Kommissionen und möglichst viele Parteien und Interessensvertreter vor Ort zu haben. Wir unterstützen die stadträtliche Vorlage und sind überzeugt, dass der aufgezeigte Weg mit seriösen Abklärungen ohne Hauruckübungen mit Mitwirkungsverfahren der einzige ist, der schliesslich die Chance hat, von einer breiten Mehrheit mitgetragen zu werden, so dass sich ein allfälliges Parkhaus hoffentlich auch als der richtige Weg erweisen wird. Wir haben das Parkhaus und die Begegnungszone nicht miteinander verkoppelt. Es ist ja heute auch schon erwähnt worden. Deshalb auch hier nur soviel: Ohne Begegnungszone läuft unseres Erachtens überhaupt nichts Richtung Attraktivierung Innenstadt. Deshalb senden auch wir Zeichen aus, eine grosse Kröte anzusehen im Interesse eines vielfältigen Ladenangebots. Vielleicht noch kurz zu den Grünen: Bei den Unterlagen, die wir gehabt haben, haben wir eigentlich den Eindruck, es hätten alle Abklärungen am Schluss das Fazit gehabt, dass die Vorteile für ein Parkhaus Munzingerplatz schliesslich halt überwiegen, ob wir dies nun wollen oder nicht.

Rolf Sommer: Es ist schon sehr viel über das Parkhaus Munzingerplatz gesagt worden. Vermutlich ist es für die Stadt Olten eine der letzten Chancen, das Parkhaus zu errichten und für die Attraktivierung der Innenstadt etwas zu tun. Alle anderen Parkhäuser sind zu weit weg, und das bringt es nicht. Wir haben keinen attraktiven Gehweg von der Rötzmatt in die Innenstadt. Wir haben keinen attraktiven Weg von der Schützenmatte in die Innenstadt. Wir haben das Problem, dass dort unten zwar immer oder meistens Parkplätze frei wären, aber die Leute nicht dorthin parkieren gehen. Also unterstützen wir das Parkhaus Munzingerplatz und glauben, dass es realisiert werden kann. Das Einzige, was mich wirklich auch stört – das ist von der FdP erwähnt worden – ist die Zeitdauer. Es ist wahnsinnig lang. Wir brauchen mehr als anderthalb Jahre, um ein Projekt spruchreif ins Gemeindeparlament zu

bringen. Aber ich weiss, hier werden Abklärungen getroffen, Sicherheitsabklärungen, ob städtebaulich oder nicht städtebaulich. Ich weiss zwar nicht, was das ist. Das hat mir auch niemand definieren können. Aber es wird einfach gesagt, städtebaulich muss es so sein. Ich hoffe jedoch, wir können dieses Projekt unterstützen, und wir hoffen, dass das Gewerbe dahinter steht.

Rolf Schmid: Das Votum der VCS-Sprecherin hat bei mir etwas einen fahlen Geschmack hinterlassen. Deshalb muss ich noch kurz darauf zu sprechen kommen. Auf der einen Seite teilen wir meiner Meinung nach unsere Ziele. Wir haben es gehört: Parksuchenden Verkehr in der Innenstadt reduzieren. Auf der anderen Seite habe ich irgendwie feststellen müssen, dass sie nicht so sehr gut informiert ist, weil ich einerseits die Meinung von Caroline Wernli teile. Was die Studien sagen, ist etwas anderes als das eben Gehörte. Wir haben beispielsweise auch schon seit längerem Studien auf dem Tisch, die den Parkplatzbedarf in dieser Stadt deklarieren und aufzeigen. Das Andere ist auch, wenn ihr die sachlichen Argumente seitens des Gewerbes für das Parkhaus Munzingerplatz fehlen, muss ich sagen, dass das Gewerbe der Grünen Partei angeboten hat, dass man das Gespräch sucht, sich zusammensetzt, sich austauscht, wie man dies beispielsweise mit der SP auch gemacht hat. Dieses Angebot ist abgelehnt worden. Es ist klar, dass man, wenn man nicht in einen Dialog tritt, auch nicht alle Argumente versteht. Ich glaube, die Rückweisung ist etwas ein fadenscheiniges Manöver. Ich denke, es wäre eigentlich ehrlicher zu sagen, wenn man kein Parkhaus will, keinen Zugang zur Innenstadt schaffen will, weil man einfach gegen dies ist. Dann muss man aber auch dem Gewerbe in die Augen schauen und ihnen sagen, dass man gegen sie politisiert. Wenn das nicht der Fall ist, hätte ich eigentlich einen konstruktiveren Vorschlag erwartet als einfach dieses Geschäft zurückzuweisen.

Theo Schöni: Offensichtlich liegen halt die Grünen in dieser Frage wirklich etwas anders, auch etwas anders als die SP, die offenbar, wenn man zwei Sachen haben kann, den Kompromiss eingeht, dass man eine Begegnungszone halt will und dann ein Parkhaus auch zugesteht. Hier sind wir ganz klar der Meinung, dass wir dem so nicht zustimmen können. Wir verhehlen es nicht: Das Parkhaus im Herzen unserer kleinräumigen, verkehrsmässig schlecht zugänglichen Innenstadt braucht die Stadt nicht. Deshalb ist der Standort Munzingerplatz strategisch gesehen ein völlig falscher Ansatz. Nachdem Zuversicht besteht, den Verkehr über die ERO endlich einmal ein bisschen umlagern zu können, will man den Verkehr mit einem Parkhaus wieder in die Stadt hinein holen oder mindestens teilweise. Erlauben Sie mir, noch einmal eine Beweggründe darzulegen, damit vielleicht dem einen oder anderen oder der einen oder anderen der Entscheid für eine Rückweisung doch auch noch in den Sinn kommen könnte. Wie am Verfahren der Auswahl dieser drei Standorte bemängeln wir am meisten, dass man die drei Standorte aus den Aspekten Zugänglichkeit, Erschliessung nicht auf eine vergleichbare Ebene gebracht hat. Wir hätten eigentlich, als man dies ausgeschrieben hat, schon von allem Anfang sagen können, wenn das Kriterium Zugänglichkeit so matchentscheidend ist, wieso wird dann überhaupt eine Schützenmatte oder Rötzmatt in Erwägung ziehen. Hier hätten wir auch ohne grosse Studien sagen können, dass sie relativ weit weg liegen. Aber eben: Man hat es nicht auf das gleiche Niveau gebracht. Eigentlich – das ist ja vorher auch erwähnt worden – haben wir Grundlagen. Wir haben in diesem Parlament 2004 ein Parkraumkonzept verabschiedet. Man hätte eigentlich schon damals sagen können, wir öffnen die Schublade, nehmen die Rahmenbedingungen heraus, machen eine vernünftige Ausschreibung und gehen zielstrebig mit den potenziellen Investoren über die Realisierung diskutieren. Aber allein die Tatsache, meine Damen und Herren, dass wir nicht einmal über die Plätze, die es in diesem Parkhaus geben soll, Bescheid wissen, zeigt doch, wie unsicher diese Grundlagen sind. Wir gehen von einer Annahme von 400 Parkplätzen aus und stellen notabene fest, dass dies gleich die Grenzgrösse ist, bei der das Munzingerparkhaus noch rendieren könnte. Es ist schon seltsam. Wer trägt dann den Schaden, wenn das Parkhaus nicht rendieren würde? Ist es die Stadt, oder wer muss dies übernehmen? Der Vorwurf, dass wir wirtschafts- oder

gewerbefeindlich sind, möchte ich kurz ausräumen. Der Stadtrat wird beauftragt, einen Nachweis für den zusätzlichen Parkplatzbedarf und die Rahmenbedingungen für die Realisierung zu erbringen. Die Ermittlung des Parkplatzbedarfs ist eines der wichtigsten Kriterien für die Dimensionierung, für die Finanzierung dieses Parkfelderangebots und soll deshalb differenziert und mit aktuellen Grundlagen berechnet werden. Als Berechnungsgrundlage soll die seit anfangs 2006 gültige Schweizernorm der schweizerischen Strassen- und Verkehrsfachleute angewendet werden. Diese Norm gilt als allgemein anerkanntes Verfahren und bildet gesamtschweizerisch eine einheitliche Praxis, um diese Parkfelderangebote festzulegen. Diese richtet sich nach dem einfachen Verfahren dort, und man muss nicht innert einer Zeit, die irgendwie bei einem Jahr oder zwei Jahren liegt, diese Untersuchungen vornehmen. Das Angebot richtet sich nach der Art und Nutzung und diesen Kenngrößen, notabene nach Benutzergruppen. Benutzergruppen sind die Bewohner, Personal, Besucher und Kunden. Wir befürworten durchaus, dass Besucher und Kunden unsere Altstadt und unsere Innenstadt mit Parkplätzen sollen benützen können und Zugänglichkeit haben sollen, um einzukaufen. Aber Personal zum Beispiel, und hier spreche ich das Gewerbe auch an, gehört nicht auf Parkplätze, die in der Innenstadt liegen. Man könnte sie peripher anordnen. Wir haben auch Bewohner, die in der Innenstadt nicht unbedingt einen Parkplatz vor der Haustüre brauchen. Auch dort könnte man differenzierte Betrachtungen machen, und dies lässt die Grundlagen, die ich erwähnt habe, zu. Dann kommt die ganze Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr und dem Langsamverkehr ins Spiel. Die Erschließungsqualität ist ein Kriterium, das man diesmal ja offensichtlich ausgelassen hat und dann das Ganze mit dem vorhandenen Parkplatzbestand vergleichen zu können. Dort kommen natürlich öffentliche wie private Parkplätze zur Diskussion. Weitere Faktoren könnten sein: Das Mobilitätskonzept, das die Stadt ausarbeitet und das Parkleitsystem, das auch noch erstellt werden muss. Ich möchte nicht länger werden mit meinen Ausführungen. Sie haben wahrscheinlich realisiert: Die momentane Ausgangslage ist unzureichend. Heute kann man keine strategischen Entscheidung in Sachen innerstädtisches Parkhaus fällen. In diesem Zusammenhang lassen wir uns auch nicht den Vorwurf gefallen, dass wir Verhinderungs-politik betreiben. Sie erkennen an diesen Ausführungen leicht, dass wir diese Sache ernst nehmen, aber uns lieber an Tatsachen halten, die für jedermann und jede Frau nachvollziehbar sind, egal, ob es sich um einen Gewerbler, eine Gewerblerin, einen Kunden, eine Kundin, einen Besucher, eine Besucherin, einen Bewohner, eine Bewohnerin dieser Stadt handelt.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Das sind lange fünf Minuten gewesen. Als Einzelredner Ihr habt fünf Minuten Zeit.

Jonas Hertner: Ihr merkt, wir haben jetzt schon technische Probleme, wenn wir nur schon über das Parkhaus sprechen. Ich hoffe nicht: „Nomen est omen“. Ich möchte zuerst Caroline Wernli etwas entgegenen. Du hast gesagt, es sei zwar nicht Euer Lieblingsprojekt, aber Ihr stimmt dann gleichwohl zu und Ihr versteht unseren Rückweisungsantrag nicht. Wir machen alles und wirklich alles dafür, dass dies vielleicht noch zu unserem Lieblingsprojekt wird. Zu Rolf Schmid: Zuerst der Satz mit der VCS-Sprecherin. Das ist natürlich die (Ver-)Sprecherin der Grünen/Jungalternativen, die hier heute Abend spricht. Du hast gesagt, wir hätten den Dialog verweigert. Das ist nicht ganz wahr. Wahr ist, dass wir einfach die Einladung dankend abgelehnt haben, weil aus unserer Sicht einfach noch gar keine neuen Erkenntnisse aufgekommen sind und wir sonst immer schon lange Sitzungen haben. Du hast auch noch gesagt, dass wir eben nicht soviel dazu beitragen. Aber Anita hat hier eine sehr lange Wunschliste herunter gelesen. Wir fragen uns jetzt, wie es Theo bereits gesagt hat – er hat mir schon viel vorweg genommen, zum Beispiel: Wie viele Parkplätze werden aufgehoben, wenn dann das Parkhaus gebaut wird? Ich glaube sogar – jetzt spreche ich für mich persönlich – dass wir nicht ganz verschiedene Erwartungen haben, vor allem, was das Tempo anbelangt. Ich sehe aber, wenn ich den Zeitplan anschau, wie es vom Stadtrat vorgesehen ist, dass das Ganze das nächste Mal im Juli 2008 ins Parlament kommt. Ich

möchte aber als Mitglied des Gemeindeparlaments mitreden können. Deshalb hoffe ich, dass dies hier heute noch richtig intensiv diskutiert wird. Wir haben schon einmal unseren Anfang dazu gemacht. Das ist auch eine Aufforderung zum Dialog, Rolf.

Roland Rudolf von Rohr: Ich möchte vor allem kurz auf die grünen Voten eingehen. Sicher nicht zu lange, denn ich habe eigentlich einen recht grossen Respekt vor ihren Argumenten und respektiere auch ihre Meinung. Dass man sagt, es gebe keine sachlichen Argumente, dann scheint es mir, man halt wahrscheinlich nicht richtig zuhören wollen. Es ist ja auch gerade wieder das Beispiel von Jonas gewesen. Man ist gar nicht an eine solche Versammlung gegangen, weil es ja nach ihrer Meinung gar keine Argumente gibt. Ich denke, man muss nicht lange dafür oder dagegen diskutieren. Wenn man so dagegen ist wie Ihr, was ich respektiere, zwar nicht akzeptiere, denke ich, könnt Ihr ruhig sagen: Wir sind gegen das Parkhaus Innenstadt. Dann finde ich aber das Vorgehen falsch. In diesem Fall solltet Ihr nicht eine Rückweisung machen, sondern eine Ablehnung dieser Vorlage, denn wenn die Vorlage so zurückgewiesen wird, wie soll sie dann nachher betitelt werden? Hier heisst es : „Parkhaus Innenstadt/Weiteres Vorgehen“. Entweder lehnt man es ab und es kommt etwas ganz Neues – das könnt Ihr ja mit einem Vorstoss initiieren – aber eintreten und zurück weisen, das bringt Euch jetzt gerade gar nichts. Dann würde man ja wieder über die Innenstadt reden. Ich habe Respekt vor dieser Meinung. Ihr sagt: Nein, wir sind dagegen. Die Gründe habt Ihr erwähnt. Dann ist es so erledigt. Aber eintreten und zurück weisen erscheint mir keine ehrliche Politik.

Brigitte Kissling: Ich möchte nur ganz kurz zu Jonas anführen: Ich denke wichtig ist, dass die einzelnen Fraktionen über die Rahmenbedingungen und die noch offenen Fragen diskutieren. Dafür haben wir ja dann auch Delegierte in der Spezialkommission, die dies dort einbringen können. Meiner Meinung nach haben wir dann immer noch die Möglichkeit, wenn die Vorlage vorhanden ist und man halt mit etwas nun wirklich nicht einverstanden ist oder etwas nicht aufgenommen ist, wo die Fraktionen das Gefühl haben, es sei wichtig, einen Antrag zu stellen. Hier jetzt über Details zu diskutieren, wie Ihr dies fordert, dazu muss ich sagen, dass ich zum Teil mit dieser Situation schlichtweg überfordert bin, weil mir die Fachkenntnisse fehlen. Das würde ich gerne in der Fraktion machen, weil wir dort Fachleute haben. Mir scheint es einfach der falsche Ort, hier über solche Detailfragen zu diskutieren. Wir haben dies bei uns in der Fraktion auch angeschnitten, wo diese Fragen geklärt werden.

Anita Huber: Heute behaupten viele, dass nur der Parkplatz Munzingerplatz nahe an der Innenstadt liegt. Hier möchte ich einfach einmal in die Runde fragen, wo diese Innenstadt eigentlich genau ist. Reicht sie von der alten Brücke bis zum Schuhladen neben der Stadtkirche oder geht es bis zur Überbauung Hammer? Haben die Gewerbebetriebe in der Überbauung Hammer oder einfach in Orten, die etwas weiter weg sind vom Munzingerplatz, nicht auch das Recht darauf, dass sie zur Innenstadt gehören? Das ist eine Überlegung, die sich gerade der Gewerbeverein eigentlich auch selber machen sollte. Wenn zum vorgestellten Parkhaus Rötzmatt klar ist, welche Parkplätze aufgehoben werden, können wir ja dazu sagen. Aber das Parkhaus Munzingerplatz hat heute so viele verkehrsplanerische, städteplanerische und finanzielle Pferdefüsse, dass wir zum heutigen Zeitpunkt sicher nein sagen müssen.

Candidus Waldispühl: Wir können heute nicht ja sagen, weil eigentlich mit dem heutigen Tag ein Variantenentscheid vorgenommen wird. Dieser Variantenentscheid erscheint uns nicht begründet oder zu wenig begründet zu sein. Wir haben keine grundsätzliche Meinung, aber wir meinen, eine Variante müsste gut begründet sein. Diese Variante wird ja mit dem weiteren Vorgehen mit der heutigen Abstimmung festgelegt. Ich möchte an die Präsentation dieser Studien, den Bericht Implenia „Beurteilung der Standorte und Projektstudien“ von Herrn Michael Ringli erinnern. Dort ist die Finanzierbarkeit des Ganzen wegen der hohen Platzkosten in Frage gestellt worden. Es ist als ein Projekt mit einem relativ hohen Risiko

eingestuft worden. Die Grösse dieses Projekts ist nicht festgelegt, und die Erschliessung der ERO ist fraglich. Das sind eigentlich unsere Punkte, wo wir sagen müssen, dass sie nicht geklärt sind. Deshalb können wir jetzt nicht ja sagen.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich schlage vor, dass wir jetzt gleich über den Rückweisungsantrag der Grünen abstimmen. Wenn wir ihn annähmen, müssten wir nicht mehr in die Detailberatung gehen.

Anita Huber: Ich möchte es gerne noch einmal ausführen. Es ist nicht nur eine Wunschliste für die Grünen, sondern etwas, von dem ich denke, dass es eigentlich alle hier genauer wissen müssten, wie es funktioniert. Wir stellen Rückweisungsantrag, weil uns die wichtigen Informationen fehlen. Detaillierte Vorgaben fehlen auch dem Planungsbüro, das weiter am Projekt arbeiten sollte. Wir wollen deshalb vom Stadtrat auf Anfang Jahr eine genaue Vorlage, welche die wichtigsten Fragen beantwortet. Welche Erschliessungsvarianten gibt es? Wer bezahlt die Erschliessung? Sind auf dem Munzingerplatz Bauten geplant? Wann und welche Auswirkungen hätte dies auf das Parkhausprojekt? Wie gross muss dieses Parkhaus sein? Eine Bedarfsanalyse soll zeigen, wie viele Parkplätze es tatsächlich braucht. Diese Zahl darf nicht Wunschdenken sein oder auf groben Schätzungen beruhen, sondern sie soll auf seriösen Daten basieren und von der aktuellen Belegung der Parkplätze ausgehen. Genau wissen wollen wir, welche Parkplätze bis wann rechtsverbindlich aufgehoben werden; eine Aussicht auf Aufhebung reicht uns nicht. Auch die Parkplatzbetreiber werden keine Freude haben, wenn weiterhin oberirdische Parkplätze angeboten werden. Dann geht nämlich niemand in diese Garage. Wir wollen wissen, wann das Parkleitsystem kommt. Das ist für uns Pflicht und nicht „Nice to have“. Welche Umweltauswirkungen wird das Projekt haben, vor allem in Bezug auf Luft und Lärm? Ganz wichtig: Welche Kosten entstehen? Wird der übliche Baurechtszins erhoben? Wie teuer kommen uns die Leitungsverlagerungen zu stehen? Wie hoch ist die Erwerbsausfallentschädigung, die Ladeninhabern während der Bauzeit gezahlt werden muss? Verpflichtet sich Olten zu einer Heimfallentschädigung? Welche Kosten entstehen nach dem Heimfall? Wie teuer ist dann die Sanierung dieses Parkhauses oder gar der Abriss? Wir wollen nicht ja und Amen sagen zu allem, was uns der Stadtrat und die Spezialkommission vorsezen wollen. Wir wollen im Voraus wissen, wozu wir ja sagen. Wir vergeben uns auch nichts, wenn wir das Geschäft heute zurück weisen und dem Stadtrat den Auftrag geben, dem Parlament eine konkrete Vorlage vorzulegen.

Beschluss

Mit 6 : 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Rückweisungsantrag der Grünen abgelehnt.

Beschlussesantrag

Zu Ziffer 1:

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Frage an den Stadtrat: Ist es Euch mit Ziffer 1 im Beschlussesantrag tatsächlich ernst? Das ist ja gar kein Antrag, sondern einfach eine Feststellung, was Ihr macht.

Möchtet Ihr nicht, dass wir Euch den Auftrag geben, damit es auch korrekt ist: „Das Gemeindeparlament beauftragt...“ und nachher so weiterfahren möchtet?

Würde ihn der Stadtrat bitte reformulieren, damit es ein ordentlicher Antrag ist? Mein Vorschlag wäre: „Der Stadtrat wird beauftragt... Dann ist es ein klarer Auftrag. Ich kann mit dem anderen sonst nichts anfangen.“

Der Beschlussesantrag, Ziffer 1, würde lauten: „Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament...“ Ziffer 2 würde gestrichen, Ziffer 3 wird zu Ziffer 2, Ziffer 4 wird zu Ziffer 3 und Ziffer 5 wird zu Ziffer 4.

Theo Schöni: Zu Ziffer 1 habe ich noch die Frage, was wir nach dieser Bearbeitung im November 2008 genau auf dem Tisch haben werden. Wir haben Stichwörter wie Vorprojekt gehört. Man hat ein Stichwort Gestaltungsplan gehört. Mir ist einfach nicht ganz klar, was wir dann haben werden und worüber wir dann befinden werden. Oder hat man schon ein Projekt, das man nachher in die Ausschreibung geben kann? Ich möchte dies noch etwas präzisiert haben.

Stadträtin Silvia Forster: Wir haben dann ein Projekt, wo die Ausarbeitung für die öffentliche Ausschreibung vorbereitet und nachher gestartet werden kann. Ihr werdet im November 2008 entscheiden müssen, wo das Parkhaus erschlossen wird. Ihr werdet entscheiden müssen, welche Parkplätze aufgehoben werden. Ihr werdet entscheiden müssen, wie der Heimfall geregelt ist usw.

Theo Schöni: Ist dies in der Form eines Gestaltungsplans?

Stadträtin Silvia Forster: Nein, es ist in der Form des Gestaltungsplanentwurfs. Bevor man den Gestaltungsplan definitiv machen kann, muss man ja wissen, wo die Erschliessungen durch gehen. Diese muss ja das Parlament dann endgültig festlegen. Aber man kann einen Vorentwurf, einen Gestaltungsplansentwurf machen. Man kann die Umweltverträglichkeitsberichte zusammen mit dem Kanton soweit vorbereiten. Aber einen fertigen Gestaltungsplan kann man erst machen, wenn man weiss, wo hinein, wo hinaus, wo durch. Aber die Vorarbeiten kann man leisten.

Theo Schöni: Ich bin befriedigt, dass man nicht einfach von einem Baugesuch spricht, sondern immer noch von einem Gestaltungsplan.

Beschluss

Mit 34 : 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird dem formulierten Gesamtbeschlussesantrag als Auftrag zugestimmt.

1. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament im November 2008 gemäss dem in diesem Bericht beschriebenen Vorgehen eine Vorlage unterbreiten, zur Genehmigung des Standortes Parkhaus Munzingerplatz inklusive weiteres Vorgehen hinsichtlich Realisierung. Gleichzeitig wird der Stadtrat dem Gemeindeparlament auch die Vorlage Verkehrskonzept Innenstadt 2006 mit Begegnungszone zur Genehmigung unterbreiten.
2. Von dem vom Stadtrat zu bewilligenden Nachtragskredit für die aufwendigen Untersuchungen und Abklärungen von Fr. 280'000.00 (inkl. MwSt.) zu Gunsten der Investitionsrechnung Konto Nr. 621.501.04 wird Kenntnis genommen.
3. Die Sperrung des Investitionskonto Nr. 620.501.46 um den Betrag von Fr. 120'000 durch den Stadtrat wird zur Kenntnis genommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Finanzdirektion/Herrn Peter Kohler
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 80

Verkehrskonzept Innenstadt 2006/Grundsatzentscheid und weiteres Vorgehen

Zusammenfassung:

Unsere Innenstadt soll als regionales Einkaufs- und Dienstleistungszentrum, als Ort des kulturellen Geschehens, des Wohnens, des Arbeitens und der Begegnung aufgewertet werden. Eine richtige Antwort auch auf die Konkurrenz der peripheren Einkaufszentren.

Als wichtiger Schritt zu mehr Aufenthaltsqualität – sich in unserer Innenstadt wohl und sicher fühlen – soll eine Begegnungszone eingeführt werden. Damit wird mit der Verlangsamung des Verkehrs das Schwergewicht auf qualitative Verbesserungen gelegt, im Interesse einer erhöhten Verträglichkeit zwischen den Verkehrsteilnehmer/-innen einerseits und zwischen Verkehr und den übrigen Innenstadtnutzungen andererseits. Mit der Verlangsamung des Verkehrs wird im Zusammenspiel mit dem Verkehrsmanagement auf den Hauptverkehrsstrassen eine markante und nachhaltige Entlastung der Innenstadt vom Ost-/West-Durchgangsverkehr erreicht. Damit wird die Erreichbarkeit für den für die Innenstadt notwendigen Besucher-, Einkaufs- und Berufsverkehr verbessert. Mit der Einführung der Begegnungszone soll die Gesamtzahl der bestehenden Parkplätze grundsätzlich nicht reduziert werden – dies soll erst nach der Realisierung eines Parkhauses im noch zu definierenden Ausmass erfolgen.

Mit der Einführung der Begegnungszone soll eine schrittweise gestalterische und nutzungsmässige Aufwertung der Strassenräume und Plätze erfolgen. Für die Umsetzung dieser qualitativ hochwertigen und aufeinander abgestimmten Massnahmen bedarf es eines Gestaltungskonzeptes, das jeweils bei der Projektierung und Realisierung einzelner Massnahmen konkretisiert wird. Im Rahmen eines Studienauftrages, gemäss SIA-Ordnung 142, sollen drei eingeladene Teams (Architektur- und Landschaftsarchitekturbüros) Grundsätze und Ideen für ein Gestaltungskonzept erarbeiten. Eine kompetente Jury wird diese Arbeiten beurteilen und die Verfasser mit dem besten Konzeptansatz sollen mit der Ausarbeitung des Gestaltungskonzeptes und der Projektierung der in einer ersten Phase zur Realisierung gelangenden Gestaltungsmassnahmen betraut werden.

Die Realisierung der Begegnungszone kann nicht nur mit Signalisationsmassnahmen erfolgen, sondern es muss dafür – aufgrund eines Gestaltungskonzeptes – eine erste Etappe von gestalterischen Begleitmassnahmen im Rahmen der polizeirechtlichen Publikation aufgezeigt und zusammen mit der Einführung der Begegnungszone umgesetzt werden. Das vorerwähnte Vorgehen ist dafür zweckmässig und auch erfolgversprechend. Die Bearbeitung der Begegnungszone und diejenige der Standortbestimmung für das innerstädtische Parkhaus, werden materiell koordiniert und zeitlich

so abgestimmt, dass die beiden Geschäfte gleichzeitig im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens öffentlich diskutiert und im November 2008 dem Gemeindeparlament zur Genehmigung unterbreitet werden.

Für die Begleitung der Weiterbearbeitung wird der Stadtrat eine Spezialkommission einsetzen.

Der erforderliche Nachtragskredit für die Erarbeitung der Projektstudien und der darauffolgenden Erarbeitung des Gestaltungskonzeptes inklusive der in einer 1. Etappe zur Realisierung gelangenden Gestaltungsmassnahmen beträgt insgesamt Fr. 330'000.00 (inkl. MwSt.).

Die zuständigen Kommissionen und der Stadtrat sind überzeugt, dass mit dem vorgeschlagenen Verkehrskonzept 2006 ein wesentlicher Schritt zur Attraktivierung unserer Innenstadt realisiert werden kann. Die aktive Unterstützung der Bevölkerung und der Gewerbetreibenden sowie der Anstösser/-innen ist dabei äusserst wichtig. Aus diesem Grund legt der Stadtrat grossen Wert auf eine offene und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit und wird die durch die einzelnen Massnahmen betroffenen Gewerbetreibenden und Anstösser/-innen sowie die interessierten Verbände und Institutionen in den Entscheidungsprozess miteinbeziehen.

Im Interesse der Aufwertung und Stärkung unserer Innenstadt empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Vorlage zu unterstützen.

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

1.1 Entlastung Region Olten (ERO)

Die Entlastung Region Olten bildet ein wichtiges Rückgrat der mittel- und langfristigen Verkehrsplanung. Sie beinhaltet auf dem Gemeindegebiet der Stadt Olten die im Anhang A1 dargestellte Entlastungsstrasse mit neuer Aarebrücke. Nur mit deren Realisierung ist es möglich, die mitten durch die Innenstadt führende Hauptverkehrsachse (Solothurnerstrasse – Ziegelfeldstrasse – Bahnhofbrücke – Postplatz) vom motorisierten Individualverkehr (MIV) markant und nachhaltig zu entlasten. Dabei sind flankierende Massnahmen auf dem bestehenden Hauptverkehrsstrassennetz (Kantonsstrassen) zwingend notwendig, um den motorisierten Individualverkehr auf die Entlastungsstrasse zu verlagern und damit die gewünschte, bzw. geforderte Entlastungswirkung zu erzielen. Die flankierenden Massnahmen sind deshalb ein wichtiger, integrierender Bestandteil der ERO. Mit der ERO werden zudem die südlich von ihr gelegenen Gebiete direkt an das Hauptverkehrsstrassennetz angebunden, sodass der Verkehr zu und von diesen Gebieten nicht mehr durch die Innenstadt geführt werden muss. Die Innenstadt wird somit vom heutigen «Nord-/Süd-Durchgangsverkehr weitgehend befreit. Die ERO ist Voraussetzung für die Aktivierung der Baulandreserven Olten SüdWest und Bornfeld. Zudem wird mit der ERO, mit dem Anschluss Rötzmatt, die Innenstadt zusätzlich von Süden her direkt erschlossen, womit die Erreichbarkeit der Innenstadt grundlegend verbessert wird. Damit eröffnen sich auch neue Erschliessungsmöglichkeiten für den bestehenden Parkraum Schützenmatte bzw. für ein künftiges Parkhaus. Ein Grossteil des Besucher-, Einkaufs- und Berufsverkehrs der Innenstadt kann somit direkt ab der ERO über den Rötzmattknoten geführt werden. Dies gilt insbesondere für den Verkehr von und in Richtung Aarburg, Wangen und Starrkirch-Wil.

In Anbetracht der Projektierungs- und Realisierungszeit der ERO (Baubeginn 2008, Fertigstellung und Inbetriebnahme 2013) ist es zwingend notwendig, im Interesse der Attraktivität unserer Stadt, kurzfristige Massnahmen zur Verbesserung der gesamten Verkehrsabläufe für alle Verkehrsteilnehmer/-innen zu realisieren. Aus diesem Grund haben das Bau- und Justizdepartement und der Stadtrat von Olten entsprechende Konzepte und Massnahmen erarbeiten lassen. Im Interesse einer möglichst breiten Abstützung in der Bevölkerung wurden die Arbeiten durch eine eigens dafür eingesetzte Projektkommission mit Vertreter/-innen aus Politik, Wirtschaft und Interessenverbänden aktiv begleitet. Das daraus resultierende Verkehrskonzept Olten 2003 wurde vom Gemeindeparlament am 29. Januar 2004 genehmigt. Dieses beinhaltet das Verkehrsmanagement-Konzept auf dem Kantonsstrassennetz (Bericht vom 15. Juni 2003), die Verkehrsführung Innenstadt (Bericht vom Juni 2003), das Parkraumkonzept Olten (Bericht vom März 2003), den Bericht «Parkleitsystem Olten» (vom 30. Juni 2003) sowie das Fuss- und Veloverkehrskonzept (vom 15. November 1999).

1.2. Verkehrsmanagement auf dem Kantonsstrassennetz (VM)

Das bestehende Basis-System (Kantonsstrassennetz) ist überlastet und vermag den anfallenden Verkehr nicht zu verkraften. Dies wird während den stetig zeitlich zunehmenden Verkehrsspitzenzeiten, aber auch bei kleinsten Störungen des Verkehrssystems deutlich. Folge davon sind Rückstaus, die sich über gewisse Zeiten aufschaukeln und das System zum Erliegen bringen. Aus diesen Gründen benützen viele Autofahrer/-innen die Auswegroute über die innere Solothurnerstrasse – Kirchgasse – innere Baslerstrasse, in der Absicht, Zeit zu gewinnen. Die Innenstadt wird damit mit unnötigem Durchgangsverkehr (Fremdverkehr) be-

lastet, was sich negativ auf die Attraktivität unseres Zentrums auswirkt. Die Erreichbarkeit der Innenstadt wird für Autofahrer/-innen, welche in die Innenstadt wollen und müssen, durch diesen Fremdverkehr erschwert. Das Ziel muss also sein, den Verkehr auf dem Kantonsstrassennetz zu verflüssigen (nicht «Stop and Go»), um damit den Durchgangsverkehr konsequent auf den Hauptverkehrsstrassen zu führen und damit die Innenstadt zu entlasten.

Da die für einen reibungslosen Verkehrsablauf notwendige Reduktion der Verkehrsnachfrage bzw. des Verkehrsaufkommens nicht realistisch ist, müssen Möglichkeiten gesucht werden, wie mit dieser grossen Verkehrsmenge am besten umgegangen werden soll. Die Verkehrsingenieure und die Mitglieder der Projektorganisation waren sich nach eingehenden Analysen und Evaluationen einig, dass die formulierten Ziele nur mit einem ausgeklügelten Verkehrsmanagement erreicht werden können.

Mit dem Verkehrsmanagement wird die Verkehrsmenge bereits an den Peripherien mittels Lichtsignalanlagen so dosiert, dass im innerstädtischen Bereich nur soviel Verkehr anfällt, wie die Knotenketten auf den bestehenden Hauptverkehrsstrassen (Abfolge der Lichtsignalanlagen) verkraften können. Mit dieser Dosierung im Bereich der Pfortneranlagen wird der Verkehr auf den Hauptverkehrsstrassen verflüssigt, sodass Auswegrouten über die Innenstadt grundsätzlich unattraktiv werden. Die Innenstadt wird also damit vom West-/Ost-Durchgangsverkehr entlastet. Um eine markante und nachhaltige Entlastung der Innenstadt zu erreichen, ist es zwingend notwendig, entsprechende verkehrsplanerische Massnahmen in der Innenstadt zu realisieren, um die Entlastungswirkung des Verkehrsmanagements zusätzlich zu unterstützen bzw. zu verstärken.

Neben der Verflüssigung des Verkehrs auf dem bestehenden Hauptverkehrsstrassennetz und der Entlastung der Innenstadt bietet das Verkehrsmanagement klare Vorteile für den Bus und den Langsamverkehr.

2. Verkehrskonzept Innenstadt 2003

Das vom Gemeindeparlament am 24. Januar 2004 (Prot.-Nr. 46) verabschiedete «Verkehrskonzept Innenstadt 2003» (Anhang A2) sieht im Wesentlichen Durchfahrtsbeschränkungen in Form von Einbahnstrassen und Durchfahrtssperren (Kirchgasse) vor. Mit diesen Massnahmen kann der Ost-/West-Durchgangsverkehr in der Innenstadt, im Zusammenspiel mit dem Verkehrsmanagement, wirkungsvoll unterbunden und damit die Zielsetzung «Entlastung Innenstadt» grundsätzlich erfüllt werden. Das auf Einbahnstrassen und Durchfahrtssperren basierende Konzept hat allerdings den Nachteil, dass unerwünschte Umwegfahrten sowie Verkehrsverlagerungen die Folge sind. Die Erreichbarkeit der Innenstadt sowie die Orientierung in derselben wird erschwert. Mit dem Verkehrskonzept Innenstadt 2003 wird der motorisierte Individualverkehr nur quantitativ und nicht, wie zusätzlich erwünscht, im Interesse der Attraktivierung der Innenstadt auch qualitativ beeinflusst. Eine weitere Schwäche besteht darin, dass das Konzept nur verkehrstechnische Massnahmen vorsieht und nicht im Zusammenhang mit einer übergeordneten gestalterischen und nutzungsmässigen Aufwertung der öffentlichen Räume (Strassen und Plätze) steht.

Auf Grund all dieser Erwägungen wurde das Konzept in der Folge auf seine Zweckmässigkeit insbesondere hinsichtlich der allgemeinen Attraktivierung der Innenstadt überprüft. Der Stadtrat und die zuständigen Kommissionen kamen während diesem Prozess einhellig zum Schluss, dass ein erfolgsversprechendes «Verkehrskonzept Innenstadt» Massnahmen beibehalten muss, welche einerseits – wie bereits das Konzept 2003 – im Zusammenspiel mit dem Verkehrsmanagement das Verkehrsaufkommen in der Innenstadt (Durchgangsverkehr) markant reduzieren und sich andererseits zusätzlich auf die Verkehrsqualität (Geschwindigkeit, gegenseitige Rücksichtnahme usw.) positiv auswirken. Zusätzlich ist dabei äusserst wichtig, dass diese verkehrsplanerischen Massnahmen in ein städtebauliches Konzept eingebettet

sind, welche Massnahmen zur etappenweisen gestalterischen und nutzungsmässigen Aufwertung der öffentlichen Räume (Strassen und Plätze) beinhaltet und gleichzeitig die Zielsetzungen des Verkehrskonzeptes Innenstadt unterstützt. Diese Grundsätze bildeten die Grundlage für die Erarbeitung des «Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006».

3. Zielsetzungen für die Erarbeitung des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006

3.1 Bedeutung und Aufwertung der öffentlichen Räume

Der Stellenwert der Innenstädte hat in der Politik, der Wirtschaft und der gesamten Bevölkerung gerade in den letzten Jahren gesamtschweizerisch und auch europäisch wieder an Bedeutung gewonnen. Eine attraktive und damit lebendige Innenstadt ist Voraussetzung für die Attraktivität und die Entwicklungsmöglichkeiten der gesamten Stadt und Region.

Wir alle sind aufgefordert, unser Bewusstsein für die Qualitäten und Werte unserer Innenstadt, aber auch für deren Gefährdung zu schärfen. Die Stärkung und Attraktivierung unserer Innenstadt ist eine Daueraufgabe. Im ständigen Dialog zwischen allen Beteiligten müssen neue Lösungen und Massnahmen gefunden und realisiert werden, dass unsere Innenstadt attraktiv, lebenswert und unverwechselbar bleibt. Attraktiv und lebendig kann unsere Innenstadt nur sein, wenn sich die Menschen dort wohl und sicher fühlen. Die Lebensqualität und das Sicherheitsempfinden der Bewohner/-innen, der Besucher/-innen und der Arbeitenden unserer Innenstadt stehen in einer engen Wechselbeziehung und sind Grundvoraussetzung für ein lebendiges Stadtzentrum.

Im Wissen um die Vielfältigkeit der für eine attraktive Innenstadt erforderlichen Massnahmen und Nutzungsangebote (private und öffentliche) beschränkt sich der Stadtrat, im Zusammenhang mit dem vorliegenden Verkehrskonzept Innenstadt, auf die Bedeutung und Aufwertung der öffentlichen Räume. Die öffentlichen Räume (Strassen und Plätze) prägen massgebend das Bild und damit auch das Image unserer Innenstadt. Ihre Gestaltung ist mitverantwortlich für das Wohlbefinden und sich Sicherfühlen unserer Bewohner/-innen, Besucher/-innen und Arbeitenden. Die öffentlichen Räume decken eine Vielzahl von Funktionen und Bedürfnissen ab. Sie sind Bewegungsfläche, Aufenthaltsbereiche und automatisch immer auch Ort der Begegnung. Hier drückt sich die Lebendigkeit des «städtischen Lebens» aus. Gerade auch in Anbetracht der Konkurrenz anderer nahe gelegener Einkaufsmöglichkeiten, insbesondere auch der peripheren Einkaufszentren, muss die Innenstadt mit der Aufwertung der öffentlichen Räume eine besondere und unverwechselbare Erlebnisvielfalt bieten. Die Chancen liegen dabei in der innerstädtischen Urbanität, in der Verknüpfung von kommerziellen mit kulturellen Angeboten und mit verschiedenartigen Dienstleistungen.

3.2 Verkehrsplanerische Massnahmen

Wie bereits erwähnt, soll die Attraktivität der Innenstadt durch die Schaffung von Aufenthalts- und Begegnungsräumen gefördert werden. Die öffentlichen Räume (Strassen und Plätze) bilden dazu die nötige Infrastruktur. Um diese attraktiver gestalten zu können, muss das Miteinander zwischen den Strassenraumbenützern (motorisierter Individualverkehr, öffentlicher Verkehr und Langsamverkehr) gefördert und entsprechend neu definiert werden. Die Schaffung einer Begegnungszone bildet dazu den nötigen gesetzlichen Rückhalt. Mit der Begegnungszone wird den Fussgänger/-innen mehr Fläche zum Einkaufen und Flanieren und als Begegnungsort zur Verfügung gestellt. Auch die Dienstleistungsbetriebe (Läden, Restaurants usw.) und die kulturellen Einrichtungen sollen durch mehr zur Verfügung gestellte Flächen profitieren, um ihre Aktivitäten auf dem öffentlichen Raum erweitern zu können.

In der Begegnungszone beträgt die Höchstgeschwindigkeit 20 km/h. Die Fussgänger/-innen haben gegenüber dem Fahrzeugverkehr Vortritt. Sie können jederzeit und überall die Fahrbahn queren, dürfen jedoch die Fahrzeuge nicht unnötig behindern. Die Definition der Begegnungszone ist dem Anhang A3 zu entnehmen.

4. Verkehrskonzept Innenstadt 2006/Mitwirkungsverfahren

4.1 Eingaben

Die im Anhang A5 dargestellte Begegnungszone wurde im Rahmen von Veranstaltungen und des im März 2006 durchgeführten Mitwirkungsverfahrens zur damaligen Vorlage der Öffentlichkeit zur Diskussion und Stellungnahme vorgestellt. Während dem Mitwirkungsverfahren sind 20 Eingaben (Anregungen, Kritiken usw.) von politischen Parteien, Anwohner/-innen, Gewerbetreibenden und Verbände eingegangen.

4.2 Erwägungen zu den Eingaben (Anhang A4)

Im Anhang A4 sind die 20 Eingaben und die Erwägungen dazu kurz zusammengefasst. Nachfolgend sind nur die wesentlichsten Punkte erläutert.

Die Einführung der Begegnungszone wird mit den 20 Eingaben grundsätzlich begrüsst und unterstützt. Verschiedene Auffassungen bestehen hinsichtlich der Ausdehnung der Begegnungszone. So regen die einen eine Erweiterung der Begegnungszone (Solithurnerstrasse, Klosterplatz usw.) an, während andere eine flächenmässige Reduktion der Begegnungszone verlangen. Dazu ist zu erwähnen, dass mit der vorgeschlagenen Ausdehnung der Begegnungszone der bestehenden Nutzungssituation Rechnung getragen wird und dabei grundsätzlich alle Strassenzüge, welche bedeutende Publikumsnutzungen aufweisen, integriert sind. Von einer Ausdehnung ist aus heutiger Sicht abzusehen, da einerseits die Solothurnerstrasse nach wie vor bis zur Inbetriebnahme der ERO die Hauptzufahrt zu den südlich gelegenen Gebieten darstellt und andererseits der Klosterplatz erst auf Grund der gemachten Erfahrungen zu einem späteren Zeitpunkt in die Begegnungszone aufgenommen werden soll.

Die einen verlangen eine förderliche Umsetzung der Begegnungszone mit entsprechend qualitativen Gestaltungsmaßnahmen und gleichzeitig keine Verzögerung durch die Evaluation der Standortwahl eines künftigen Parkhauses, während andere die Einführung der Begegnungszone erst dann unterstützen, wenn der West-Ast der ERO (Zufahrt USEGO bis Knoten Rötzmatt) und das Parkhaus Munzingerplatz realisiert sind. Die Begegnungszone erst nach der Realisierung des West-Astes einzuführen wäre insofern nicht verständlich, da ja gerade das Verkehrsmanagement im Zusammenspiel mit der Begegnungszone zeitlich vorgezogene Massnahmen der ERO darstellen, mit welchen die Verkehrsverhältnisse in der Stadt Olten und insbesondere auch in der Innenstadt kurzfristig verbessert werden sollen.

Mit dem im Anhang A6 dargestellten Verkehrsregime im Bereich Ringstrasse / Ziegel­feldstrasse / Dornacherstrasse, wird ein gesicherter «Korridor» für den Langsamverkehr in die Innenstadt realisiert. Zudem kann die angestrebte Verflüssigung durch das Verkehrsmanagement auf den Hauptverkehrsstrassen durch die Reduktion der Abbiegemöglichkeiten für den motorisierten Individualverkehr unterstützt werden. Die Vertreter/-innen des Hübelischulhauses bemängeln an diesem Regime, dass die Dornacherstrasse und somit das Hübelischulhaus mit Mehrverkehr belastet werden und damit unzumutbare Verhältnisse hinsichtlich Verkehrssicherheit und Verkehrsimmissionen entstehen. Dazu ist zu bemerken, dass der Mehrverkehr sich in Grenzen hält, da die Verlagerung des Verkehrs sich nicht nur auf die Dornacherstrasse konzentriert, sondern sich auch auf die Bleichmattstrasse, die Kon-

rad-/innere Baslerstrasse und die Solothurnerstrasse verteilt. Mit der Verlangsamung auf Tempo 20 wird die Verkehrssicherheit verbessert und der Verkehrslärm markant reduziert. Der Abbruch der Stadthaus - Passerelle ist schon seit Jahrzehnten ein Thema, da bis heute, auf Grund ihrer Durchfahrtshöhe viele Lastwagen (Anlieferungsverkehr für die Dornachstrasse) mit verkehrsgefährdenden Rückfahrmanövern auf den Bereich der «Capitolkreuzung» fahren müssen (insbesondere für die schwächeren Verkehrsteilnehmer/-innen).

Von der Sperrung der Kirchgasse ist im heutigen Zeitpunkt abzusehen. Im Sinne eines pragmatischen Vorgehens sollen zuerst Erfahrungen mit der Begegnungszone gemacht werden. Die Sperrung der inneren Baslerstrasse sowie der Mühlegasse ist im heutigen Zeitpunkt nicht möglich, da sonst der gesamte Verkehr zu den südlich gelegenen Gebieten über das Nadelöhr Leberngasse geführt werden müsste. Diese Massnahmen können erst nach Inbetriebnahme der ERO realisiert werden.

Die Anliegen der Velofahrer/-innen werden im Rahmen der Weiterbearbeitung überprüft und können aus heutiger Sicht praktisch ausnahmslos erfüllt werden. Die Verkehrssicherheit wird im Rahmen der Erarbeitung des Gestaltungskonzeptes eine zentrale Rolle spielen.

Die zuständigen Kommissionen und der Stadtrat danken an dieser Stelle für die Kritiken und Anregungen und werden diese im Rahmen der weiteren Bearbeitung eingehend überprüfen und wo immer möglich und zweckmässig auch zu erfüllen versuchen. Sie sind aber der Meinung, dass sich auf Grund der Eingaben keine grundsätzlichen Änderungen am Verkehrskonzept Innenstadt 2006 aufdrängen.

5. Verkehrskonzept Innenstadt 2006

Das Verkehrskonzept Innenstadt 2006 dient übergeordnet der Attraktivierung und Stärkung unserer Innenstadt als regionales Dienstleistungs- und Einkaufszentrum und als Ort des kulturellen Geschehens, des Wohnens und der Begegnung. Es basiert grundsätzlich auf zwei Teilkonzepten, nämlich auf einem Verkehrskonzept (Begegnungszone mit entsprechender Verkehrsführung) und auf einem städtebaulichen Konzept zur etappenweisen gestalterischen und nutzungsmässigen Aufwertung der öffentlichen Räume. Diese beiden Teilkonzepte können nicht losgelöst erarbeitet, beurteilt und realisiert werden, stehen sie doch in direktem Zusammenhang und müssen deshalb als Einheit gesehen werden.

5.1 Verkehrskonzeptionelle Massnahmen (vgl. Anhang A5)

Als Basismassnahme wird eine Begegnungszone eingeführt. Damit wird das Schwergewicht auf qualitative Verbesserungen im Sinne der Förderung der Verträglichkeit der verschiedenen Verkehrsteilnehmer/-innen gelegt (Miteinander, gegenseitige Rücksichtnahme usw.). Die Verlangsamung des Verkehrs erhöht die Verkehrssicherheit und reduziert die Verkehrsemissionen (insbesondere den Verkehrslärm) des motorisierten Verkehrs zu Gunsten aller, die sich in der Innenstadt aufhalten, und insbesondere auch der Bewohner/-innen der Innenstadt. Im Weiteren wird mit dieser Verlangsamung des Verkehrs und mit der vorgeschlagenen Verkehrsführung, im Zusammenspiel mit dem Verkehrsmanagement auf den Hauptverkehrsstrassen, eine nachhaltige Reduktion des Ost-/West-Durchgangsverkehrs erzielt. Es kann davon ausgegangen werden, dass Autofahrer/-innen, welche nicht die Innenstadt als Ziel ihrer Fahrt haben, sondern die Stadt durchfahren wollen, nicht mehr wie heute die innere Solothurnerstrasse – Kirchgasse – innere Baslerstrasse – Handelshofkreuzung als Auswegroute benützen werden, da sie durch die Massnahmen auf dem Hauptverkehrsstrassennetz und in der Innenstadt keinen «Zeitgewinn» erzielen, sondern mit «Zeitverlust» rechnen müssen. Die Durchfahrt durch die Innenstadt wird somit unattraktiv.

Mit der Entlastung der Innenstadt vom West-/Ost-Durchgangsverkehr wird die Erreichbarkeit für den für die Innenstadt wichtigen Besucher-, Einkaufs- und Berufsverkehr verbessert bzw. erleichtert.

Die Erschliessung der südlich der Innenstadt gelegenen Gebiete, insbesondere auch des Parkraums Schützenmatt/Rötzmatt, muss bis zur Inbetriebnahme der Entlastungsstrasse weiterhin durch die Innenstadt geführt werden. Auf Grund der unterschiedlichen Nutzungsanforderungen soll die Route Ziegelackerstrasse – innere Solothurnerstrasse – Leberngasse als primäre Verbindung behandelt werden und kann deshalb zum heutigen Zeitpunkt nicht in die Begegnungszone integriert werden. Durch entsprechende Wegweisungen soll diese Route vor allem auch den Schwerverkehr übernehmen. Die Verbindung über die innere Baslerstrasse – Mühlegasse zum Teil als integrierender Bestandteil der Begegnungszone ist weiterhin möglich. Auf dieser Achse wird jedoch der Funktion als Aufenthalts- und Begegnungsraum Priorität eingeräumt. Dies insbesondere auch im Interesse einer besseren gegenseitigen Anbindung der Altstadt und der Innenstadt.

Die Ausdehnung der Begegnungszone trägt der bestehenden Nutzungssituation Rechnung und umfasst alle Strassenzüge, welche bereits heute bedeutende Publikumsnutzungen aufweisen und an welchen die Ansiedlung zusätzlicher Publikumsnutzungen wünschenswert ist. Bei der ebenfalls in die Begegnungszone integrierten Altstadt bleiben die heute geltenden Zufahrtsbeschränkungen weiterhin in Kraft.

Nachfolgend werden die massgebenden Änderungen gegenüber dem heutigen Verkehrsregime aufgezeigt. Das vorgeschlagene Verkehrsregime wird im Rahmen der weiteren Bearbeitung des Parkhauses Munzingerplatz und insbesondere dessen Erschliessung überprüft und wo nötig angepasst.

A)

Im Zusammenhang mit der Einführung der Begegnungszone entsteht der Handlungsbedarf, die Strassen und Knoten funktionsgerecht auszugestalten, also auf das spezifische Erscheinungsbild einer Begegnungszone auszurichten. Damit sollen das angestrebte Verkehrsverhalten erreicht und die Verkehrssicherheit gewährleistet werden. Die dazu erforderlichen weiteren Planungsschritte im Rahmen eines zweckmässigen Vorgehens sind unter Ziffer 5.2 erläutert.

B)

Die Durchfahrt zwischen Munzingerplatz und Kirchgasse wird für den motorisierten Verkehr unterbunden. Im Gegenzug wird die Ausfahrt vom Munzingerplatz über die Konradstrasse Richtung Baslerstrasse neu zugelassen. Damit wird die Erreichbarkeit des Munzingerplatzes nicht geschmälert. Dies bedingt die Aufhebung der Längsparkierung (4–5 Parkplätze) entlang der Konradstrasse im Bereich der Stadtkirche. Damit kann die Konradstrasse durchgehend in beiden Richtungen befahren werden.

C)

Ein wichtiges Anliegen im Rahmen des Verkehrsmanagements auf den Hauptverkehrsstrassen, stellt die Langsamverkehrsquerung im Bereich Ringstrasse – Dornacherstrasse dar. Damit soll eine Alternative zur Verbindung über die Handelshofkreuzung geschaffen werden. Die Ausgestaltung des Knotenbereichs Ziegelfeldstrasse/Ringstrasse/Dornacherstrasse soll diesem Umstand Rechnung tragen und eine attraktive Querung ermöglichen. Mit der Aufhebung der Fahrbeziehung zwischen der Ringstrasse und dem Knoten Handelshof für den motorisierten Verkehr, kann der gewünschte «Korridor» für den Langsamverkehr realisiert werden. Die Möglichkeit des Rechtsabbiegens aus der Ringstrasse Richtung Dornacherstrasse, sowie des Linksabbiegens von der Handelshofkreuzung in die Dornacherstrasse bleiben erhalten.

Mit dem vorgeschlagenen Regime am Knoten Ziegelfeldstrasse/Ringstrasse/Dornacherstrasse entsteht im nördlichen Teilbereich der Ringstrasse (Abschnitt Hübelstrasse bis Café Ring) grundsätzlich die Möglichkeit zu einem beschränkten Rückbau bzw. für eine Umnutzung der «gewonnenen Strassenfläche» (z. B. auch für die Erstellung von zusätzlichen Kurzzeitparkfelder). Die verschiedenen Möglichkeiten werden im Rahmen der weitergehenden Planungsarbeiten, unter Einbezug der direkt betroffenen Anstösser/-innen, konkretisiert.

Die Regimeänderung erfordert auch den Abbruch der Stadthauspasserelle. Diese stand abgesehen von der vorgeschlagenen Regimeänderung seit mehr als 10 Jahren zur Diskussion, da im Rahmen der Anlieferung Lastwagen auf Grund der beschränkten Durchfahrtshöhe im Bereich der Stadthauspasserelle gezwungen sind, wieder rückwärts in das Hauptverkehrsstrassennetz einzubiegen.

Es ist unbestritten, dass die im Zusammenhang mit dem Verkehrsmanagement vorgeschlagene Regimebeschränkung zu einer Verlagerung des Verkehrs auf die anderen Anbindungen der Innenstadt an die Hauptachse führt, insbesondere auf die Bleichmattstrasse, die innere Solothurnerstrasse und die Konrad-/innere Baslerstrasse.

D)

Der Knoten beim Einkaufszentrum Hammer (Solothurnerstrasse/Ringstrasse/Hammerallee) wird als wichtiger Zugang für den Fuss- und Veloverkehr neu und sicherer gestaltet. Damit soll eine bessere Vernetzung der Hammerallee mit der Innenstadt erreicht werden.

E)

Wie bereits unter C erwähnt, muss die Stadthaus-Passerelle um die Durchfahrtsbehinderung für die Anlieferung beseitigt werden (Höhenbeschränkung 3.35 m). Rückfahrmanöver von Lastwagen auf das Hauptstrassennetz mit Gefährdung des übrigen Verkehrs und insbesondere der schwächeren Verkehrsteilnehmer/-innen sind damit nicht mehr nötig.

F)

Auf Einbahnstrassen im Innenstadtbereich wird der Veloverkehr grundsätzlich im Gegenverkehr zugelassen. Innerhalb der geplanten Begegnungszone betrifft dies den südlichen Teil der Hübelstrasse und der «inneren» Dornacherstrasse.

G)

Auf der inneren Solothurnerstrasse werden, so weit es die Platzverhältnisse erlauben, Radstreifen für mehr Verkehrssicherheit markiert. Dabei wird die Solothurnerstrasse zu einer Kernfahrbahn umgestaltet. Bei einer Kernfahrbahn werden beidseitig der Fahrbahn Radstreifen markiert, jedoch keine Mittellinie. Dadurch fahren Motorfahrzeuglenker/-innen eher in der Mitte der Strasse und verhalten sich dadurch vorsichtiger. Velofahrer/-innen erhalten einen sicheren Fahrraum.

Das Verkehrskonzept Innenstadt 2006 ist auf die heutigen notwendigen Verkehrsbeziehungen ausgerichtet. Mit der Inbetriebnahme der Entlastungsstrasse wird ein Grossteil des West-/Ostverkehrs in Olten auf diese neue Achse umgelagert. Neben der direkten Erschliessung der südlich gelegenen Gebiete (Steinacker, Kleinholz, Sportanlagen, Rötzmatt sowie die Entwicklungsgebiete Olten SüdWest und Bornfeld) wird auch die Innenstadt zusätzlich von Süden her über den Knoten Rötzmatt via Rötzmattunterführung direkt ab der Entlastungsstrasse erschlossen. Durch die Entlastung des bestehenden Basisnetzes entfällt der Verkehrsdruck auf die Innentstadtdurchfahrt in West-/Ostrichtung weitgehend. Ebenfalls wird der Nord-/Süd-Durchdringungsverkehr durch die Innenstadt mit der direkten Anbindung der südlich gelegenen Gebiete an die Entlastungsstrasse drastisch reduziert.

Auf Grund der sich mit der Inbetriebnahme der Entlastungsstrasse ändernden und zum Teil nicht mehr notwendigen Verkehrsbeziehungen ist es nicht nur zweckmässig, sondern notwendig, bereits heute mögliche Weiterentwicklungen des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 aufzuzeigen. Dabei wäre z. B. die Sperrung der Kirchgasse und der inneren Baslerstrasse bis zur Einmündung Konradstrasse sowie der Mühlegasse vom motorisierten Individualverkehr möglich (ausgenommen Bus und Zubringerdienst). Gleichzeitig wäre auch eine Ausdehnung der Begegnungszone im Bereich der inneren Solothurnerstrasse und allenfalls der Hammerallee denkbar. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Hammerallee mit der geplanten Fuss- und Veloverbindung unter dem Bahnhof Olten Hammer und über die ERO ein wichtiges Bindeglied zum künftig entstehenden Quartier Olten SüdWest darstellt.

Diese im Anhang 7 dargestellten möglichen Massnahmen nach Inbetriebnahme der Entlastungsstrasse sind nicht Gegenstand des zur Diskussion stehenden Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006. Es ist dabei auch festzuhalten, dass auf Grund der gemachten Erfahrungen mit dem Verkehrskonzept Innenstadt 2006, im Sinne einer rollenden Planung und der sich ändernden Auffassungen, diese künftig möglichen Massnahmen überprüft und verifiziert werden müssen.

5.2 Gestalterische Massnahmen / Studienaufträge

Wie unter Ziffer 3.1 bereits ausführlich erwähnt, ist im Rahmen der Realisierung der Begegnungszone die gestalterische und nutzungsmässige Aufwertung der öffentlichen Räume (Strassen und Plätze) von eminenter Bedeutung. Damit soll die Innenstadt gestärkt werden und ein Gegengewicht zu den peripheren Zentren bilden. Die Chancen werden in der innerstädtischen Urbanität, in der Verknüpfung von kommerziellen mit kulturellen Angeboten und mit verschiedenartigen Dienstleistungen gesehen.

Mit der Einführung der Begegnungszone soll eine schrittweise Aufwertung der Plätze und Strassen erfolgen. Die Massnahmen sollen etappenweise und auf die Finanzplanung der Stadt sowie die Strassen- und Kanalisationssanierungsarbeiten ausgerichtet erfolgen. Bereits mit der Einführung der Begegnungszone sollen/müssen erste bauliche und gestalterische Massnahmen umgesetzt werden. Diese Massnahmen dienen auch als Begleitmassnahmen, um das angestrebte Verkehrsverhalten in der Begegnungszone (Tempo 20, Vortritt des Fussverkehrs) wirkungsvoll zu unterstützen. Damit soll die Verträglichkeit zwischen den Verkehrsteilnehmer/-innen einerseits und zwischen Verkehr und den übrigen Innenstadtnutzungen andererseits erhöht werden.

Grundlage bildet ein Gestaltungskonzept, das jeweils bei der Projektierung einzelner Massnahmen konkretisiert werden kann. Dies bildet die Basis für die schrittweise Realisierung der verschiedenen Projekte. Die gestalterischen Massnahmen zur Aufwertung der öffentlichen Räume konzentrieren sich vor allem auf die Innenstadt und nur sekundär auf die Altstadt, da diese in ihrer Erscheinungsform den Anforderungen einer Begegnungszone entspricht.

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile kamen die externen und internen Fachleute einhellig zum Schluss, dass für die vorliegende Aufgabe der Studienauftrag gemäss SIA-Ordnung 142 das zweckmässigste Instrument darstellt. Mit dem Studienauftrag kann mit relativ kleinem Aufwand ein kompetentes Team für die anschliessende Ausarbeitung des Gestaltungskonzeptes und der Projektierungen beauftragt werden. Gegenüber dem Projektwettbewerb ermöglicht der Studienauftrag ein offenes Verfahren, bei welchem auch Zwischenbesprechungen erfolgen können. Mit dem für die Ausarbeitung des Gestaltungskonzeptes und der Projektierungen beauftragten Team kann offen verhandelt und diskutiert werden. Insbesondere ist auch der erwünschte Einbezug der Kommissionen und der durch die Gestaltungsmassnahmen direkt Betroffenen sowie der Bevölkerung möglich.

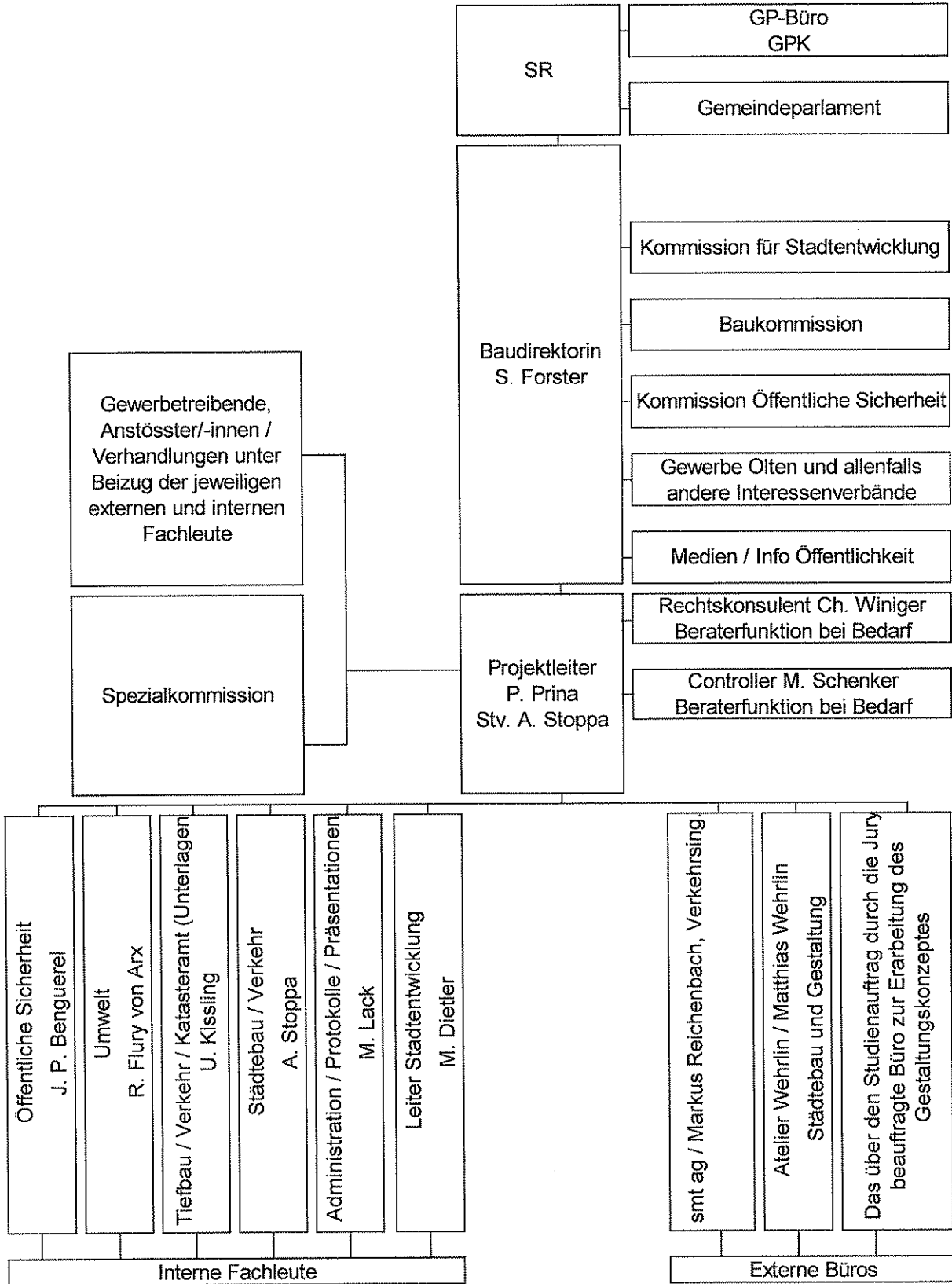
Im Rahmen von Studienaufträgen sollen drei Teams konzeptionelle Ansätze für ein Gestaltungskonzept erarbeiten. Grundlage für dieses Verfahren bilden die SIA-Ordnung 142 und das Submissionsgesetz des Kantons Solothurn. Das Programm zur Durchführung der Studienaufträge liegt im Entwurf vor. Dieses wird aber bewusst nicht im Anhang aufgeführt, da auf Grund der öffentlich geführten Parlamentssitzung Architektur- und Landschaftsarchitekturbüros sich allenfalls dadurch einen Wissensvorsprung verschaffen können (Beschwerdemöglichkeit bei der Durchführung der Projektstudien).

Ein noch zu bestimmendes, kompetentes Beurteilungsgremium wird nach definierten Kriterien die Arbeiten der drei Teams bewerten und die Verfasser mit dem besten Konzeptansatz sollen mit der Ausarbeitung des Gestaltungskonzeptes betraut werden. Die Ausarbeitung des Gestaltungskonzeptes erfolgt in enger Zusammenarbeit mit der Spezialkommission und den direkt betroffenen Gewerbetreibenden und Anstösser/-innen. Der Stadtrat legt dabei grössten Wert auf eine umfassende und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit.

6. Verkehrskonzept 2006 mit Begegnungszone im Zusammenspiel mit dem Parkhaus Munzingerplatz

Die Weiterbearbeitung des Konzeptes Innenstadt bzgl. der Verkehrsführung und der Massnahmen zur nutzungsmässigen und gestalterischen Aufwertung der öffentlichen Räume, wird mit der Weiterbearbeitung des Parkhauses Munzingerplatz koordiniert. Es ist die Absicht des Stadtrates – gemäss den Intentionen des Gemeindeparlamentes – die beiden Vorlagen gleichzeitig im Mitwirkungsverfahren der Öffentlichkeit zur Diskussion zu stellen und im November 2008 dem Gemeindeparlament zur Genehmigung zu unterbreiten. Dies bedeutet, dass der Auftrag an die drei Teams für die Erarbeitung von konzeptionellen Ideen, losgelöst von der Bearbeitung des Parkhauses Munzingerplatz im Interesse eines effizienten Vorgehens erfolgen kann. Das Team mit den besten Vorschlägen, welches von der Jury für die Weiterbearbeitung vorgeschlagen wird, wird aber erst mit der Erarbeitung des Gestaltungskonzeptes und der in einer ersten Etappe zu realisierenden Massnahmen beauftragt, wenn die «Bestvariante» der Erschliessung des Parkhauses Munzingerplatz und die damit verbundene Verkehrsführung feststeht. Damit wird ein zielgerichtetes und rasches Vorgehen gewährleistet.

7. Projektorganisation



Der Projektleiter koordiniert sämtliche Arbeiten und ist verantwortlich für die Qualitätssicherung, Kosten- und Termineinhaltung. Zu diesem Zweck hat er ein Weisungsrecht. Er lädt die Arbeitsgruppe (verwaltungsinterne Vertreter/-innen und externe Büros) rechtzeitig zu den Sitzungen mit Traktandenliste sowie zu verschiedenen erforderlichen Koordinationssitzungen ein und präsidiert diese.

Für die erste Phase «Begleitung und Beurteilung der Projektstudien» wird der Stadtrat eine kompetente Jury einsetzen.

Für die zweite Phase «Erarbeitung des Gestaltungskonzeptes» wird der Stadtrat im Interesse einer breiteren politischen Abstützung eine Spezialkommission für die Begleitung des Projektablaufes einsetzen. Die Spezialkommission setzt sich zusammen aus je einem/einer Vertreter/in der Geschäftsprüfungskommission, der im Parlament vertretenen Parteien (Parlamentarier/in), der Kommission für Stadtentwicklung, der Baukommission und der Kommission für öffentliche Sicherheit. Die Spezialkommission konstituiert sich selbst. Die Spezialkommission begleitet auch die Weiterbearbeitung des «Parkhauses Munzingerplatz» (vergleiche dazu Bericht & Antrag «Parkhaus Innenstadt / Weiteres Vorgehen / Nachtragskredit» auf Seite 17).

Über sämtliche Sitzungen wird ein Protokoll verfasst. Einladungen und Protokolle werden den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, den externen Büros, dem Stadtrat, dem Leiter Stadtentwicklung, dem Rechtskonsulenten und dem Controller zugestellt. Der Projektleiter informiert die Baudirektorin laufend über den Stand der Arbeiten und verfasst sämtliche Berichte an die Kommissionen, den Stadtrat, das Gemeindeparlament, die Medien usw.

8. Projektablauf/Terminplan/Geschäftskontrolle

Termine		Tätigkeiten/Informationen/Entscheide	Geschäftskontrolle Kommentare
Anfang	Ende		
Montag, 29.06.2007		1. Lesung Stadtrat	
Montag, 04.06.2007		Stadtrat genehmigt Vorlage z. Hd. des Gemeindeparlamentes.	
Dienstag, 05.06.2007	Freitag, 29.06.2007	Anfragen der 3 Teams und der Jurymitglieder unter Vorbehalt des GP-Entscheidendes	
Dienstag, 19.06.2007		Geschäftsprüfungskommission behandelt Vorlage zusammen mit der Vorlage Parkhaus Innenstadt.	
Donnerstag, 28.06.2007		Gemeindeparlament behandelt Vorlage zusammen mit der Vorlage Parkhaus Innenstadt.	
Juni 2007	Juli 2007	Anfrage der Mitglieder für Spezialkommission «Verkehrskonzept Innenstadt 2006» und «Parkhaus Innenstadt».	
Juli 2007		Stadtrat bestimmt die Jurymitglieder und die 3 Teams für die Studienaufträge und setzt gleichzeitig die Spezialkommission ein.	
Juli 2007		1. Jurysitzung (1/2 Tag): Bereinigung und Genehmigung des Programms für die Studienaufträge und Festlegung der Termine für die Zwischenbesprechung und Juryierung	
Juli 2007		Auftragserteilung an die 3 Teams, Abgabe der Unterlagen und des Programms.	

August 2007	Oktober 2007	Bearbeitung der Studienaufträge durch die 3 Teams.	
September 2007		2. Jurysitzung (1/2 Tag): Zwischenpräsentation durch die 3 Teams und Fragenbeantwortung.	
September 2007	Oktober 2007	Erarbeitung des Programms für die Konzepterarbeitung und Massnahmen und provisorische Genehmigung durch den Stadtrat.	
Ende Oktober 2007		3. Jurysitzung (ganzer Tag): Abgabe und Präsentation der Arbeiten durch die 3 Teams mit anschliessender Juryierung.	
November 2007		Allfällig notwendige Überarbeitung des Programms (Auftragsinhalt) für Konzepterarbeitung an das von der Jury vorgeschlagene Team.	
November 2007		1. Sitzung Spezialkommission: Verabschiedung des Programms und Festlegen des Vorgehens und der Sitzungstermine	Konstituierung bereits anfangs August 2007 (vgl. Terminprogramm Parkhaus Munzingerplatz)
Dezember 2007		Stadtrat genehmigt das Programm (Leistungsauftrag) und erteilt den Auftrag an das von der Jury empfohlene Team.	
Januar 2008	April 2008	Erarbeitung des Gestaltungskonzeptes und der für die Einführung der Begegnungszone notwendigen Gestaltungsmassnahmen durch das Team, mit 2 bis 3 Sitzungen mit der Spezialkommission.	In Koordination mit Parkhaus Munzingerplatz
Ende April 2008		Abgabe des Gestaltungskonzeptes und der in einer 1. Phase zu realisierenden Gestaltungsmassnahmen; Präsentation durch Team (Spezialkommission, Projektorganisation).	
Mai 2008		Stadtrat behandelt das Gestaltungskonzept und die in einer 1. Phase zu realisierenden Massnahmen und beschliesst die Freigabe zur Mitwirkung. Gleichzeitig wird auch das Parkhaus Munzingerplatz mit entsprechender Erschliessung zur Mitwirkung freigegeben.	
April 2008	Mai 2008	Vorbereitung Mitwirkungsverfahren und Ausstellungskonzept	
Juni 2008		Mitwirkungsverfahren	
Juli 2008	August 2008	Behandlung der Eingaben im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens und allfällig notwendige Überarbeitung bzw. Ergänzung des Verkehrskonzepts 2006 mit Begegnungszone und Ausarbeitung der Vorlage.	In Koordination mit Parkhaus Munzingerplatz.
August 2008		Stellungnahme der Spezialkommission zu den Vorlagen Verkehrskonzept Innenstadt 2006 und Parkhaus Munzingerplatz.	
September 2008		Genehmigung der Vorlagen Verkehrskonzept 2006 und Parkhaus Munzingerplatz durch den Stadtrat z. H. des Gemeindeparlamentes.	
November 2008		Geschäftsprüfungskommission	
November 2008		Gemeindeparlament	

November/ Dezember 2008		Ausschreibung des Verkehrskonzeptes 2006 mit Begegnungszone im Rahmen des polizeirechtlichen Verfahrens.	
Dezember 2008 / Januar 2009		Sofern keine Einsprachen, Genehmigung der Begegnungszone durch den Stadtrat.	
Januar 2009	-----	Einführung der Begegnungszone und Realisierung der 1. Etappe der Gestaltungsmaßnahmen.	

9. Kosten

9.1 Kosten (inkl. MwSt.) für Phase «Projektstudien»

Die Kosten für die Erarbeitung und Beurteilung der Projektstudien präsentieren sich wie folgt:

- Überarbeitung des Programms, Grundlagenbeschaffung	Fr. 12'000.00
- Honorare für die drei Teams (pro Team Fr. 20'000.00)	Fr. 60'000.00
- Honorare Juryierung	Fr. 15'000.00
- Ausarbeitung Bericht und kleine Ausstellung	Fr. 8'000.00
- Reserve	Fr. 15'000.00
- Total (inklusive MwSt.)	Fr. 110'000.00

9.2 Kosten (inkl. MwSt.) für die Phase «Erarbeitung Gestaltungskonzept mit entsprechenden Projektierungen»

Die Kosten für die Erarbeitung des Gestaltungskonzeptes inklusive Projektierungen präsentieren sich wie folgt:

- Honorar für Erarbeitung Gestaltungskonzept mit entsprechenden Projektierungen, inklusive sämtlicher Sitzungsteilnahmen und Besprechungen sowie Präsentationen (PowerPoint-Präsentation)	Fr. 150'000.00
- Begleitung durch externe Büros, Verkehrsingenieur und Städtebau	Fr. 15'000.00
- Sitzungsgelder Spezialkommission	Fr. 3'000.00
- Unterlagen für Kommissionen, Stadtrat und Gemeindeparlament	Fr. 10'000.00
- Ausstellung und Öffentlichkeitsarbeit, Mitwirkungsverfahren	Fr. 20'000.00
- Reserven	Fr. 22'000.00
Total (inklusive MwSt.)	Fr. 220'000.00

9.3 Kompatibilität der Investitionen mit dem Investitions- und Finanzplan 2007 - 2013

Im Investitions- und Finanzplan 2007-2013 sind die nachfolgenden Investitionen vorgesehen:

(Für das Jahr 2006)	Fr. 20'000.00
Für das Jahr 2007	Fr. 290'000.00
Für das Jahr 2008	Fr. 500'000.00
Für das Jahr 2009	Fr. 500'000.00

Die Investitionen werden sich auf Grund der Rückweisung der Vorlage «Verkehrskonzept Innenstadt 2006» durch das Gemeindeparlament am 27. September 2006 um ca. ¾ Jahre verschieben.

Im November 2008 wird dem Gemeindeparlament eine Vorlage zur Genehmigung des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 mit Begegnungszone, des Gestaltungskonzeptes und der für die erste Realisierungsphase im Rahmen der Einführung der Begegnungszone notwendigen Gestaltungsmassnahmen sowie die dafür notwendigen Kredite unterbreitet.

10. Stellungnahmen der Kommissionen

Da der Inhalt des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 sowie das vorgeschlagene weitere Vorgehen mit der vom Gemeindeparlament am 27. September 2006 zurückgewiesenen Vorlage übereinstimmt, stützt sich der Stadtrat auf die früheren Stellungnahmen nachfolgenden Kommissionen ab.

10.1 Kommission für Stadtentwicklung

Die Kommission für Stadtentwicklung hat das Verkehrskonzept 2006 am 12. Januar 2006 und am 17. August 2006 eingehend behandelt und begrüsst die Einführung der Begegnungszone. Sie legt grossen Wert darauf, dass die gestalterischen Massnahmen von hoher Qualität sind.

10.2 Kommission für öffentliche Sicherheit

Die Kommission für öffentliche Sicherheit hat am 16. Januar 2006 und am 14. August 2006 das Verkehrskonzept 2006 eingehend behandelt und empfiehlt dem Stadtrat die Begegnungszone zu realisieren.

11. Flankierende Massnahmen zur ERO

Im Rahmen der Beantwortung der kleinen Anfrage von Anita Huber (Fraktion Grüne / Junge Alternative) betreffend flankierende Massnahmen zur ERO auf kommunalen Strassen hat der Stadtrat zur Thematik eingehend Stellung genommen.

Der Stadtrat hat die Auffassung, dass mit der Sperrung der Kirchgasse die im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der ERO erforderlichen, flankierenden Massnahmen zur ERO im Sinne der Botschaft des Regierungsrates vom 14.08.2001 und des kantonsrätlichen Beschlusses vom 31.10.2001 erfüllt werden. Mit der Sperrung der Kirchgasse wird die mit der ERO verbundene Zielsetzung, nämlich die Entlastung der Innenstadt vom Ost-West Durchgangsverkehr, massgebend unterstützt. Der Stadtrat ist in der politischen Pflicht, diese Massnahme im Rahmen eines polizeirechtlichen Verfahrens rechtlich verbindlich festzulegen, so dass mit der Inbetriebnahme der ERO im Jahr 2013 die Kirchgasse unverzüglich gesperrt werden kann. Die Durchführung des polizeirechtlichen Verfahrens und die Einführung der Sperrung der Kirchgasse nach Inbetriebnahme der ERO liegt gemäss Polizeiverordnung in der Kompetenz des Stadtrates. Auch in der Kompetenz des Stadtrates liegt der dafür erforderliche Kredit.

Der Stadtrat wird die erforderliche polizeirechtliche Ausschreibung nach der Sitzung des Gemeindeparlamentes vom 28. Juni 2007 raschmöglichst vornehmen, um eine Verzögerung oder allenfalls Gefährdung der Realisierung der ERO zu verhindern. Gemäss Kantonsrats-

beschluss vom 31.10.2001 kann nämlich der Regierungsrat die erforderlichen Kredite für den Bau der ERO erst frei geben, wenn die jeweiligen Umbau- und flankierenden Massnahmen auf den Kantons- und Gemeindestrassen rechtlich verbindlich festgelegt und finanziell gesichert sind. In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass das Bundesamt für Strassen (ASTRA) mit Brief vom 10. April 2007 dem Regierungsrat des Kantons Solothurn mitteilt, dass mit der Ausführung des Projektes ERO zwingend vor dem 1. Januar 2009 begonnen werden muss, sonst verfällt der Anspruch auf den Bundesbeitrag von Fr. 128 Mio.

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass mit der planungsrechtlichen und finanziellen Sicherstellung der Sperrung der Kirchgasse wohl die Minimalanforderung hinsichtlich der flankierenden Massnahmen zur ERO erfüllt werden. Hingegen vermag diese – rechtlich notwendige – Massnahme losgelöst nicht zu befriedigen und der Stadtrat wird alles daran setzen, die Sperrung der Kirchgasse im Rahmen der Weiterbearbeitung des Verkehrskonzeptes 2006 mit Begegnungszone sinnvoll in dieses zu integrieren.

12. Schlussbemerkung

Die zuständigen Kommissionen und der Stadtrat sind überzeugt, dass mit der Realisierung des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 (Begegnungszone) und der damit verbundenen gestalterischen und nutzungsmässigen Aufwertung der öffentlichen Räume die Innenstadt an Attraktivität gewinnt. Dabei handelt es sich nicht um eine einmalige Handlung, sondern um einen Prozess, der unter Einbezug sämtlicher Betroffener ständig fortgeführt werden muss. Der Erfolg wird im gewünschten Ausmass nur dann erreicht, wenn die Gewerbetreibenden, die Bewohner/-innen der Innenstadt und die gesamte Bevölkerung sich aktiv beteiligen. Der Stadtrat fordert alle an der Attraktivierung unserer Innenstadt Interessierten deshalb auf, sich aktiv zu beteiligen und Ihre Ideen und Anliegen einzubringen.

Der Stadtrat ist ebenfalls überzeugt, dass das vorgeschlagene Vorgehen zweckmässig ist und mit der materiellen Koordination und der zeitlichen Abstimmung der beiden Geschäfte «Verkehrskonzept Innenstadt 2006» und «Parkhaus Munzingerplatz» den Absichten bzw. Forderungen des Gemeindeparlamentes entsprochen wird.

Beschlussesantrag:

1. Der Stadtrat wird dem Gemeindeparlament im November 2008 gemäss dem in diesem Bericht beschriebenen Vorgehen eine Vorlage unterbreiten, zur Genehmigung des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 mit Begegnungszone, des Gestaltungskonzeptes zur Aufwertung der öffentlichen Räume und zur Bewilligung des Kredites für die Realisierung einer ersten Etappe der gestalterischen Massnahme. Gleichzeitig wird der Stadtrat dem Gemeindeparlament auch die Vorlage für die definitive Standortbestimmung Parkhaus Munzingerplatz unterbreiten.
2. Dem unter Ziffer 1 dieses Antrages festgelegten Vorgehen wird zugestimmt.
3. Von dem vom Stadtrat zu bewilligenden Nachtragskredit (gemäss Ziffer 9.1 dieses Berichtes) von Fr. 330'000.00 (inklusive MwSt.) zu Gunsten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 790.501.17, wird Kenntnis genommen.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Rudolf Moor: Das Verkehrskonzept Innenstadt ist der GPK noch einmal vorgestellt worden, obwohl ja im Prinzip der Inhalt dieses Konzepts weitgehend bekannt ist. Man muss hier immer wieder daran denken, dass das Verkehrskonzept Innenstadt unter anderem auch die bereits beschlossene Sperrung der Kirchgasse ersetzt, die ja im Parlament beschlossen worden ist. Es hat in der GPK einige Diskussionen über die Grenze der Zonen gegeben. Einige hätten diese Zonen lieber noch etwas grösser gehabt und andere lieber etwas kleiner. Die GPK hat aber dem Beschlussesantrag einstimmig zugestimmt und erwartet, dass der Stadtrat im November 2008 zusammen mit der Vorlage für das Parkhaus eine entsprechende Vorlage vorlegt. Die GPK hat auch eindeutig dem Nachtragskredit, der vom Stadtrat beantragt ist, zugestimmt.

Stadträtin Silvia Forster: Es ist eigentlich der zweite Teil, wenn man auch wieder das oberste Ziel, die Stärkung der Innenstadt, der Stadt überhaupt im Auge behalten will. Es geht hier um die Begegnungszone, ein Geschäft, das wir bereits 2006 einmal im Parlament gehabt haben, und der Bericht und Antrag ist mit dem Parkhaus ergänzt worden und ist auch vom Zeitplan her darauf abgestimmt worden. Ich denke, mit der Begegnungszone ist es möglich, dass man unsere Strassenräume und Plätze aufwerten kann und wir nachher wirklich eine attraktive Innenstadt werden haben können. Heute geht es darum, ob man die Begegnungszone will. Es ist auch ganz klar, dass wahrscheinlich der Perimeter der Begegnungszone im Moment nicht in Stein gehauen ist, dass man dies wirklich auch gut anschauen muss, dass man zum Beispiel auch über einen Klosterplatz diskutieren muss. Aber das ist Aufgabe der weiteren Arbeit. Ich bitte Sie, hier die Chance, auch hier den ersten Schritt in eine Richtung zu machen, von welcher der Stadtrat überzeugt ist, dass diese Richtung stimmt und wir diesen Weg gehen möchten. Ich bitte Sie, dem Bericht und Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

Heidi Ehrsam: Die CVP/EVP-Fraktion dankt für den vorliegenden Bericht und Antrag und Pietro Prina, dass er uns an der Fraktionssitzung Rede und Antwort gestanden ist. Nach Meinung unserer Fraktion beschreibt der stadträtliche Antrag umfassend, welchen positiven das Verkehrskonzept Innenstadt 2006 mit der Begegnungszone auf unsere Stadt haben wird. Deshalb erübrigt sich, an dieser Stelle noch einmal die Vorzüge der geplanten Begegnungszone aufzuzählen. Dass sich die Realisierung einer Begegnungszone bewährt, sieht man auch bei den Städten, wo es sie bereits gibt. Im Grundsatz ist unsere Fraktion mit dem vorliegenden Verkehrskonzept Innenstadt einverstanden. An unserer Fraktionssitzung sind dann nicht Details und Begehren in Bezug auf die Ausgestaltung der Begegnungszone, wobei auch bei uns solche vorhanden sind, im Vordergrund gestanden, weil es heute um einen Richtungsentscheid geht. Der vom Stadtrat vorgeschlagene weitere Weg bietet Raum für detaillierte Abklärungen von gestalterischen und konzeptionellen Möglichkeiten, damit eine optimale, auch politisch breit abgestützte Aufwertung der Strassenräume und Plätze der Innenstadt erreicht werden kann. Dass der geplante Prozess mit Studienauftrag, Gestaltungskonzept, Mitwirkungsverfahren der richtige ist, beweisen unter anderem die Eingaben des Mitwirkungsverfahrens März 2006, die das breite öffentliche Interesse manifestieren. So sind denn im Anhang 4 bereits viele Anliegen postuliert und können ins weitere Verfahren miteinbezogen werden. Die Öffentlichkeit und die politischen Gremien werden mit dem Mitwirkungsverfahren im Juni 2008 eine weitere Plattform haben, Einfluss auf die Ausgestaltung der Begegnungszone zu nehmen. Aber auch mit dem Instrument der Spezialkommission, die den Prozess begleiten wird, können Vorstellungen und Forderungen durch unsere parteieigenen Vertreter und Vertreterinnen eingebracht werden. Deshalb kann unsere Fraktion heute mit gutem Gewissen ja sagen zum weiteren Vorgehen, wenn auch noch vieles im Rahmen des Entscheidungsprozesses geklärt und auf seine Machbarkeit überprüft werden muss. Dabei ist uns wichtig, dass der vorgesehene Terminplan eingehalten werden kann und die

beiden Projekte Verkehrskonzept Innenstadt und Parkhaus zügig voran getrieben werden. Unsere Fraktion tritt einstimmig auf die Vorlage ein und stimmt dem Beschlussesantrag ebenfalls einstimmig zu.

Theo Schöni: Ich möchte mich etwas kürzer als beim letzten Votum halten. Im vergangenen Herbst haben wir mehrheitlich von allen Parteien die Vorlage befürwortet und letztlich mit der Begründung zurück gewiesen, dass sie eben nur mit dem Parkhaus einen Sinn macht. Wir stellen für uns fest, dass sich acht Monate später immer noch kein Sinn ergeben hat, die beiden Vorlagen wirklich zu verheiraten. Hier könnte man auch anfügen, man hätte in diesem Sinne eben auch eine Beschleunigung für diese Vorlage erreichen können. Leider ist weitere Zeit ins Land gezogen, ohne einen Schritt näher an der Realisierung zu sein. Die ersten konkreten Massnahmen ergeben sich ohnehin aus der Umsetzung der flankierenden Massnahmen im Zusammenhang mit der ERO. Einige Bemerkungen haben wir noch zu den Fahrbeziehungen. Halten Sie sich in diesem Zusammenhang immer die Tatsache vor Augen: Olten ist bereits ein lufthygienisches Sanierungsgebiet. Mit einem grossen Anteil an Strassen, bei denen die Alarmwerte für Lärm- und Immissionsgrenzwertüberschreitungen bei der Luft an der Tagesordnung sind und mehrere Knoten an der Kapazitätsgrenze liegen. Das gilt auch für die Innenstadt und insbesondere, wenn wir dort eine Begegnungszone schaffen wollen. Die dargestellten Fahrbeziehungen sind natürlich so ausgerichtet, dass sämtliche Optionen für die Zu- und Wegfahrten für ein Parkhaus Munzingerplatz noch vorhanden sind. Im Moment ist auch noch offen wie die Parkplatzbewirtschaftung der bestehenden Parkplätze dann sein wird. Die Südquartiere sollen hauptsächlich von der ERO erschlossen werden. Das ist gut so. Nur der innerstädtische Nord-Süd-Verkehr wird zukünftig mehrheitlich immer noch über die Solothurnerstrasse und Leberngasse rollen. Vergessen wir nicht, dass sich im Süden der Stadt auch sämtliche wichtige Sportanlagen befinden. Auf dieser Verkehrsachse ist einiges an Verkehrsbewegungen zu erwarten. Es ist deshalb nicht einsichtig, weshalb diese Bereiche in der Begegnungszone integriert worden sind. Umgekehrt verstehen wir nicht, weshalb der Klosterplatz ausgeklammert worden ist. Also auch hier: Es bleibt noch einige Arbeit zu leisten, bis konkrete Massnahmen umgesetzt werden können. Umso mehr verlangen wir, dass der definierte Projektablauf eingehalten wird und im November 2008 eine Vorlage auf dem Tisch liegt, die keine Zweifel über die Gestaltung und Realisierung der Begegnungszone offen lassen. In diesem Sinne werden die Grünen/Jungen Alternativen auf das Geschäft eintreten und den Anträgen des Stadtrates zustimmen.

Rolf Schmid: Um die Worte von Caroline Wernli beim Parkhausprojekt vorher aufzunehmen: „Die Kröte schlucken“. Man könnte annehmen, dass dieses Geschäft jetzt die Kröte ist, die wir zu schlucken haben. Ich glaube, wir haben in den letzten Wochen etliche Vertrauensbeweise ausgetauscht, und es ist jetzt bei diesem Geschäft meiner Meinung nach an uns, den entsprechenden Vertrauensbeweis zu erbringen. Aber ich möchte es eigentlich gar nicht als so grosses Opfer anschauen. Wir sind wirklich überzeugt von der Idee, dass es Sinn macht, Begegnungszone mit Parkhaus bzw. Parkhaus mit Begegnungszone. Wir glauben, dass es ein Konzept ist, das für Olten sehr gut passt und erfolgsversprechend sein könnte. Damit nämlich begegnet werden kann oder begegnet wird in einer Stadt, müssen die Leute in die Stadt hinein kommen, muss es aber auch Platz geben, damit begegnet werden kann, deshalb beispielsweise eben unterirdisch, damit man oben darauf etwas gestalten kann. Wir glauben, dass die Kopplung und Koordination der beiden Geschäfte, wie sie jetzt auch vom Stadtrat vorgesehen ist, viel Sinn macht und richtig ist. Ich möchte aber gleichwohl sagen: Den Bogen gleich überspannen sollte man in diesem Geschäft auch nicht. Es hat hier sehr viele Details, über die wir uns, wie es die Stadträtin gesagt hat, noch unterhalten müssen. Insbesondere, wenn dann noch die grossen Ausbauwünsche kommen. Aber in der Sache ist dies der richtige Pfad, und die FdP-Fraktion wird deshalb dieser Vorlage zustimmen.

Rudolf Lutz: In der Zusammenfassung habe ich von mehr Aufenthaltsqualität, von Verkehrsberuhigung, von einer Verbesserung der Innenstadt-Nutzung, von mehr Entlastungen der Innenstadt, vom Ost- und Westverkehr, von einer besseren Erreichbarkeit und Nutzung

der Innenstadt generell und von einer Begegnungszone, die gestalterisch und nutzungsgemäss einen Sinn machen soll, gelesen. Wenn wir all dies wollen und uns für das Verkehrskonzept Innenstadt stark machen, haben wir eine echte Chance, wieder als Mittelpunkt der Schweiz eine zentrale Rolle zu übernehmen und die Stadt wieder zu dem zu machen, was sie eigentlich ist, eine Stadt, wo es sich lohnt hinzugehen und zu leben. Dass es für die verschiedenen Arbeiten und Aufgaben ein gutes Konzept braucht, ist sicher jedem hier klar, weil wir ja am Schluss nicht wieder eine Katze im Sack kaufen wollen. Aber die ganzen Abklärungen sollen nicht nur Geld kosten, sondern am Schluss auch einen Sinn machen. Erlaubt mir noch ein Wort zur Begegnungszone im Zusammenhang mit dem Parkhaus und den öffentlichen Parkplätzen. Wir wehren uns jetzt schon dagegen, dass man alle öffentlichen Parkplätze, die darüber sind, wegen der Begegnungszone aufheben soll. Wir sind nämlich der Meinung, wir sollten eine Zone schaffen, wo die verschiedenen Verkehrsteilnehmer miteinander leben und sein können. Dazu gehört halt eben auch, dass man Kurzzeitparkplätze hat, wo man rasch in einen Laden eine Flasche Wein kaufen gehen kann oder eine Packung Spaghetti, ohne dass man weiss nicht wohin fahren muss. Ich begreife, dass jetzt gewisse Leute sagen, das geht jetzt nicht auf. Vorher haben wir vom Parkhaus gesprochen. Wir brauchen das Parkhaus. Aber wir haben vorher auch gehört – auch von denjenigen, die gegen das Parkhaus gewesen sind – dass wir noch nicht wissen, wie viele Parkplätze es gibt. Ich glaube, wir können nicht irgendwo 600 Parkplätze streichen oder 400 und 200 wieder schaffen. Das würde für niemanden Sinn machen, und das ist sicher auch nicht, was wir wollen. Die SVP Stadt Olten unterstützt den Beschlussesantrag einstimmig und hofft, dass damit nachher das Zusammenleben in der Begegnungszone der Stadt Olten garantiert und sicher gestellt werden kann.

Lea von Wartburg: Es ist dringend nötig, dass unsere Innenstadt attraktiver wird, und ein Parkhaus allein reicht dazu nicht. Mit der Einführung einer Begegnungszone erfolgt eine Aufwertung der Plätze und Strassenräume, was die Aufenthaltsqualität in der Stadt enorm erhöht. Unserer Meinung nach gehört dazu auch, dass man eben Parkplätze aufhebt, weil wir um Autos herum flanieren nicht sehr angenehm finden. Es ist zu hoffen, dass durch die Umsetzung des Verkehrskonzeptes die Durchfahrt durch die Innenstadt für Autofahrerinnen und Autofahrer tatsächlich weniger attraktiv wird und die Stadt somit vom Verkehr entlastet wird. Das Vorgehen, das der Stadtrat vorschlägt, finden wir angemessen. Es ist wichtig, dass die einzelnen Massnahmen zur Gestaltung der Begegnungszone durchdacht und aufeinander abgestimmt sind. Wichtig ist auch, dass die Bevölkerung, vor allem die betroffenen Einwohnerinnen, Einwohner und Gewerbetreibenden in den Entscheidungsprozess miteinbezogen werden. Auf zwei Punkte möchten wir noch hinweisen und zwar, dass jetzt nicht der Zeitpunkt ist, um über Details zu diskutieren. Es geht jetzt um eine Richtungsentscheid, um ein Bekenntnis zu einer attraktiven Innenstadt. Es wird später noch genügend Gelegenheit geben, um über die einzelnen Umsetzungsmassnahmen zu diskutieren. Zweitens würden auch wir es begrüssen, wenn geprüft werden könnte, ob der Perimeter der Begegnungszone nicht zumindest teilweise auf den Klosterplatz ausgedehnt werden könnte. Der Klosterplatz hat sicher eine grosse Bedeutung als Parkplatz für die Besucher der Altstadtgeschäfte. Aber es wäre auch schön, wenn die Besucher der ansässigen Gastronomiebetriebe nicht eingeklemmt zwischen den parkierten Autos sitzen müssten. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion dem Antrag des Stadtrates zum Verkehrskonzept Innenstadt einstimmig zu.

Lukas Derendinger: Ich möchte nur kurz eine Replik an Ruedi Lutz zum Thema „noch rasch ein Paket Zigaretten oder ein Paket Spaghetti mit dem Auto posten“ geben. Ich erinnere daran: Eine Packung Spaghetti hat im Schnitt 500 Gramm Gewicht, eine Person ist dann nur 80 Kilogramm dazu. Dafür soll ich jetzt eine Tonne Blech mit ungefähr schweizerischem Durchschnitt 180 PS bewegen. Für mich geht diese Rechnung deshalb nicht ganz auf. Deshalb würde ich sagen: Streichen wir doch die Parkplätze in der Innenstadt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Roland Rudolf von Rohr: Ich habe noch eine Frage zur Spezialkommission. Es wäre ja im Interesse des Beschleunigens, dass sie möglichst schnell gebildet wird. Wie sieht man dies vor, wann dies gemacht wird? Wenn ich richtig gelesen habe, wird sie ja zusammen gesetzt aus je einem Parlamentarier von jeder Partei, einem Vertreter der GPK, einem Vertreter der Öffentlichen Sicherheit und einem Vertreter der Stadtentwicklungskommission. Ist dies richtig?

Stadträtin Silvia Forster: Es ist die gleiche Kommission, die das Parkhaus begleiten wird. Die GPK weiss es bereits, und wir werden die anderen Kommissionen und Parteien jetzt sofort anschreiben, damit sie die Leute nominieren.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Zu den Anhängen 1 bis 7 gibt es keine Bemerkungen.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeindeparlament im November 2008 gemäss dem in diesem Bericht beschriebenen Vorgehen eine Vorlage unterbreiten, zur Genehmigung des Verkehrskonzeptes Innenstadt 2006 mit Begegnungszone, des Gestaltungskonzeptes zur Aufwertung der öffentlichen Räume und zur Bewilligung des Kredites für die Realisierung einer ersten Etappe der gestalterischen Massnahme. Gleichzeitig wird der Stadtrat dem Gemeindeparlament auch die Vorlage für die definitive Standortbestimmung Parkhaus Munzingerplatz unterbreiten.
2. Von dem vom Stadtrat zu bewilligenden Nachtragskredit (gemäss Ziffer 9.1 dieses Berichtes) von Fr. 330'000.00 (inklusive MwSt.) zu Gunsten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 790.501.17, wird Kenntnis genommen.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Baudirektion/Herrn Adrian Balz
Finanzdirektion/Herrn Peter Kohler
Finanzkontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 53/16

Prot.-Nr. 81

Motion Stephan Hodonou (EVP) betr. „Aufnahme von Fusionsgesprächen mit den Nachbargemeinden Oltens“/Beantwortung

Am 16. Januar 2007 wurde von Stephan Hodonou (EVP Olten) eine Motion mit folgendem Wortlaut eingereicht:

„Der Stadtrat wird beauftragt folgende Massnahmen umzusetzen:

1. Der Stadtrat nimmt unverzüglich das Gespräch mit den angrenzenden Gemeinden **insbesondere aber mit der Gemeinde Trimbach** auf und klärt ab, inwieweit eine oder mehrere Gemeinden zu einer Fusion mit der Stadt Olten bereit wären.
2. Der Stadtrat klärt ab, welche Synergien und Vorteile sich aus einer Fusion mit einer angrenzenden Gemeinde ergeben. Er klärt des Weiteren die Risiken einer Fusion für die Stadt Olten ab.
3. Der Stadtrat klärt die Unterstützung und Mitwirkung von Seiten des Kantons für eine Fusion ab.
4. Der Stadtrat projiziert und vollzieht konkrete Schritte für eine Fusion mit einer Nachbargemeinde Oltens, falls diese eine Bereitschaft zur Fusion signalisiert.
5. Der finanzielle Mittelbedarf wird in das Budget 08 aufgenommen.

Begründung:

1. Die strukturellen Veränderungen in der Region (z.B. Schulreform Sek I oder Zusammenarbeit in Sozialkreisen) legen nahe, dass wenn eine Fusion ins Auge gefasst wird, diese möglichst bald geplant werden muss, um Synergien effizient nutzen zu können.
2. Olten hat klar Zentrumsfunktion in der Region und trägt Lasten, von denen die umliegenden Gemeinden auch profitieren. Immer mehr werden Aufgaben (Sozialämterkreise, Schulkreise, Verkehrsplanungen ERO) regional gelöst. Eine Fusion gibt in dieser Situation der Stadt Olten mehr Spielraum als eine Kooperation oder ein Verbund. Die Entscheidungswege werden kürzer und die Strukturen schlanker.
3. Die zunehmende Professionalisierung vieler Aufgaben überfordern kleinere Gemeinden mehr und mehr. Bereits heute schauen die Nachbargemeinden nach Olten.
4. Olten arbeitet insbesondere mit der Gemeinde Trimbach en zusammen. Als Beispiel sie hier der Aufkauf der Wasserversorgung durch die sbo oder die Zusammenarbeit im Bereich Finanzdienstleistungszentrum genannt. Die Gemeindegrenze zwischen Olten und Trimbach wäre ohne Strassenschild von blossen Auge nicht erkennbar.

So wird z.B. das Kantonsspital nach der Stadt Olten benannt, obwohl der grösste Teil des Krankenhauses auf Trimbacher Boden steht.

5. Die Gemeinde Trimbach ist zwischen dem Hauenstein und Olten eingeschlossen und aufgrund seiner finanziellen Lage aus einer Position der Stärke verhandeln und wäre ein starker Partner. Die Gemeinde Trimbach böte der Stadt Olten zusätzliches Bau- und Industrieland. Sie würden sich ideal ergänzen.
6. Zusammen mit Trimbach wäre Olten klar die grösste Stadt des Kantons und der Region. Olten könnte sich noch mehr als wichtiges Verkehrszentrum bzw. als wirtschaftliche Leadstadt vermarkten. In den Umwälzungen innerhalb der Oberstufenreform erhielte Olten einen grösseren Handlungsfreiraum.
7. Das erfolgreiche Beispiel der Fusion zwischen Jona und Rapperswil, hat gezeigt, dass eine Fusion die wirtschaftliche Position einer Stadt stärkt und sich ihre Wahrnehmung überregional vergrössert.
8. Es gibt auch kantonale Beispiele erfolgter Fusionen wie z.B. die neue Gemeinde Erlinsbach. Die Gemeinden Däniken und Walterswil erwägen ebenfalls eine Fusion. Der Fusionsdruck wird in Zukunft zunehmen. Die Stadt Olten sollte in diesem Prozess einen aktiven Part einnehmen und nicht erst reagieren, wenn ‚alle Karten schon gemischt sind.‘
9. Der Kanton fördert Gemeindefusionen mit einem Betrag von bis zu Fr. 500'000.--. Auf der kantonseigenen Homepage wirbt der Kanton für Fusionen mit folgenden Worten (Stand 15. Januar 07): ‚Der Zusammenschluss zwischen Gemeinden ist heute üblicher geworden und bringt viele Vorteile und praktisch keine Nachteile. Der technische Ablauf ist viel einfacher als man vermuten würde.‘
10. Die Stadt Olten sollte aus ihrer eigenen Geschichte die entscheidenden Lehren ziehen. Vor Jahren suchten die Gemeinden Starrkirch und Wil eine Annäherung an die Stadt Olten. Aus Kostengründen, man scheute fällige Investitionen, liess man damals davon ab. Heute wäre die Stadt Olten froh um die guten Steuerzahler und das wertvolle Bauland der mittlerweile fusionierten Gemeinden Starrkirch-Wil. Deshalb sollte die Stadt in der jetzigen Zeit des Umbruchs einen mutigen Schritt vorwärts machen und die Fusion mit den umliegenden Gemeinden suchen. Ganz nach dem Grundsatz: ‚Gouverner c'est prévoir.‘

- - - - -

Stadtpräsident Ernst Zingg beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Thematik überkommunale Zusammenarbeit/Fusionen ist nicht neu für die Stadt Olten: Schon 1960/61 stimmten Olten und Starrkirch-Wil über eine Fusion der beiden Gemeinden ab. Während Starrkirch-Wil dem Vorhaben zustimmte, kam in Olten die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht zustande.

Seither setzt die Stadt Olten auf die Kooperation auf verschiedenen Gebieten mit ihren Nachbargemeinden und weiteren Kommunen der Region. Diese betrifft u.a. folgende Gebiete:

- Regionale Zivilschutzorganisation (mit Starrkirch-Wil seit ca. 35 Jahren, zusätzlich mit Wangen seit 2001, mit insgesamt neun Regionsgemeinden seit 2003)

- Regionaler Führungsstab (mit Starrkirch-Wil seit 1982, mit Wangen seit 2001, mit insgesamt neun Regionsgemeinden seit 2004)
- Stützpunkt-Feuerwehr
- Zivilschutz-Ausbildungszentrum Gheid
- Pensionskasse (20 Anschlusskörperschaften, u.a. Trimbach, Niedergösgen, Kirchgemeinden etc.)
- Steuerverwaltung (Inkasso für 3 Kirchgemeinden)
- Informatik (Rechenzentrumslösung Egerkingen, Lostorf, Trimbach und Olten seit 2004; Informatik-Vollservice für Trimbach seit Ende 2005)
- Zweckverband ARA (Zusammenschluss von 13 Gemeinden)
- Krematorium (Zusammenarbeit mit 55 Gemeinden)
- Abfallentsorgung sowie Strassen- und Trottoirreinigung für Starrkirch-Wil
- Kanalisationsreinigungen für den Zweckverband ARA Winznau
- Winterdienst auf der Strasse zum Säli-Schlössli (Gemeindegebiet Starrkirch-Wil).
- Konfiskatsammelstelle (Zusammenschluss von mehreren Gemeinden)
- Sonderschulung: Heilpädagogische Sonderschule, Logopädie (Standortgemeinde)
- Schulabkommen mit Starrkirch-Wil und Boningen auf der Sekundarstufe 1 und im Kleinklassenbereich; Gespräche über weitergehende Zusammenarbeit (Zusammenführung der Schulgemeinden) mit Dulliken und Trimbach
- Regionalschulkommission (mit Wisen, Hauenstein, Trimbach, Dulliken, Starrkirch-Wil; gesetzlich vorgeschrieben)
- Familienberatung Olten-Gösgen
- Zivilstandsamt Olten-Gösgen
- Massnahmen für Arbeitsintegration wie z.B. Oltech (Tochterfirma des Regionalvereins Olten-Gösgen-Gäu)
- Suchthilfe: Regionalisierung in Form eines Tochterfirma des Regionalvereins Olten-Gösgen-Gäu
- Gespräche über Bildung einer Sozialregion mit Regionsgemeinden
- 2006 Übernahme der Wasserversorgung von Trimbach durch Städtische Betriebe Olten (Tochterfirma der Stadt Olten)

Im November 2003 beauftragte zudem ein vom Parlament überwiesenes Postulat betr. mehr Leistung zu tieferen Kosten durch überkommunale Zusammenarbeit den Stadtrat, die Zusammenarbeit in den kommunalen Aufgabenbereichen Verwaltung, Betrieb und Unterhalt mit den umliegenden Gemeinden zu verstärken und so Synergie- und Grösseneffekte zu nutzen.

Der Stadtrat ist ausdrücklich bereit, die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden zu verstärken, und würde auch eine Fusion begrüßen, falls sich diese im konkreten Fall als optimale Lösung erweist. Um hier die nötigen Grundlagen zu schaffen, beabsichtigt der Stadtrat zusammen mit Nachbargemeinden eine Studie in Auftrag zu geben, welche unter anderem folgende Fragen klärt:

- Chancen und Risiken von Gemeindefusionen allgemein
- Chancen und Risiken für die Stadt Olten im Speziellen
- Chancen und Risiken für die Nachbargemeinden
- Welche Gemeinde(n) eignet/eignen sich für eine Fusion aus Sicht der Stadt Olten
- Alternative Szenarien
- Einzuschlagende Strategie
- Zeithorizont(e)

Der Stadtrat will das Ergebnis der geplanten Studie nicht vorwegnehmen und kann sich daher mit den vom Motionär geforderten Massnahmen 4 und 5 nicht identifizieren. Er hält zudem fest, dass die Massnahmen 1 bis 3 nicht motionswürdig sind. Daher empfiehlt er dem Gemeindeparlament die Motion – teils aus inhaltlichen, teils aus formalen Gründen – zur

Ablehnung, würde sich aber im Falle einer Umwandlung in ein Postulat klar für dessen Überweisung im Sinne der obenstehenden grundsätzlichen Ausführungen aussprechen.

Stephan Hodonou: Zur Begründung möchte ich nicht viel mehr sagen, als, was in der Motion steht oder vielleicht einfach ein paar Punkte. Es gibt einfach Herausforderungen in einer föderalistisch organisierten Schweiz, die weder vor Gemeinde- noch Kantons Grenzen Halt machen. Es sind Verkehrs- und Umweltprobleme, Raumplanung und Wirtschaftsfragen. Solche Fragen können je länger desto mehr nur noch gemeinsam von einer Agglomeration gelöst werden und nicht mehr von einer einzelnen Gemeinde. Mir ist durchaus bewusst, dass der politische Wille, eine Agglomeration als eine neue politische Kraft entstehen zu lassen, bis jetzt eher schwach ausgebildet ist. Nichts desto trotz denke ich, wenn man die Zeichen liest, werden diese Aufgaben in Zukunft nur noch von einer Agglomeration Olten gelöst werden können und nicht mehr von der Stadt allein. Das sind Aufgaben wie zum Beispiel Verkehrsströme leiten und regeln, gemeinsame Ansiedlungsbestrebungen von Industrie- und Wirtschaftszweigen oder gemeinsame Tourismus-Initiativen zu starten. Es ist von mir aus gesehen klar, dass es für die Stadt Olten nicht ganz einfach ist, einen Industriezweig nur in der Stadt Olten anzusiedeln. Wenn wir uns aber als Agglomeration verstehen und so arbeiten können, haben wir plötzlich viel mehr Spielraum, viel mehr Möglichkeiten, viel mehr Varianten und können als Agglomeration als eine Stimme auftreten und nicht in der Zersplitterung, nach dem Motto: „Gemeinsam sind wir stark“. Bis jetzt gibt es schon Kooperationen und Verbände. Das ist per se keine schlechte Sache. Aber es ist nicht die optimale Struktur für die Zukunft, weil Verbände und Kooperationen von Natur aus schwerfällig oder schwerfälliger als eine Fusion sind. Das hat unter anderem mit den Gängen durch die vielen Institutionen zu tun. Das braucht Zeit. An vielen Orten können Hindernisse eingestreut werden, die ein gemeinsames Bemühen zum Scheitern bringen. Unsere Agglomeration Olten steht stark in Konkurrenz zu in erster Linie nationalen, aber nicht nur, sogar zum Teil internationalen Agglomerationen, aber primär steht sie in Konkurrenz zu nationalen Agglomerationen. Deshalb ist dort eine gewisse Weitsicht angebracht, damit unsere Agglomeration politisch, strukturell und auch wirtschaftlich gestärkt bleibt und sich noch entwickeln kann. Das ist wichtig, wenn wir mittel- bis langfristig weiter eine so gute Stellung haben wollen, wie wir sie jetzt haben. Wenn wir dies nicht tun, können wir letztlich nur noch reagieren, und wir werden bildlich an die Wand gedrückt oder sogar geschluckt. Aus meiner Sicht ein hoffnungsvoller Beginn ist die Netzstadt Aareland, Aarau, Olten, Zofingen. Das ist ein guter Anfang. Aber das reicht nicht wirklich. Ich glaube, wir müssen unsere Hausaufgaben zielstrebig und weiter gut machen. Wie schneller wir unsere Strukturen bereinigen können, desto stärker wird unsere Position in dieser Netzstadt. Wir können dann mehr agieren als reagieren. Wenn wir jetzt nicht handeln, nicht weitsichtig, visionär denken, könnten vielleicht die Früchte der Arbeit, die wir jetzt zum Teil ernten können, langfristig verloren gehen. Verpassen wir eine Chance, vorzeitig weise und weitsichtig zu handeln, stehen wir in der Gefahr, dass uns Vorteile aus den Händen enttrinnen. Mir ist klar, dass es Probleme gibt, wenn man solche Sachen anpacken will. Hier gibt es Traditionen, Machtverwurzelungen. Es gibt Beispiele, die es wirklich nicht zugelassen haben, dass man darüber nachdenkt. Als ich die Motion im Januar eingereicht habe, sind dies die Hauptgedanken gewesen. In der Zwischenzeit – ich habe ein kleines Update gemacht – ist einiges gegangen. Ihr habt ja mitbekommen, dass sich selbst der Kanton Glarus dort eine Reorganisation der Gemeinden überlegt. In der Zwischenzeit - am 9. März - hat die Aargauer Regierung beschlossen oder den klaren Willen erklärt, dass sie ihre Gemeinden zur Fusion anhalten will. Das Ziel ist, Aarau und Baden so zu fusionieren, dass Gemeinden von 60'000 und 50'000 Einwohnern entstehen. Damit wären sie quasi grösser als Lugano oder dann dazumal noch Luzern. Das zeigt, dass etwas im Gang ist. In diesem Wirtschaftsraum Mittelland geht es um die Positionierung. Hier werden jetzt die Karten

gemischt. Von daher können wir als Oltnen hier nicht eine ruhige Kugel schieben, zuschauen und warten, bis die Karten dann gemischt sind, sondern wir müssen voraus schauend auch eingreifen. Luzern hat reagiert und mittlerweile die Fusion mit Littau in die Wege geleitet. Das sollte uns zeigen, dass, wenn diese Gemeinden dies machen, es nicht nur darum geht, quasi weil es jetzt schön ist, grösser zu sein, sondern weil sie ihre Strukturen bereinigen. Ich möchte Euch ermutigen, darauf einzugehen und einzutreten und die Motion zu unterstützen, vor allem auch, weil die Stadt wirklich vieles gut macht. Aber Marketing allein wird nicht reichen. Es wird nicht reichen, eine Marketingkampagne zu führen, um Leute oder Industriezweige nach Olten zu bringen. Wir müssen auch in unseren regionalen Strukturen fit und schlank werden. Dazu können wir einen Beitrag leisten, wenn wir in einem offenen Gespräch auf die Gemeinden rund um Olten zugehen und fragen: Wie seht Ihr es mit einer Fusion? Nicht aus der Not, sondern aus freien Stücken als Partner. Ich glaube, das ist der beste Weg, besser als aus der Not oder dem Druck heraus.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ich möchte Euch bitten, Euch kurz zu fassen. Wir haben noch relativ viel zu besprechen, bis wir nachher zu unserem Aperitif gehen dürfen.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren, lieber Stephan Hodonou: Wenn ich es nicht schon von Dir wüsste, müsste ich Dich jetzt engagieren. Agglomerationspolitik ist mein grosses Hobby. Du hast jetzt ein paar Aussagen zu dieser Thematik gemacht, die Du problemlos auch höhererorts machen könntest. Agglomerationspolitik ist glasklar die Zukunft unseres Landes, und die Agglomerationspolitik hat dann nicht nur innerhalb eines Kantons fast keine Grenzen mehr oder ist grenzüberschreitend, sondern auch über die Kantonsgrenzen hinaus. Ich muss zwei Sätze dazu sagen. AareLand ist ein gutes Beispiel. AareLand ist ein Konstrukt. Die drei Stadtpräsidenten und unser Stadtschreiber haben gerade heute Nachmittag eine Sitzung gehabt. Wir sind laufend dabei, Projekte aufzugleisen und in Betrieb zu nehmen. Das ganze Thema Agglomerationspolitik hängt von zwei Sachen ab: Bodenhaftung: Wenn wir hier sprechen, sind wir schon nicht mehr am Boden; wir sind schon abgesetzt. Es gibt Leute in Olten, die noch nie etwas von AareLand gehört haben, die noch nie etwas von Agglomerationspolitik gehört haben, die nicht einmal daran denken, dass die Stadt Olten allein – meine klare Überzeugung – nicht existieren kann, sondern eine Region darum herum braucht, aber diese Region auch die Stadt braucht. Es gibt aber auch andernorts solche Leute. Es gibt auch in den Regionsgemeinden Leute, die sagen: Die Oltnen brauchen wir nicht. Sie kommen aber jeden Tag hierher, um irgendwelche Sachen zu besuchen. Ich denke, Bodenhaftung ist entscheidend. Das zweite ist, dass es möglicherweise Strukturen braucht, und es braucht Strukturveränderungen. Ich wiederhole es hier gerne noch einmal, fast etwas Eigenlob. Ich habe in einer eidgenössischen Kommission mitarbeiten dürfen, die genau diese Strukturen zu Händen des Bundesrates hat erarbeiten dürfen, können, müssen. Es gibt unterschiedlichste Ansätze. Ich kenne die Projekte, die Du angeschnitten hast. Glarus, wo man sehr wahrscheinlich wieder auf dem Rückwärtsmarsch ist. Drei Gemeinden sind wahrscheinlich doch etwas wenig. Zu befürchten zumindest. Ich kenne die Luzerner-Littauer-Geschichte gut, weil ich sogar direkt im Projekt gewesen bin. Es ist haarscharf an der Abstimmung vorbei gegangen, also in beiden Städten nicht so überzeugend. Ich kenne insbesondere natürlich, weil Aarau unsere Partnerstadt ist, Furora sehr gut. Furora ist ein Paradebeispiel, wie man es machen muss, und ist eigentlich etwas Vorbild. Mühlethal/Zofingen hat sich schon erfolgreich zusammen getan. Über vier Jahre ist es gegangen. Furora ist auch schon vor etwa vier Jahren aufgegleist worden, und jetzt geht es ziemlich schnell vorwärts, Schritt für Schritt. Wir müssen ja nicht etwas neu erfinden. Wir können ja auch „abkupfern“, um dies etwas populär zu sagen. Wir haben ja auch miteinander telefoniert, als es um die Dringlichkeit gegangen ist; das bestätige ich hier auch gerne; ich habe gesagt: Pass auf mit der Dringlichkeit, weil es immer zwei dazu braucht. Eine Fusion ist klar im Raum. Das ist der Wille dieses Vorstosses. Es braucht immer zwei oder mehrere, und es kann nicht von einem aus kommen. Die Initialzündung schon, absolut klar, aber Du kannst nicht einfach annekieren. Das ist ein furchtbares Wort. In diesem ganzen

Zusammenhang hat die Kommission, die den schweizerischen Städtetag ins Leben gerufen hat, mit dem Einwohnergemeindeverband des Bundes und diversen Ämtern, die halt dazu gehören, auch einmal eine Strukturbereinigung vorgenommen. Was braucht es eigentlich? Man braucht Erfolgsfaktoren, um so etwas zu machen. Man braucht eine klare Grundlage. Passen diese zwei überhaupt zusammen? Wo passen sie zusammen, und wo passen sie vor allem nicht zusammen? Was muss man machen, damit es zusammen passt? Ist immer nur das Geld entscheidend? Wenn es dies wäre, ist es ein völlig falscher Anfang. Das Geld, dann ist einer der Reiche und der andere der Arme. Das kommt nicht gut. Es ist heute gesagt worden: Die Steuerfüsse sind nicht immer entscheidend, wenn irgendwo der Wohnsitz bezogen wird. Mag sein, aber bei der Fusion ist das Geld das schlechteste Argument, wenn man dies als erstes bringt. Es braucht Erfolgsfaktoren, es braucht eine Basis, es braucht eine langfristige Ausrichtung, es braucht klare Zielsetzungen in diesem Projekt, es braucht auch eine Organisation aus allen Beteiligten dazu. Die Bevölkerung muss einbezogen werden. Es braucht die Verwaltung, Stolperstein-Bearbeitung. Wenn die Basis vorhanden ist, muss man parallel zu den Verhandlungen die Stolpersteine bearbeiten. Was ganz entscheidend ist: Es braucht eine transparente Kommunikation. Darum mein Telefon betreffend Dringlichkeit. Es darf nicht sein, – Du hast ja relativ konkret gesagt: Trimbach ist das Thema – dass die Gemeinde Trimbach aus der Zeitung erfährt: Im Gemeindeparlament in Olten will man uns übernehmen. Das ist jetzt etwas pragmatisch ausgedrückt. Wir haben dann natürlich miteinander gesprochen. Martin Straumann und ich sind seit Monaten in ständigem Kontakt, und die Gespräche sind vorbereitet. Nicht nur zwischen den Gemeindepräsidien, sondern auch der Gemeinderat Trimbach beschäftigt sich bereits sehr ernsthaft mit dieser Thematik. Ich möchte noch zu den Stolpersteinen etwas sagen. Finanzen ist ein ganz wichtiger Punkt. Wenn die Unterschiede markant sind, ist es ein Riesenhandicap für den weiteren Projektverlauf. Jetzt müssen wir halt deutsch reden. Es ist ja in der Zeitung gestanden. Schaut einmal die Rechnungen 06 zwischen diversen Gemeinden der Region und der Stadt Olten an. Wieso habe ich bei der Kommentierung der Rechnung gesagt: Wir wollen nicht Neid und Missgunst säen? Wir sind gut. Wir dürfen dies auch sagen. Aber andere sind deshalb nicht schlechter. Sie haben einfach andere Voraussetzungen. Man muss es etwas so verstehen. Ein zweiter Stolperstein darf nicht sein: Bei der Umsetzung der jeweiligen strategischen Projekte muss man immer klar fragen: Wie ist der Stand ist? Man muss es kommunizieren. Wo ist das Projekt auf einer Seite vorangeschritten? Konkret: Begleitete Schulen – einfach ein Beispiel – bei uns gut, an einem anderen Ort noch in den Kinderschuhen. Oder ICT an Schulen, um das Bildungswesen wieder zu strapazieren, bei uns gut, an einem anderen Ort schlecht. Oder ein wunderbarer Saal, den man fast gratis vermieten kann, um Veranstaltungen stattfinden zu lassen und am anderen Ort hat es nichts. Das sind solche Kleinigkeiten, die aber entscheidend sind. Wo ist der Investitionsbedarf, auch finanziell, um solche Sachen abzubauen? Dritter Stolperstein, und das ist ein ganz entscheidender, sind die emotionalen Befindlichkeiten. Ich kann Euch sagen: Es geht um das Wappen. Es geht um den Namen. Es geht um die Standorte der Verwaltung. Dürfen wir noch etwas behalten? Haben wir noch eine Filiale von irgend einem Punkt oder sind wir out? Lustig ist: Trimbach und Olten – um das etwas praktisch zu sagen – sind zusammen gebaut. Das wissen wir hier alle. Rohr und Aarau sind nicht ganz zusammen gebaut. Trimbach und Rohr haben gewaltige positive Gemeinsamkeiten. Es hat zum Beispiel noch Möglichkeiten zum Bauen. Es hat noch Industrieland zur Verfügung, also Entwicklungspotenzial, und die beiden Städte Olten und Aarau sind irgend einmal – ich sage dem nicht à la Zürich – gebaut. Aber man kommt jetzt schon langsam nahe dazu. Das sind Vorteile, die sie natürlich auch in die Waagschale werfen können. Die emotionale Befindlichkeit kann man aber auf diesem Gebiet, mit solchen Aussagen, etwas abfedern und natürlich auch positive Signale setzen. Und nehmt es zur Kenntnis – meine geschätzten Damen und Herren – die Politik spielt dann auch noch eine Rolle. Ihr hier, wir im Stadtrat. Es gibt ja noch demokratische Instrumente wie Initiativen, Referenden und und und... Dies muss man auch auf beiden Seiten sehen. Ich möchte Euch einfach sagen – ich habe ja auch in den Ausführungen zur Rechnung gesagt, wir hätten mit allen Gemeinden gute bis sehr gute Verhältnisse. Ich hoffe, man habe den Unterton gehört. Einfach nur hurra schreien wir fünf

hier vorne dann auch nicht. Es macht nicht so wahnsinnig viel Sinn, die Schüler von einem Sportplatz zu vertreiben, weil sie etwas Lärm machen, und dafür ist nachher der ganze andere Teil in Olten als Nachbargemeinde auf dem Sportplatz. Damit habe ich keinen Namen genannt. Aber alle wissen, wen ich meine. Das sind schon Sachen, die man berücksichtigen muss. Hier spielen auch politische Verhältnisse, politische Diskussionen, individuelle Befindlichkeiten von politisch führenden Persönlichkeiten eine ganz wichtige Rolle. Zusammengefasst: Was ich jetzt hier auch langfädig gesagt habe – Entschuldigung Herr Präsident – aber es lohnt sich möglicherweise, diese Aussage zu machen, weil in der Gemeinde Trimbach an der Gemeindeversammlung ähnliche Aussagen gemacht worden sind, sogar nachher in der Zeitung abgedruckt worden sind. All dies, sagt sich der Stadtrat von Olten, er hat auch den Auftrag erteilt – wir wollen jetzt sofort diese Basis schaffen, die Grundlagen erarbeiten. Wir treten aber systematisch in die Verhandlungen ein, im Sinne von „abkupfern“ von bestehenden Modellen. Klammerbemerkung: Der Kanton Luzern geht noch weiter und sagt: Horw, Kriens und Luzern sollen auch noch zusammen kommen. Ich könnte Euch jetzt sagen, was der Stadtpräsident und die Stadtpräsidentin von Horw und Kriens gesagt haben. Das tönt nicht so wahnsinnig überzeugend. Das ist man vom Kanton schon etwas in eine Situation gedrängt worden, die vielleicht noch zuerst überlegt werden muss. Dort kommen dann reich und arm wirklich aufeinander. In diesem Sinne möchten wir das Thema wirklich ganz ernsthaft aufnehmen und reden auch von Fusion. Ich möchte Euch bitten, im Sinn und Geist, wie der Stadtrat die Beantwortung gemacht hat – es ist keine Motion in diesem Sinne, was die Forderungen, die hier umgesetzt werden sollen, betrifft, „...folgende Massnahmen umzusetzen“. Es ist die Kompetenz und Zuständigkeit des Stadtrates. Es sind dann zum Teil motionäre oder motionsmässige Punkte enthalten. „Der Stadtrat projiziert... und vollzieht Schritte“. Dann müsste man noch genau sagen, mit wem und überhaupt. Es ist ja nicht klar definiert. Wir möchten ganz klar das Ganze in ein Postulat umwandeln, möchten den Motionär bitten, dem zuzustimmen und im Sinn und Geist, wie es hier auch beschrieben ist, sofort in die Grundlagenarbeit einsteigen. Es ist nicht erfüllbar, im Budget 08, das bereits Ende dieses Monats die nötigen Grundlagen bei der Finanzdirektion sind, irgend eine vernünftige Aussage über eine Zahl zu machen. Eine Projektzahl kann man machen, was man etwa für die Grundlagenarbeit und die Verhandlungen investieren muss. Das wird sicher etwas sein. Aber eine Zahl oder einen finanziellen Mittelbedarf aufzunehmen, den Finger in den Wind zu erheben. Das ist nicht ganz seriös. Das können wir schlichtweg nicht erfüllen. Ich sage es noch einmal: Wir werden uns sicher bemühen, das Projekt möglichst sofort einzufädeln.

Stephan Hodonou: Merci, Ernst Zingg, für Deine Antwort. Das hat mich jetzt doch überrascht und eigentlich weitgehend befriedigt. Bis auf den Schluss. Von der Schlussfolgerung bin ich jetzt doch etwas überrascht, weil ich glaube, dass der Auftrag der Motion – deshalb möchte ich im Moment noch etwas an ihr festhalten – der Auftrag unserer Parlamentarier gerade sein könnte, die Initialzündung jetzt mit einem Entscheid zu geben, dass wir sagen, wir wollen dem Stadtrat einen Auftrag geben, einmal das Gespräch mit diesen Gemeinden zu suchen. Der Weg bleibt dem Stadtrat in diesem Sinne offen. Über die Kritik der Punkte 1 bis 3, dass sie nicht motionswürdig sind, kann man diskutieren. Aber im Sinne der Sache wäre ich bereit, sie zurück zu ziehen, sie fallen zu lassen und quasi nur noch 4 und 5 zur Abstimmung zu bringen. Das heisst, der Stadtrat projiziert und vollzieht konkrete Schritte für eine Fusion mit einer Nachbargemeinde Oltens, falls diese, eine von ihnen Bereitschaft hätte – es muss nicht Trimbach sein – auch zu fusionieren. Dafür einen Beitrag bereit zu stellen, ist das Signal, das wir heraus geben. Wir geben einmal einen Beitrag. Wir wollen etwas investieren, um diese Frage noch genauer abzuklären, den Prozess, den Du vorher beschrieben hast, weiter zu gehen. Ich denke, das ist durchaus möglich. Wegen der Zahl, wieviel dies macht – wir haben ja die Rechnung angeschaut, und in dieser Rechnung habe ich ein paar Zahlen gesehen, die man budgetiert hat und nachher die Rechnung nicht übereingestimmt hat. Dass man ein Stück weit etwas prognostizieren muss, ist mir klar, aber es ist kein Hindernis auf diesem Weg. Ich glaube, das Signal, das wir heute als Parlament an alle Gemeinden aussenden können, ist: Wir sind bereit. Wir sind

offen für das Gespräch. Damit ist noch nichts entschieden. Aber das Signal ist ausgesandt: Wir wollen einmal reden. Wir wollen einmal schauen und darüber nachdenken, und wir beauftragen als Parlament den Stadtrat in diese Richtung.

Rolf Schmid: Das Ziel und die Motivation dieses Vorstosses sind uns bei der FdP eigentlich sehr sympathisch. Wir glauben auch, dass man heute in Agglomerationen denken muss und über die Gemeindegrenzen hinweg zusammen arbeiten muss. Ob es dann immer gleich eine Fusion braucht, ist vielleicht die Frage. Ich glaube, wir würden uns hier dem Votum des Stadtpräsidenten anschliessen. Das ist etwas Sensibles, das man gut vorbereiten muss, und dann gibt es sicher die eine oder andere Chance. In der Beantwortung der Motion zeigt ja der Stadtrat auch auf, dass schon einiges gemacht wird. Wir glauben aber auch, dass man hier noch einiges mehr machen kann und es vielleicht an einigen Orten eigentlich etwas weiter gehen könnte als einfach nur so die Partnerschaft. Ich selber habe im Jahr 2003 eine Motion eingereicht zum Thema Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden, wo ich den Stadtrat gebeten habe, das Potenzial zu eruieren, was man hier mehr machen könnte. In der Beantwortung hat der Stadtrat damals gesagt, er sei bereit, dies zu machen, das Konzept auszuarbeiten. Es brauche aber seriöse und aufwändige Abklärungen. Deshalb hat er darum gebeten, dies erst in der nächsten Legislaturperiode angehen zu dürfen. Diese ist jetzt zweijährig, und deshalb bin ich eigentlich Dir und Deinem Vorstoss dankbar. Ich glaube, das gibt in diesem gleichen Fahrwasser einmal Druck, dass man es jetzt tatsächlich angeht, dies noch vertiefter anzuschauen und uns hier auch wieder etwas zum Beschluss vorzulegen. Wir glauben aber in der FdP, wie es der Stadtpräsident auch schon gesagt hat, oder ich muss es anders ausdrücken: Wir würden Dir eigentlich gerne empfehlen, dies in ein Postulat umzuwandeln. Dann könnten wir dem zustimmen. Eine Mehrheit der Fraktion würde nicht zustimmen, wenn es in Form einer Motion daher käme, weil wir es nicht als motionswürdig ansehen. Aber das Anliegen als solches und das Ziel haben unsere volle Unterstützung.

Iris Schelbert: Die Fraktion Grüne/Jungalternativen unterstützt das Anliegen des Vorstosses. Ich sage jetzt Vorstoss, denn eigentlich wäre es uns mit einem Postulat sehr wohl gewesen, weil uns gerade Punkt 5 recht schwierig erscheint, einfach so einen Betrag einzusetzen. Für was, wozu, weshalb? Ich könnte mir zwar vorstellen, dass Peter Kohler als Finanzverwalter schon irgendwo etwas angedacht hat zu solchen Sachen oder dies eventuell sogar mit einem Betrag beantworten könnte. Es erscheint mir aber jetzt gerade hier vor Ort schwierig zu entscheiden. Heute redet jedermann und jede Frau von Synergien nutzen, Strukturen schaffen, Doppelspurigkeiten vermeiden und zusammen arbeiten. Regionale Zusammenarbeit ist Standard. Es gibt einen Bildungsraum Nordwestschweiz, öffentlichen Verkehr, Tarifverbund und vieles mehr. Wir denken heute grossräumiger und schauen über unsere Nasenspitze hinaus. Das führt wahrscheinlich unweigerlich dazu, sich mit Gemeindefusionen auseinander zu setzen. Der Stadtrat führt in seiner Stellungnahme aus, dass unsere Stadt mit den Nachbargemeinden sehr gut kooperiert, und er belegt diese Aussage mit unzähligen Beispielen. Wenn ich dann an all die vielen Zweckverbände, Abkommen und Zusammenarbeitsverträge denke, kommt mir immer ein ganz komplizierter Konkubinatsvertrag in Sinn. Konkubinatsverträge sind kompliziert und umfangreich, weil sie doch allen Eventualitäten des Zusammenlebens gerecht werden und sie abdecken müssen. Hier scheint uns eine Hochzeit einfacher und schafft klare Verhältnisse. Der Stadtrat bezeichnet sich als ausdrücklich bereit, Fusionsgespräche aufzunehmen. Er will dann aber so in fast gewohnter Manier doch sicherheitshalber eine Studie dazu in Auftrag geben. Hier haben wir jetzt eine etwas andere Meinung. Macht doch nicht zu allem und zu jedem zuerst eine Studie. Auch wenn wir Verständnis haben, dass wir unsere Fachhochschule etwas beschäftigen müssen und dies manchmal auch richtig ist, aber nicht immer und für alles. Wir sind einig mit dem Noch-Motionär und dem Regierungsrat, dass Fusionen praktisch nur Vorteile haben und weit weniger kompliziert sind als man dies vermutet. Ich möchte dem Stadtpräsidenten nicht dagegen reden. Es ist ein ganz sensibler Bereich, absolut, weil hier sind Animositäten vorhanden und es werden Pfründe gehütet, wenn es auch nur ums Wappen geht. Das ist tatsächlich so, und man darf dies auch nicht vermindern. Aarau stimmt

noch in diesem Jahr über eine Fusion ab, Erlinsbach hat es hinter sich, Wettingen und Winterthur haben längst mit umliegenden Gemeinden fusioniert. Ich denke: Fragt dort nach, wenn Ihr es nicht schon gemacht habt. Aber ich glaube, Ihr habt schon mit ihnen gesprochen, so wie Ernst Zingg es gesagt hat. Aber vielleicht noch einmal etwas zielorientierter nachfragen gehen. Gemeindefusionen haben mit Strukturen, Aufgabenteilung und finanziellen Auswirkungen zu tun. Mit unserer Zustimmung möchten wir den Stadtrat motivieren, aktiv zu bleiben.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Die Heirat hat natürlich Alimenterfolgen im Gegensatz zum Konkubinat.

André Köstli: Die ganze SVP-Fraktion ist der Meinung, dass wir mit der momentanen Situation und der sehr engen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden weiterhin auch sehr gut ohne eine Fusion bestens funktionieren würde. Die genannten Kooperationen, wie sie vom Stadtpräsidenten sehr ausführlich aufgeführt worden sind, erachten wir absolut als sinnvoll, die sicherlich nicht abschliessend sind und weiterhin auch ausgebaut werden sollten. Aber die vom Stadtrat geplante Studie in Auftrag zu geben, erachten wir als unnötig. Da die Stadt Olten mit ihrer momentanen Steuerpolitik auf dem absolut richtigen Weg ist und wir von der SVP im Hinblick auf die nächsten Budgetberatungen sowieso eine weitere Steuerfussreduktion anstreben werden, sehen wir absolut keinen Handlungsbedarf, mit den angrenzenden Gemeinden zu fusionieren. Wir von der SVP-Fraktion machen deshalb beliebt, die Motion oder die Umwandlung in ein Postulat abzulehnen.

Caroline Wernli Amoser: Ich möchte jetzt darauf verzichten, noch einmal den Inhalt der stadträtlichen Vorlage zu wiederholen. Wir haben auch zugehört, was der Stadtpräsident gesagt hat. Wir können dies alles unterstützen. Deshalb - langer Rede kurzer Sinn - werden wir ein allfälliges Postulat einstimmig unterstützen. Bei einer Motion sähe es anders aus. Vielleicht noch als Abschluss: Ich habe nicht sehr Angst, dass wir geschluckt werden. Das hast Du bei Deinem Votum auch noch einmal gesagt.

Rolf Sommer: Es gibt natürlich noch ein Argument, das vielerorts diskutiert wird, jetzt ja auch in Däniken und Grod wegen der Kommissionsbesetzungen und Leute für politische Ämter finden. Das ist heute auch überall in den kleineren Gemeinden eine sehr grosse Aufgabe. Sehr häufig ist nachher die Empfehlung da, sich zusammen zu schliessen. Grösseren Gemeinden - das ist in den letzten paar Jahren relativ häufig passiert, und ich glaube, es kommt auch immer mehr. Hier kann ich Dir, Stephan, wirklich nur empfehlen: Es ist eine Interpellation nahe Motion, aber ich würde Dir wirklich empfehlen, sie in ein Postulat umzuwandeln, denn dann hat man ein Ziel, man hat keinen Zwang. Ein Zwang ist immer schlecht für eine Fusion, ein Gespräch zu suchen. Du musst. Man könnte dies suchen. Ich empfehle Dir wirklich die Umwandlung in ein Postulat.

Nico Zila: Ganz kurz vielleicht zwei Punkte, die in der Diskussion bis jetzt noch nicht so hervor gekommen sind. Ich hätte mich gut damit anfreunden können, Stephan, wenn Du diesen Vorstoss in ein Postulat umgewandelt hättest, und hätte dem so zustimmen können. Einer Motion kann ich es nicht. Ich teile im Gegensatz zur Sprecherin der Grünen, im Gegensatz natürlich zum Motionär, eigentlich die Euphorie à priori für eine Fusion nicht unbedingt. Der Hauptgrund für mich ist eigentlich, dass die Gemeindefusionen immer auch einen Wettbewerb zwischen verschiedenen Leistungspaketen, einerseits: Was bieten wir unseren Einwohnerinnen und Einwohnern? und andererseits: Was verlangen wir von ihnen? zwischen Gemeinden verhindern. Stephan: Du hast es richtig gesagt. Die Zusammenarbeit über die Gemeindegrenzen hinweg ist Pflicht. Sie ist seit gut 20 Jahren Pflicht. Ich denke, die Stadt Olten hat dies hinlänglich erkannt, und der Stadtrat beweist dies mit seiner Auflistung von Strukturen von Zusammenarbeit, die wir mit ganz vielen verschiedenen Gemeinden in ganz vielen verschiedenen Bereichen haben, aber eben mit den richtigen Gemeinden im richtigen Themenbereich. Ich denke im Gegensatz zu dem, was Iris Schelbert vorher gesagt

hat, finde ich Punkt 2, die Prüfung der Vor- und Nachteile einer Gemeindefusion gegenüber der heute praktizierten Zusammenarbeit je nach Thema fast den wichtigsten der fünf, die Stephan in seinem Vorstoss nennt. Ich denke, wenn Du dies in ein Postulat umwandeln würdest, wäre eben genau diese Prüfung und das seriöse Auseinandernehmen einer Frage, die ziemlich weitreichende Konsequenzen haben kann, gewährleistet. Mit einer Motion in Deine Richtung würden wir meiner Meinung nach hier einen Schritt zu weit gehen. Wir würden in etwas hinein laufen, bei dem wir die Konsequenzen im Moment nicht sehen. Ich finde, jetzt genau in dieser Frage wäre vielleicht eine Studie das Richtige. Ich würde Dir deshalb noch einmal beliebt machen - wahrscheinlich mit wenig Erfolgsaussichten - Deinen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Dann könnten ich und andere Vertreter der FdP ihm zustimmen.

Stephan Hodonou: Ich spüre gewisse Befürchtungen im Raum, wo – ich sage jetzt – vielleicht eine Angst vor einer Motion da ist. Ich möchte kurz sagen, was der Vorteil der Motion ist. Ich glaube, die Signalwirkung wäre schon einmal viel stärker, und wir haben als Parlament eine ganz andere Rolle als der Stadtrat. Wir können ihn beauftragen, und er muss das Gespräch suchen. Er muss auch Rechenschaft ablegen. Aber ich vertraue dem Stadtrat als solchem. Ich möchte hier auf Eure Bedenken eingehen und dies für die Sache in ein Postulat umwandeln. Aber persönlich finde ich es schade, und ich hätte einen mutigen, visionären Schritt unsererseits befürwortet. Im Anschluss an das Votum von Rolf Schmid betreffend Riggensbach, der sich im Grabe drehen würde: Ich glaube, das ist auch visionär gewesen, und er hat zielstrebig etwas angepackt. Ich glaube, das brauchen wir. Das wäre ein Schritt.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Vielleicht noch eine kleine Belehrung vom Präsidium: Wir können dem Stadtrat nicht jeden Auftrag erteilen, den wir wollen. Es gibt ganz klar zugeordnete Kompetenzen, die wir haben oder die der Stadtrat hat. Der Stadtrat hat originäre Kompetenzen. Über diese dürfen wir ihm höchstens einen Wunsch, eben ein Postulat, anheim stellen, aber nicht einen verbindlichen Auftrag geben, wie man dies mit der Motion macht.

Stadtpräsident Ernst Zingg: Es ist schade, da man ja abstimmen will, aber ich muss noch drei Sachen loswerden. Es ist eben auch schade. Ich danke Dir vielmals, Stephan, wenn Du die Umwandlung zugestehst. Zur Aussage von Iris Schelbert, man solle etwas zielorientierter nachfragen: Genau das ist die Basis von Aarau/Rohr, Luzern/Littau, was wir jetzt nämlich wollen. Sinnigerweise hat die Fachhochschule Luzern, wo unser Herr Stadtschreiber mit Bravour vor ein paar Wochen ein grosses Diplom abgeschlossen hat, genau dies gemacht, diese Basis geschaffen. Zweiter Punkt: Eigentlich hat die Diskussion der letzten halben Stunde genau gezeigt, was ich vorher gesagt hatte. Was könnte der vierte politische Stolperstein sein? Die politische Diskussion. Hier in diesem Gremium des Gemeinderates von Olten. Man ist dafür, man ist nicht dafür, man denkt, so kann man weiter fahren. Damit kann man auch leben. Das ist ganz klar. Aber diese Diskussion werden wir dann hier führen müssen, und in Trimbach oder wo auch immer wird sie auch geführt. Dritter Punkt: Die Signalwirkung, die wir jetzt ausstrahlen, wenn wir das Postulat mit diesen Aussagen, welche die Medien auch entsprechend einbetten werden, überweisen, ist gegeben für die Stadt Olten und die Gemeinde Trimbach, weil sie ihre Signalwirkung auch schon ausgesetzt haben.

Jonas Hertner: Ich bin nicht ganz sicher, ob es angebracht ist. Aber es ist mir so in den Sinn gekommen, wo wir schon von Fusionen sprechen und so im Geist, Stephan, unterstütze ich eine Motion als Signal an alle anderen auch. Ich stimme aber auch dem Postulat zu. Als Nico Zila gesagt hat, er sei nicht ganz sicher betreffend Konsequenzen einer solchen möglichen Gemeindefusion, habe ich gleich an Kernfusion gedacht und fände es schön, wenn wir auch einmal beim Atomstrom solche Bemerkungen machen würden.

Beschluss

Mit 39 : 3 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:
Mitglieder des Stadtrates (5)
Direktion Stadtpräsidium/Herrn Markus Dietler
Rechtskonsulent
Geschäftskontrolle
Kanzleiakten

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 16/5

Prot.-Nr. 82

Wahl des Büros für die Amtsperiode 2007/08

Wahl des Parlamentspräsidenten

Beschluss

Mit 40 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird gewählt als

Parlamentspräsidentin: Iris Schelbert

Parlamentspräsident Stefan Nünlist gratuliert Iris Schelbert zur Wahl und übergibt ihr einen Blumenstrauss. Es folgt Applaus.

Iris Schelbert: Danke vielmals für all diese Stimmen. Ich bin fast etwas stolz, dass ich noch zwei Enthaltungen habe. Sonst wäre es mir fast etwas unheimlich geworden. Ich freue mich auf das nächste Jahr mit Euch.

Wahl des 1. Vizepräsidenten

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung gewählt als

1. Vizepräsident: Werner Good

Parlamentspräsident Stefan Nünlist gratuliert Werner Good zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl des 2. Vizepräsidenten

Beschluss

Mit 42 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird gewählt als

2. Vizepräsident Patrick Kissling

Parlamentspräsident Stefan Nünlist gratuliert Patrick Kissling zur Wahl. Es folgt Applaus.

Wahl der Stimmzählerin und der Stimmzähler

Beschluss

Mit 41 : 0 Stimmen bei 2 Enthaltungen werden in globo für die Amtsperiode 2007/08 folgende **Stimmzählerin und Stimmzähler** gewählt:

1. Ursula Amsler Celidonio, SP (bisher)
2. Arthur Spring, FdP (bisher)
3. Heinz Eng, FdP (neu)

Parlamentspräsident Stefan Nünlist gratuliert den Gewählten. Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Gewählte (gilt als Wahlanzeige)
Kommissionenverzeichnis
Kanzleiakten (3)

Verteilt am:

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 28. Juni 2007

Akten-Nr. 57/11

Prot.-Nr. 83

Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten

Parlamentspräsident Stefan Nünlist hält folgende Schlussrede als abtretender Präsident:

„Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste

Jetzt kommen wir zum letzten Punkt auf unserer Traktandenordnung und zwar zur Schlussrede des abtretenden Parlamentspräsidenten. Ich habe noch genau 12 Minuten Zeit. Wenn ich dies gewusst hätte, hätte ich eine etwas längere Rede vorbereitet. Aber ich kann Euch beruhigen, sie wird nicht so lang wie die Antrittsrede.

Am 31 Juli geht meine Präsidialzeit leider zu Ende. Ich sage ganz bewusst „leider“, weil ich zu meinem grossen Erstaunen sagen muss, dass ich eigentlich sehr viel Freude an dieser Arbeit gehabt habe. Ich habe Freude an der präsidialen Arbeit hier in diesem Saal gehabt. Ich habe aber vor allem auch an den menschlichen Kontakten, die dieses Amt mit sich bringt, Freude gehabt.

Ich habe mich in meinem Präsidialjahr eigentlich auf zwei Schwerpunkte konzentriert: Zum einen auf die Ratsarbeit. Dafür bin ich gewöhnt. Zum anderen habe ich versucht, ein Olten zu entdecken, das ich bisher vielleicht noch nicht so kennen gelernt habe.

Als Eurer Ratspräsident habe ich während zwei Doppelsitzungen und fünf Einzelsitzungen während einer Dauer von insgesamt rund 29 Stunden und 25 Minuten führen dürfen.

In dieser Zeit haben wir **22** Sachgeschäfte behandelt.

Sieben Vorstösse wurden als dringlich eingereicht, drei haben wir tatsächlich als dringlich behandelt.

31 Vorstösse haben wir im ordentlichen Verfahren überwiesen.

Neben den jährlich wiederkehrenden Geschäften wie Budget und Rechnung haben wir auch ein paar Geschäfte mit grösserer politischer Tragweite behandelt, so etwa Tempo 30 ausserhalb der Wohnquartiere, Schulsozialarbeit, Integrationskonzept und heute eben auch Parkhaus und Verkehrskonzept Innenstadt, das weitere Vorgehen.

Die Besoldungsrevision haben wir diskutiert und – ich glaube zum Ärger und zur Enttäuschung des Personals der Stadt Olten - nicht verabschiedet, sondern dem Stadtrat die für uns wichtigen Eckpunkte mit auf den Weg gegeben.

In meinem Amtsjahr durfte ich acht neue Gemeinderatsmitglieder in unserem Kreise aufnehmen und vereidigen. Ich habe mich sehr gefreut darüber. Auf der anderen Seite habe ich aber auch bedauert, dass ich insgesamt zehn Kolleginnen und Kollegen habe verabschieden müssen. Das ist eine Fluktuation von 20 % in einem Jahr, und das ist relativ hoch. Ich hoffe, dies hat nichts mit meiner Amtsführung zu tun. Es zeigt aber sehr wahrscheinlich die Schwierigkeit, die man heute einfach hat, die Ansprüche von Familie, Beruf, Engagement für die Gemeinschaft, Sport und Kultur - all das was eben zum Leben einer Citoyenne oder eines Citoyens' gehört - unter einen Hut zu bringen.

In meinem Kürprogramm habe ich versucht, Olten mit etwas anderen Augen zu entdecken. So habe ich mir ein paar Industriebetriebe angeschaut, ich habe an zwei Behindertensportveranstaltungen teilnehmen dürfen, ich bin am Jahresschlusskonzert der Stadtmusik gewesen, habe einen Tag mit Peter Schafer auf einer Lokomotive mitfahren dürfen und habe zusammen mit Roli Giger ein Schneesportlager besucht. Eine Nacht bei der Stadtpolizei steht mir noch bevor. Das habe ich mit Doris abgemacht.

Bewusst geschwänzt habe ich die notorischen Grossanlässe wie zum Beispiel den Neujahrsempfang des Stadtrates: Der Stadtrat hat mich da zwar offiziell begrüsst, obwohl ich gar nicht anwesend gewesen bin. Merci vielmals, Ernst, aber das ist nicht nötig. Als Präsident des Parlamentes geht man nur an Anlässe, wo man eigentlich auch eine offizielle Mission zu erledigen hat. Als Grüssaugust sollte man nicht gehen.

Dann hat es – das ist mir fast etwas peinlich - zwei Anlässe gegeben, die ich geschwänzt habe und zwar, weil ich es zechenderweise einfach vergessen habe. Das ist ein Verhalten, das in unserem Kanton eigentlich nur den Regierungsräten vorbehalten ist.

Ich habe in diesem Jahr viel gelernt über die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner. Vieles hat mich gefreut, zwei, drei Sachen haben mich nicht so gefreut und vielleicht auch etwas bedenklich gemacht.

Da das Ende meines politischen Eunuchentums jetzt absehbar ist, erlaube ich mir einen Aspekt anzusprechen, die mir in den Kontakten mit der Öffentlichkeit und vor allem auch mit den Mitarbeitenden der Stadt Olten immer wieder aufgefallen ist. Zwar glaubt man, der Stadtrat und auch wir als Gemeinderat hätten eine gewisse Führungsschwäche. Insbesondere das Vertrauen in die Führung und dann eben noch die Personalführung der Stadt fehlt. Die Besonderheit unserer ausserordentlichen Gemeindeorganisation - es ist eben nicht gleich wie in Solothurn oder Grenchen - wird nicht verstanden, und unser Stadtrat wird nicht immer als kohärentes und kompaktes Team wahrgenommen. Das ist etwas bedauerlich gegen aussen. Ich habe das Gefühl, hier müssen wir einfach Erklärungsarbeit leisten. Wir alle, denn wir sind als Gemeindeparlament Teil dieses Systems, zusammen mit unseren Kolleginnen und Kollegen des Stadtrates. Im internen Verhältnis aber – das finde ich fast noch das Bedenklichere - führt das zu einer Verunsicherung des städtischen Personals. Es fehlt aber auch ein gemeinsames, an Leistung, Wertschätzung und Qualität orientiertes gemeinsames Selbstverständnis in der Stadtverwaltung. Ich finde, hier haben wir eine Aufgabe als Gemeindeparlament und auch als gewählte Stadträtinnen und Stadträte, etwas zu bewirken.

So, jetzt möchte ich danken;

- Euch lieben Stadt- und Gemeinderatskolleginnen und -kollegen für das Vertrauen, die Langmut, die Ihr mit mir gehabt hat, die disziplinierte Ratsarbeit – ich finde, wir haben gut und viel gearbeitet in diesem Jahr - und natürlich auch die Nachsicht für meine Schwächen, insbesondere die Namen, die ich einfach manchmal nicht ganz präsent gehabt habe. Aber Iris hat mir beim Spicken immer etwas geholfen.
- Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen im Büro, die mich unterstützt haben.
- Ich danke auch den Medien für die vollständige Nichtbeachtung meines Präsidialjahres; dies hat mir die Weiterführung meines ausschweifenden Lebensstils trotz präsidialen Würden ermöglicht.
- Speziell danken möchte ich jetzt noch zwei Menschen zu meiner Rechten, Erika Brunner und Markus Dietler. Sie leisten hervorragende Arbeit. Das merkt man vielleicht als normale Gemeinderätin oder normaler Gemeinderat nicht so. Aber da wird sehr, sehr viel gearbeitet. Ich habe Euch ein kleines Znüni mitgebracht, das Ihr morgen mit Euren Kolleginnen und Kollegen von der Stadtkanzlei essen dürft. Merci vielmals für Eure Unterstützung und Eure Arbeit.

Ich habe Markus und Iris gesagt, eine Replik auf meine Abschlussrede sei nicht notwendig. Es ist auch nicht erwünscht. Iris hat aber trotzdem darauf bestanden, das zweitletzte Wort zu

haben. Und wenn ich eines gelernt habe in meinem Leben, so ist es, dass man einer Frau nie unnötigerweise widersprechen darf. Deshalb darf Iris noch drei Sätze sagen. Nachher gehen wir Würstchen essen.“

Iris Schelbert: Merci vielmals. Ich muss oder will eigentlich nur noch Stefan ganz herzlich danken für die gute Zusammenarbeit. Ich darf sicher auch in Eurem Namen danken. Er hat seine Arbeit als Präsident mit Elan, Spass, Witz und Effizienz gemacht. Das merkt man jetzt. Ich sage nicht mehr viel. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass es auch für Männer durchaus schwierig sein kann, Politik, Beruf, Haushalt und Freizeit unter einen Hut zu bringen. Das hast Du wunderbar gemacht, auch wenn ich zweimal gleich etwas in Schleudern gekommen bin und etwas gezittert habe, ob wohl der Flieger früh genug herunter kommt. Ich darf Dir noch das Geschenk überreichen. Ihr wisst ja, ein Präsident darf sich etwas wünschen. Stefan hat die Hälfte seines Geschenks dem Kapuzinerkloster abgegeben. Das ist stellvertretend für die zweite Hälfte. Er wünscht sich einen Ster Holz, damit er drinnen und draussen feuern kann. Ich wünsche ihm jederzeit warme Füsse und einen kühlen Kopf. Hier sind noch die Blumen: schön gelb. Ich wünsche Dir alles Gute.

Es folgt Applaus.

Daniel Probst: Vielleicht habe ich jetzt das zweitletzte Wort. Lieber Stefan, wir wollen Dir auch von der Fraktion der FdP herzlich für dieses Präsidialjahr danken. Für uns ist es auch ein lachendes und ein weinendes Auge. Ein weinendes Auge, weil wir gefunden haben, Du hast Dich jetzt wirklich in diesem Jahr gesteigert und gemacht. Ganz am Schluss sind wir uns nicht mehr sicher gewesen, ob wir hier fünf oder sechs Stadträte vor uns haben, weil Du so weit gegangen bist und sogar noch quasi freihändig stadträtliche Anträge korrigiert hast. Es ist fast etwas schade, dass Du jetzt so in der höchsten Phase zurück treten musst. Das lachende Auge ist eigentlich, dass wir uns freuen, dass Dein politisches Eunuchentum beendet ist und Du bei uns in der Fraktion wieder Deine politische Blüte entfalten kannst. Wir wissen, dass Du schon einen Stapel von Vorstössen vorbereitet hast. Aus diesem Grunde hast Du ja auch das Ziel gehabt, möglichst alle Vorstösse abzuarbeiten. Wir werden jetzt alle ein Wunder erleben, was alles noch kommen wird. Das ist das lachende Auge. Wir freuen uns, Dich wieder in voller politischer Blüte bei uns erleben zu können. Wir haben uns auch Gedanken gemacht, wie wir Dir für das Präsidialjahr danken können. Wie immer, ist nach der Fraktion der Mail-Verkehr los gegangen. Wir haben diesmal ohne Dich diskutiert. Wir haben gesagt, wir wollen Dir etwas für Deine Zukunft geben. Deine Zukunft ist ja jetzt nicht mehr auf der rechten, sondern auf der richtigen Stadtseite. Du hast auch lange geplant, dass das Haus jetzt zustande kommt. Ich glaube, Du bist jetzt dann nach dieser langen Planungs- und Realisierungsphase so weit. Weil wir wissen, dass Du eine grosse Terrasse und auch zwei Cheminées hast, sind wir auf eine ähnliche Idee gekommen. Es ist nicht abgesprochen gewesen. Aber wir haben Dir auch noch einmal Holz und eine gute Flasche Wein aus Italien. Da hast Du ja auch einen neuen Bezug, dank dem, dass das grosse Telekommunikationsunternehmen dort noch etwas gekauft hat. Es ist eine gute Flasche Wein, nicht ganz so teuer wie Fast-Web, aber ist eine gute Flasche. Damit es Dir mit Wein und ich denke, jetzt nur genug Holz nicht langweilig wird, haben wir Dir auch etwas zum Lesen gekauft. Das ist ein Krimi von Hansjörg Schneider von Kommissar Hunkeler, weil wir wissen, dass Dein Bubentraum eigentlich gewesen ist, Polizist zu werden, wie wir vorher auch gehört haben. Wir denken, dass dieser Krimi für Dich die beste Lektüre ist. Nochmals vielen Dank, auch von Seiten der Fraktion.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Ganz, ganz herzlichen Dank. Ich habe nicht Geburtstag.

Rudolf Lutz: Auch wir von der SP möchten Dir für dieses Jahr recht herzlich danken. Du hast immer klare Zielsetzungen gehabt. Manchmal hast Du sie einhalten können, manchmal hat es auch nicht so ganz geklappt. Es ist auch bei uns so. Manchmal reden wir etwas länger,

manchmal etwas weniger. Ich will mich auch jetzt kurz halten. Wir haben kein Holz. Wir haben auch gewusst, dass Du baust. Aber wir haben Dir einen „Bsetzstein“, den Du vielleicht in Deinem Garten irgendwo platzieren kannst. Aber pass auf, dass Du nicht darüber stolperst.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Merci vielmals. Herzlichen Dank.

Es folgt Applaus.

Parlamentspräsident Stefan Nünlist: Jetzt sind wir fast am Ende. Ich habe nämlich der neuen Präsidentin auch noch etwas mitgebracht. Das Dilemma der Grünen ist ja, dass sie etwas Mühe mit den neuen Technologien haben. Sie sehen zwar die Vorteile, aber sie sehen auch gewisse Bedenken, und diese darf man auch sehen. Das Handy ist ein Geschäft, mit dem ich mein tägliches Brot verdiene. Es ist ein ganz praktisches Instrument, das man braucht, wenn man Leute führen muss, wenn man einen solchen Haufen wie ein Büro koordinieren muss. Aber es braucht eben Strom. Deshalb, liebe Iris, habe ich Dir einen mobilen Handy-Charter ausgewählt und zwar einen Charter, wo Du einfach drehen kannst. Er ist hundertprozentig CO2-neutral. Mit Deiner Muskelkraft kannst Du Dein Handy aufladen und brauchen und schädigst niemanden damit. Ich wünsche Dir viel Glück, alles Gute, Iris, und es ist ein toller Job, der jetzt kommt. Merci vielmals.

Es folgt Applaus.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

Verteilt am:

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.